

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



6. März 1987
Jg. 8 Nr. 5

G 7756 D

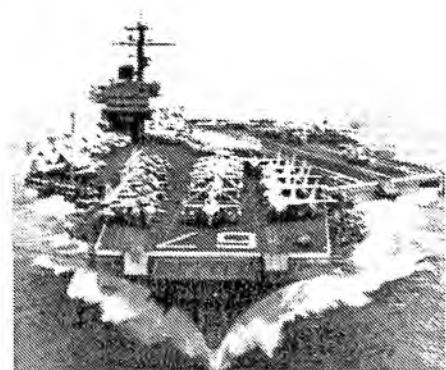
Preis:
2,50



EG-Agrarpreisverhandlung: In der Vernichtung bäuerlicher Existenzen neue Maßstäbe gesetzt Seite 8



Volkszählung: Widerstand der Lehrer gegen Zwangsverpflichtung als Volkszählern Seite 10



Lagerkrieg: Wer die Beendigung will, muß die imperialistische Einkesselung des Nahen Ostens bekämpfen Seite 15

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzähliglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft	
Metall: Gesamtmetall: Weg mit tariflichem Arbeitszeitschutz! Widerstand aus den Betrieben nötig	4
AIDS: Ausgrenzung und Zwang statt Hilfe und Versorgung	7
Ladenschluß: Kein Protest der ÖTV gegen Dienstleistungsabend	7
Agrarpreise: In der Vernichtung bäuerlicher Existenzen neue Maßstäbe	8
Bauerndemonstrationen	9
Volkszählung: Widerstand der Lehrer gegen Zwangsverpflichtung als Zähler	10
Positionen in der GEW	11
Auslandsberichterstattung	
Großbritannien: Nach der Niederlage der Drucker setzt Thatcher nach	12
Antistreikgesetze gegen Drucker	13
Österreich: Druck auf nationale Minderheiten	13
Frankreich: PCF sucht Weg aus der Krise	14
Melilla-Ceuta: Wachsende Bewegung für Entkolonialisierung	14
Mittelamerika: Umtriebe der EG	15
Lagerkrieg Libanon: Wer die Beendigung will, muß die imperialistische Nah-Ost-Einkesselung bekämpfen	15
Internationale Meldungen	16
Aus Verbänden und Parteien	
Veröffentlichungen:	
Schwarzbuch ohne Quellenangaben	18
IG Farben: Menschenversuche	18
Dokumentation zur Weiterbildung	18
Wenig über Rechte, viel über Integration	18
„Psychischer Streß am Arbeitsplatz“	19
Politische Gefangene: Für die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand	19

Wintex/Cimex '87 – Übung gegen den inneren Feind

Vom 4. bis 10. März findet die NATO-Stabsrahmenübung Wintex/Cimex '87 statt. An ihr werden nicht nur militärische, sondern auch zahlreiche zivile Stellen teilnehmen. Der Inhalt und Ablauf der Übung ist streng geheim. Bekanntgeworden ist aus früheren Übungen, daß nicht nur der militärische Teil eines Aufmarsches im „Kriegsfall“, sondern auch alle „zivilen“ Begleitumstände geprobt werden, das heißt u.a. Bekämpfung von defäristischen Strömungen im Land, Mobilisierung des „Wehrwillens“, Umstellung der kommunalen Verwaltungen auf den Kriegsfall. Die ganze Palette der Notstandsgesetze kommt zur Anwendung. Die Bundesregierung nimmt mit einer Übungs-Regierung und dem Gemeinsamen Ausschuß teil und ist zuständig für Grundsatzfragen und Rahmenplanung. Die Landesebenen kooperieren mit den Wehrbereichsverwaltungen in sog. Koordinierungsausschüssen, an denen zumindest die Innenministerien beteiligt sind. Sie sind zuständig für Abstimmung der Planung und Vollzugsanweisungen. Die Planung und im Ernstfall ihre praktische Durchführung liegt bei den Gemeinden und Gebietskörperschaften. In vielen Orten haben grüne und alternative Ratsfraktionen Anträge gegen die Beteiligung der Kommunen an der Übung gestellt, führen Initiativen Anfragen über die Beteiligung durch. Für den 6. und 7. März sind dezentrale Aktionstage geplant, am 8. März soll eine Aktion vor dem Regierungsbunker in der Eifel stattfinden. – (uld)

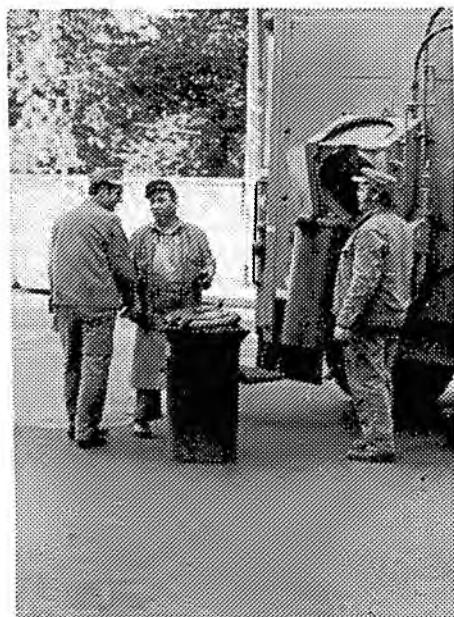
Erstes Angebot im öffentlichen Dienst

Erst ganze zwei Monate nach Auslaufen des alten Tarifvertrages haben die öffentlichen Dienstherren ein erstes Angebot unterbreitet. Als „honoräre Offerte“ bezeichnete Bundesinnenminister Dr. Zimmermann seine Absicht, die Erhöhung von Löhnen und Gehältern in 1987 auf 2,7% zu begrenzen, während die Bankierstochter Breuel, die die Tarifgemeinschaft der Länder vertritt, bereits bei diesem Angebot „erhebliche Bauchschmerzen“ anmeldete. Wird das Angebot auch auf die Beamten übertragen, ergibt sich ein Volumen von 6,7 Mrd. DM.

Bereits im vergangenen Jahr verfolgte Dr. Zimmermann die Taktik, mit einem unerwartet „hohen“ ersten Angebot die Spanne zwischen erstem Angebot und Abschluß möglichst klein zu halten, um die Einsicht in die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu untergraben. Deshalb wäre es fatal zu glauben, bei einem Erstangebot von 2,7% könnte ohne Kampfmaßnahmen ein passabler Abschluß herauskommen.

Allerdings sind ÖTV-Forderung und

Begründung der Forderung durch den gHV der ÖTV alles andere als dazu angetan, zu Kampfmaßnahmen zu mobilisieren. Die 6%-Forderung der ÖTV wurde ausdrücklich beschlossen gegenüber Forderungen, die unteren Einkommensgruppen besonders anzuhaben. Und jetzt propagiert die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulf-Mathies die Gewerkschaftsforderung noch als Beitrag zur Stärkung der Binnenkonjunktur. Sollen die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes für die Binnenkonjunktur, für das Florieren der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital in den Kampf geführt werden?



Sollen sich die Müllwerker bei Kampfmaßnahmen von Dienstaufsichtsvertretern schikanieren lassen, für die die 6%-Forderung 600 DM mehr bringt, während der Müllwerker mit 160 DM abgespeist würde? Eine solche Strategie muß in die Niederlage führen! Nur wenn es noch gelingt, daß die Beschäftigten selber öffentlich ihre Forderung begründen mit dem, was sie zum Leben brauchen, und mit den brutalen Arbeitsbedingungen, denen sie unterworfen sind, könnte eine Basis für Kampfmaßnahmen geschaffen werden. – (kar)

Landtagswahlen S-H: Die Faschisten bekämpfen!

Die NPD konnte bei den Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein ihre Stimmen fast verdreifachen. Die Patrioten erhielten zusätzlich 1105 Stimmen. Dadurch ermutigt, unternahmen alle faschistischen Kräfte große Anstrengungen, die schleswig-holsteinischen Landtagswahlen im Herbst für ihre Sammlung und weitere Verstärkung zu nutzen. Die faschistische Ideen propagierende Zeitung „Criticon“ weiß in ihrer Ausgabe Januar/Februar zu berichten, daß die Republi-

Anzeige

Politische Berichte
Sonderausgabe Februar 1987

Ergebnisse der siebten
ordentlichen Bundesdelegierten-
konferenz des BWK

Preis 4,00 DM

* * *

Politische Berichte
Sonderausgabe Februar 1987

Aus der Diskussion der Organisation
Materialien zur Programmdiskussion

Preis 5,00 DM

Herausgeber
von beiden Sonderausgaben:
Bundesvorstand des BWK

zu beziehen bei:
GNN Gesellschaft
für Nachrichtenerfassung und
Nachrichtenverbreitung,
Verlagsgesellschaft
Politische Berichte mbH
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1,
Telefon: 0221/211658

kaner zugunsten der „Unabhängigen Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein“ (UWSH) auf eine Kandidatur verzichten wollen. Vorgänger der UWSH ist die „Unabhängige Wählergemeinschaft Dithmarschen“, die zu den Kommunalwahlen 1986 in Dithmarschen 11,25% der Stimmen erhielt. Die Politik der UWSH ist so reaktionär, daß das „Criticon“ sie als Vorbild für eine Verschmelzung von reaktionärsten und faschistischen Kräften propagiert. An den Veranstaltungen der UWSH nehmen inzwischen Faschisten aller Gruppierungen teil. Beunruhigend ist, daß weder die SPD noch die Grünen Anstalten machen, Schritte gegen die Faschisten zu unternehmen, sondern auf deren Stimmengewinne spekulieren. So lockt SPD-Landesgeschäftsführer Klaus Rave alle, die die CDU-Regierung mit Ministerpräsident Barschel beenden wollen, „eine Unabhängige Wählergemeinschaft könnte Barschel durchaus zwei Prozent abnehmen“. Barschel und die CDU hingegen wissen, was ihnen ein Erstarken faschistischer Kräfte nützt – nicht nur für die Durchsetzung reaktionärer Politik, sondern auch für Stimmengewinne. Sie konnten deshalb erklären, daß sie nicht

mit der UWSH um Stimmen konkurrieren wollen. Antifaschisten können sich nicht auf diese Fehlrechnung der SPD einlassen. Sie können gerade auch anlässlich der Landtagswahlen zusammenarbeiten, um die Faschisten zu bekämpfen. – (clm)

Kapitalistenreaktionen
zur Steuerreform

Verhalten positiv haben die Kapitalistenverbände auf die Einigung der Koalitionsparteien über die Steuerreform reagiert. Der BDI, der eine Senkung der Spitzensteuersätze am vehementesten gefordert hatte und gleichzeitig – zwecks Erweckung des Eindrucks einer „sozial ausgewogenen“ Reform – von Anfang an auch eine Senkung bei den niedrigen Steuersätzen vorgeschlagen hatte, gibt sich zurückhaltend. BDI-Chef Necker kündigte weitere Steuersenkungsforderungen an. „Auch nach der Durchführung dieser Steuerreform zum Ende dieses Jahrzehntes bleiben deutsche Unternehmen steuerlich weit höher belastet als ihre Wettbewerber in den wichtigsten Industrieländern“, behauptete er. Deutsche Bank-Sprecher Herrhausen verkündete sogar dreist: „Ich halte Steuersätze von über 50% für konfiskatorisch: Natürlich soll der Bürger das, was er verdient hat, mit dem Staat teilen; dies bedeutet aber maximal ‚halbe-halbe‘ – nicht mehr.“ Während so die Sprecher der Kapitalisten schon ausschwärmen, um weitere Steuersenkungen für Bezieher hoher und höchster Einkommen, vor allem für die Kapitalisten selbst, vorzubereiten, fällt auf, wie alle „Sachverständigen“ sorgsam vermeiden, mit ihnen in die Öffentlichkeit geworfenen „Beispielrechnungen“ über die angeblichen Auswirkungen der Steuerreform einen Vergleich der Steuerlast der Lohnabhängigen etwa im Jahr 1980 mit der im Jahr 1990 anzuregen. So soll davon abgelenkt werden, daß ein großer Teil der Lohnabhängigen in Wirklichkeit im Jahre 1990 – so denn die Steuerreform bis dahin überhaupt in der jetzt verkündeten Form in Kraft tritt – nur einen Teil der Steuererhöhungen erlassen bekommt, die der imperialistische Staatsapparat ihnen unter Ausnutzung der hohen Teuerungsrate bis dahin bei real gleichbleibenden oder sogar gesunkenen Einkommen bereits aufgebürdet hat. Das „Handelsblatt“ formuliert die Aufgabe, die sich nun der Regierung stellt: „Wie will die Koalition bei einem Reformvolumen von über 44 Mrd. DM und einer Nettoentlastung von 25 Mrd. DM die dann noch fehlenden 19 Mrd. DM aufbringen?“ Diese 19 Mrd. DM nun als nächstes den Lohnabhängigen über „Subventionsabbau“ und/oder Erhöhung indirekter Steuern aufzubürden, ist nun die nächste Aufgabe des christlich-liberalen Kabinetts. – (rül)

Reportagen und Berichte
regional

Regionale Nachrichten 21

Just-in-time (JIT): Neue Rationalisierungswelle 22

Smog: Volksgemeinschaft contra Lohnanspruch 22

Einzelhandel: Belegschaft baut Widerstand gegen Samstagsarbeit auf 23

Re-Kommunalisierung: SPD und ÖTV legen ein Konzept vor 23

Schleswig-Holstein: Widerstand der Schüler nimmt zu 24

Elmshorn: Aktivitäten gegen Faschisten 25

Ausländergesetze: Demonstration gegen Politik der Familientrennung 25

Flughafenbau Stuttgart: Späth: „Der Flughafen wird gebaut“ 26
Offenlegung der militärischen Nutzung! 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Radio Dortmund: Fremdsprachensendungen laufen, Ärger mit rechten Türken 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Soziale Romane: Lebensgeschichten von und über Bäuerinnen 30
Juli, die Magd 30
„Herbstmilch“ – Nichts Idyllisches vom Lande 30
„Ich hab's gern gemacht“ 30
Soziale Situation der Landfrauen 30
Ab neun Jahren arbeiten 30
Ausgegrenzte „Hochzeitslose“ 31
Tierliebe statt Rebellion 31

Schlesier/NPD: Reaktion mobiliert – Was tut die Opposition? 31

Spezialberichte

7.o. DK des BWK: Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen 1987/88 34
DKP und nationale Frage – Bericht 38

Titelbild: Karikatur, güv, Köln.

Tarifbewegung Metall

Gesamtmetall-„Angebot“: Weg mit tariflichem Arbeitszeitschutz! Widerstand aus den Betrieben gegen die Flexi-Pläne ist nötig

Ohne großes Aufsehen in der Öffentlichkeit hat der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg (VMI) am 19.2. - erklärtermaßen bundesweit abgestimmt - einen weitreichenden Entwurf für neue Arbeitszeitbestimmungen im Manteltarifvertrag vorgelegt. (1) Mit den Vorhaben in diesem Entwurf soll die Flexibilisierung soweit vorangetrieben werden, daß z.B. Klaus Zwickel vom Vorstand der IG Metall darin „die totale Zerstörung jeder tariflichen Arbeitszeitordnung“ sieht. (2) Das Eingehen auf diese Forderungen macht Stihl vom VMI zur Voraussetzung jeder Verhandlung über Arbeitszeitverkürzung: „Wir können über Arbeitszeitverkürzung erst reden, wenn wir wissen, ob und in welchem Umfang die IG Metall einer weiteren Flexibilisierung zustimmt. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben“. (2) Die Metallkapitalisten wollen die tarifliche Arbeitszeit so gestalten, daß sie auch bei verkürzter Arbeitszeit eine größere Verfügung über die Belegschaften haben.

Zur Länge des Arbeitstags besagt der Vertragsentwurf: „Abweichend von der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit kann länger gearbeitet und die Differenz zwischen individueller regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit und tatsächlicher Arbeitszeit (ohne Mehrarbeit) des einzelnen Arbeitnehmers in Form freier Tage ausgeglichen werden“. Das bedeutet: Der Tarif soll keine Obergrenze der täglichen Arbeitszeit regeln. Dann gilt die gesetzliche Grenze von zehn

Stunden. Insbesondere Firmen der Automobilindustrie wie BMW oder Daimler-Benz verfolgen die Ausweitung der Betriebszeit durch Langschichten von neun oder zehn Stunden, unter Einschluß des Samstags. Bisher nötige Zuschläge für Mehrarbeit werden eingespart.

Nicht zufällig weist Stihl darauf hin, daß ein zehnständiger Arbeitstag gesetzlich zulässig sei. Was die AZO zuläßt, soll ausgeschöpft werden. Wird sie erst ausgeschöpft, dann kann sie auch leichter als „zu eng“ hingestellt werden. Das schafft Gesichtspunkte für die geplante reaktionäre Novellierung.

Zur Verteilung der Arbeitszeit, die wie bisher individuell zwischen 37 und

40 Wochenstunden differenzierbar sein soll, verlangt der VMI: „Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit kann für den Betrieb, für Arbeitnehmergruppen oder für einzelne Arbeitnehmer durch Betriebsvereinbarung gleichmäßig oder ungleichmäßig auf alle oder einzelne Werkstage von Montag bis Samstag einer Woche, auf mehrere Wochen oder auf mehrere Monate verteilt werden. Dabei muß die individuelle regelmäßige Arbeitszeit im Durchschnitt von 12 Monaten eingehalten werden“. Damit greifen die Metallkapitalisten an, was die Arbeiterbewegung in der BRD an Fortschritten bei der Arbeitszeit erreicht hat.

Zunächst beim Samstag, der in der Metallindustrie seit 1967 frei ist. Jetzt soll er wieder Regelarbeitstag werden. Mag sein, daß die Metallkapitalisten im Lauf der Verhandlungen erklären, ein oder zwei Samstage im Monat oder in sechs Wochen würden fürs erste reichen. Entsprechende Schichtplanmodelle haben sie entwickelt. Die bedeutende Errungenschaft, daß am Ende der Woche regelmäßig zwei Tage arbeitsfrei sind, wäre kaputt. Die Folgen für die Erholung der Arbeitskraft wären erheblich.

Aber auch die Folgen für die Löhne dort, wo bisher schon samstags gearbeitet wurde. Was an Zuschlägen für Samstagsarbeit gezahlt werden mußte, könnte ganz oder teilweise entfallen. Würden z.B. zwölf Samstagssonderarbeiten im Jahr in Regelarbeitszeit umgewandelt, so würden bei einem Stundenlohn von 16 DM im Jahr 530



Eine Gesamtmetall-Broschüre mit zahlreichen Modellen für längere Betriebszeiten mit Nacht-, Samstags- und Teilzeitschichten.

„Menschengerechte Produktionsbedingungen“

Auf einer Arbeitstagung des gewerkschaftlichen Instituts WSI - Projektgruppe Humanisierung der Arbeit - wurden von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern die wichtigsten Erkenntnisse und Forschungen über „Arbeitsbedingungen und Gesundheitsverschleiß“ zusammengetragen. Eine wichtige Erkenntnis konnte aus dem vorliegenden Material gezogen werden. Solange die Gestaltung der Arbeitsplätze „produktionsgerechten“ Profitbedingungen unterworfen ist, kann die Gesundheit der Beschäftigten nicht wesentlich verteidigt werden. Das „Selbstverschuldungsprinzip“, wonach die Versicherten sich wesentlich ihre Gesundheit durch Fehlverhalten und schlechte Lebensführung ruinieren, wurde widerlegt und als Vorwand zur Kostenabwälzung auf die Versicherten angegriffen. Um die Kapitalisten zur

Kostenübernahme zu zwingen und letztlich krankmachende Arbeitsbedingungen zu beseitigen, wurden Schritte erörtert: Tarifliche Neugestaltung der Arbeit, Umkehr der Beweislast, d.h. der Kapitalist muß nachweisen, daß er nicht krankmachende Bedingungen verursacht, Ausdehnung der Arbeit der Betriebsärzte. - (jüt)

Früherer Rentenanspruch der Frauen nicht beanstandet

Von Vertretern des Bundesarbeitsministeriums und anderen reaktionär ambitionierten Politikern (s. Politische Berichte 4/87) war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts erwartet worden, das den mit 60 Jahren möglichen Rentenanspruch der Frauen kassieren sollte: als ungerechtfertigt gegenüber der nach wie vor „normalen“ Altersgrenze von 65 Jahren für Männer. Das BVerfG hat jedoch in seinem Urteil vom 17.2.87 (Aktz.: BvR 455/82) das vorgezogene Frauen-Altersruhegeld

gerechtfertigt: Erstens weil besondere Belastungen der Frau z.B. dazu führen, daß viele Frauen die 35 Versicherungsjahre als Bedingung des flexiblen Altersruhegeldes nicht erreichen; zweitens weist das BVerfG auf bestehende Möglichkeiten für männliche Versicherte hin, eine Rente vor 65 zu erhalten. Dies Gerichtsurteil läßt auf Kapitalistenseite die Frage nach indirekten Hebeln zur Anhebung des Rentenalters in den Vordergrund treten. - (haj)

MBB darf Südafrika weiter unterstützen

MBB hat seit 1985 vermutlich 17 Hubschrauber der Typen BO 105 und BK 117 nach Südafrika geliefert. Sie werden nach Erklärungen der südafrikanischen Regierung als Polizeihubschrauber gegen den Befreiungskampf eingesetzt. Die Anti-Apartheid-Bewegung und die Grünen-Bundestagsabgeordnete A. Borgmann zeigten MBB wegen



Kundgebung in Dortmund am 14.2. Trotz der Losung im Hintergrund: Kampfziele gegen die Flexibilisierung blieben eher undeutlich.

DM tariflicher Zuschläge für Mehr- bzw. Samstagsarbeit entfallen. Effektiv wäre die Lohnsenkung noch größer, weil die zahlreichen Betriebsvereinbarungen unter Druck kämen, in denen höhere Zuschläge oder Antrittsgelder (bis zu mehreren hundert Mark für einen Samstag) durchgesetzt worden sind.

Der zwölfmonatige Ausgleichszeitraum für die individuelle regelmäßige Arbeitszeit soll eine Art Kapovaz in der Industrie einleiten. Im Extremfall würde in der Saison, z.B. bei der Automobilproduktion im Frühjahr und Frühsommer, eine Wochenarbeitszeit von Montag bis Samstag jeweils zehn Stunden, also 60 Stunden, möglich, die durch kürzere Arbeitszeit in der zweiten Jahreshälfte ausgeglichen würde. Lohnzuschläge für Mehrarbeit in der ersten Jahreshälfte würden entfallen, in der zweiten Jahreshälfte wäre der Lohn wegen der verminderten Stun-

denzahl nochmals niedriger. Die Intensität der Arbeit wäre höher, weil Arbeitszeiten mit weniger Arbeitsanfall von vornherein ausgeschaltet würden. Insgesamt würden die Relationen zwischen Arbeitszeit, Arbeitsleistung und Bezahlung für die Belegschaften drastisch verschlechtert.

Die zweite bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung bei der Arbeitszeit, der sechswöchige Erholungsrabau, würde auf diesem Weg auch gekippt. Könnten nämlich die Kapitalisten den Grundsatz durchsetzen, daß die reguläre Arbeitszeit länger sein muß, wenn das Geschäft hohe Wellen schlägt, und kürzer, wenn Ebbe ist, so wäre das auch ein Standard für den Urlaub: In der Phase der langen Arbeitszeit hätte Urlaub nichts zu suchen, in der Phase verkürzter Arbeitszeit wäre der Urlaub ein zusätzlicher betrieblicher Arbeitszeitpuffer.

In diese Richtung wirkt auch die fol-

gende Passage in dem Tarifentwurf, die deutlich macht, daß die vielbeschworene „Arbeitszeitsouveränität der Arbeitnehmer“ sich danach zu richten hat, was sich betriebswirtschaftlich rechnet: „Bei der Regelung der Arbeitszeit ... ist auszugehen von den betrieblichen Erfordernissen. Insbesondere sind zu berücksichtigen das Anpassungsbedürfnis an schwankende Kapazitätsauslastungen und die Sicherung der Betriebsnutzungzeit zur Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen. Die persönlichen Belange und Bedürfnisse der einzelnen Arbeitnehmer sind in diesem Rahmen zu berücksichtigen.“

Was die IG Metall an Zielen mit der Arbeitszeitverkürzung verbindet – „mehr Arbeitsplätze, Humanisierung der Arbeit, mehr Freizeit“ – will Gesamtmetall abräumen. Im Gegenteil würde die geplante Flexibilisierung die Belegschaften durch enge Anpassung an den Geschäftsanfall weiter ausdünnen, die Intensität der Arbeit steigern und die Freizeit durch Arbeit zu ungünstigen Zeiten, am Wochenende oder in Schicht/Nacht, entwerten. Die Lohnsumme könnte übers Jahr gesenkt werden.

„Was zur Verteilung ansteht, sollte als Lohnerhöhung gezahlt werden, nicht als mehr Freizeit“, erklärt Gesamtmetall und spielt sich als Anwalt von Lohninteressen auf. Aber was „steht zur Verteilung an“? Der Produktivitätsfortschritt von erwarteten 2 bis 2,5% in diesem Jahr, sagt Gesamtmetall. Also das, was die Kapitalisten nichts kostet, was die Arbeit der Belegschaften zusätzlich abwerfen soll. In der untersten Lohngruppe wären 2,5% einschließlich der tariflichen Leistungszulage brutto gerade 47 DM. Ange- sichts von Nachholbedarf bei den Reallöhnen, Intensivierung der Arbeit, wie-

unerlaubter Rüstungsgeschäfte an. Die Staatsanwaltschaft stellte nun ihre Ermittlungen ein, weil die Hubschrauber in „ziviler Ausfertigung“ geliefert worden seien und Zollbeamte versicherten, „Waffenvorrichtungen“ seien nicht erkennbar gewesen. – (uld)

Flick's Mann bleibt im Bundestag

Fast hätte das Wahlergebnis dem ehemaligen Flick-Aufsichtsratsvorsitzenden und langjährigem CSU-Steuerexperten Reinhold Kreile den erneuten Einzug in den Bundestag verwehrt. Weil die CSU alle Direktmandate in Bayern gewann, aber gleichzeitig prozentual Stimmen verlor, sank die Zahl derer, die über die CSU-Liste in den Bundestag einzogen. Genau 45 Wahlkreiskandidaten plus 4 Listenkandidaten entfielen auf die CSU. Einer derer, die deshalb ihr Mandat verloren zu haben schienen, war Kreile. Nicht lange. Franz-Josef Strauß verzichtete –

wie schon vorher zu erwarten – auf sein Mandat, und der zweite Mann, der Kreile's erneutem Einzug in den Bundestag im Wege stand, der CSU-Abgeordnete Lemmrich, wurde von der bayerischen Staatsregierung für 250000 DM im Jahr zum Vorstandssprecher der Rhein-Main-Donau AG berufen. Kreile's Weg in den Bundestag war wieder frei. Hier kann Kreile jetzt als Steuerexperte – der er als Flick-Mann nun wirklich ist – seinen Einfluß auf die genaue Gestaltung der gerade beschlossenen Steuerreform entfalten – zu wessen Nutzen, ist wohl keine Frage. – (rül)

v. Brauchitsch, Lamsdorff gehen in die Revision

Erheblich unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft ist das Bonner Landgericht mit seinen Urteilen gegen Friderichs, v. Brauchitsch und Graf Lamsdorff geblieben. Nachdem das Gericht die Anklagen wegen Beste-

chung und Bestechlichkeit fallengelassen hat, sind die drei Angeklagten wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe verurteilt worden: Friderichs erhielt eine Geldstrafe von 610000 DM, v. Brauchitsch kam mit zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung und 550000 DM Geldstrafe als Bewährungsaufgabe, Graf Lamsdorff mit einer Geldstrafe von 180000 DM davon. Die Verteidigung der Angeklagten und die Staatsanwaltschaft haben Revision angekündigt, das „Handelsblatt“ teilt mit, erst das Bundesverfassungsgericht würde das Verfahren beenden. Obwohl in Sachen Bestechung ein Freispruch erfolgte, klagt das „Handelsblatt“, seien die Karrieren, ja selbst „Existenzen“ wertvoller Wirtschaftsführer und Politiker durch die Anklage vernichtet. Die Verurteilung wegen Steuerhinterziehung hätte solches nicht fertiggebracht, schließlich seien dabei schon „Tausende von Politikern und Managern“ erwischt worden. – (uld)



Von den Zielen der IGM will Gesamtmetall nichts stehen lassen, weder eine Ausweitung der Beschäftigung noch Arbeits erleichterung, noch mehr Freizeit. – Gerade an modernen Anlagen sind ungünstige Arbeitszeiten an der Tagesordnung.

der anziehender Teuerung, absehbarer zusätzlicher Belastung mit Verbrauchssteuern wäre das für den Großteil der Lohnabhängigen kein Ausgleich und keine Kaufkraftsteigerung.

Die Kapitalisten loten mit ihrem provokativen „Angebot“ jetzt auch die Lage aus. Sie wollen wissen, ob sie mit der Flexibilisierung in den Betrieben durchkommen können, ob sie die Belegschaften gerade während der Betriebsratswahlen zwischen März und Mai mit Flexibilisierungsvorhaben überziehen können. Sie wissen, daß es in den Belegschaften Widerstand gibt. Sie wollen ihn isolieren und kleinkriegen. Umso wichtiger wäre, daß dieser Widerstand aus den Belegschaften verstärkt und öffentlich spürbar gemacht wird. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Auf den aktuellen Betriebsversammlungen, auch im Zusammen-

hang mit den Betriebsratswahlen, müßten die Kapitalisten die Ablehnung des VMI-Manteltarifentwurfs deutlich zu hören bekommen. Die Verweigerung von Überstunden ist auch eine Möglichkeit des Widerstands.

Die Große Tarifkommission der IG Metall in Baden-Württemberg ruft die Betriebsräte auf, Überstunden zu verweigern. Erste Beschlüsse, keine neuen Überstunden zu bewilligen, liegen z.B. bei Daimler-Benz, Porsche, SEL und Bosch vor. Teilweise sollen schon genehmigte Überstunden verweigert werden. Eine Überstundenkampagne ist aus verschiedenen Gründen nicht einfach. Aber Überstunden sind eine Hauptmaßnahme der Flexibilisierung. Mit Überstunden wird der Arbeitstag verlängert und die Betriebszeit in Richtung Abend und Samstag ausgedehnt. Mit der Ablehnung von Überstunden

kann der Widerstand gegen Flexibilisierung spürbar zum Ausdruck gebracht werden. Daimler-Benz hat schon erklärt, ein Überstundenboykott koste täglich 150 Fahrzeuge.

Zweierlei müßte im Rahmen einer Überstundenkampagne aber auch deutlich gemacht werden: Eine spätere Aufarbeitung von Produktionsrückständen – nach dem Muster der 1984er Aufholjagd – kann nicht in Frage kommen. Und Lohnnerhöhungen, die gerade in den unteren Lohnzonen den Druck in Richtung Überstunden verringern, müssen neben erträglichen Arbeitszeiten auch sein.

Quellen: (1) siehe Dokumentation im Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie, 6.3. 87; (2) Handelsblatt, 19.2.; (3) Handelsblatt, 23.2.; (4) Sonntag aktuell, 1.3. – (rok)

Welthandel: Treffen der „großen Fünf“

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird mit entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen den Anteil der öffentlichen Ausgaben in der Wirtschaft weiter zurückführen und mit einer umfassenden Steuerreform die steuerliche Belastung für Individuen und Unternehmen reduzieren, um dadurch stärkere Anreize für die Aktivitäten des privaten Sektors und für Investitionen zu setzen. Außerdem wird die Regierung vorschlagen, die für 1988 bereits beschlossene Steuersenkung im Umfang zu erhöhen. Die Bundesregierung wird Maßnahmen den Vorrang einräumen, die die Marktkräfte stärken...“ So lauten die Passagen hinsichtlich der BRD in dem Kommenique, das die Notenbankchefs und Finanzminister der sechs größten imperialistischen Staaten (Italien war dem Gipfel ferngeblieben) am 22.2. nach

ihrem Gipfeltreffen in Paris vorlegten. Hauptthema der Konferenz war die „Stabilisierung der Wechselkurse“. Der Dollar sei „genug gefallen“, erläuterte das „Handelsblatt“. Stoltenberg und Bundesbankchef Pöhl geben sich mit dem Ergebnis zufrieden: Die USA haben ihre vor dem Gipfel geäußerten Drohungen mit Handelssanktionen gegen die EG nicht wiederholt. – (rül)

NPD reich auch schon vor der BT-Wahl

Schon ein Jahr vor ihrem Ergebnis bei den Bundestagswahlen, das ihr ca. 1,4 Millionen DM an „Wahlkampfkosten-erstattung“ einbringen wird, verfügte die faschistische NPD über reichlich flüssige Mittel. Das geht aus den jetzt von Bundestagspräsident Jenninger veröffentlichten Rechenschaftsberichten verschiedener Parteien für 1985 hervor. Ende 1985 verfügte die NPD danach nach eigenen Angaben über ein Vermögen von 1,427 Mio. DM,

darunter 894000 DM Barreserven. Ihre Reserven entsprachen damit den Ausgaben von acht Monaten. An Mitgliedsbeiträgen will die NPD 1985 541333 DM eingenommen haben, die Einnahmen aus Spenden beliefen sich auf knapp 942000 DM, „sonstige Einnahmen“ erreichten 403500 DM. Schon die Einnahmen aus dem Europawahlkampf 1984 hatten also anscheinend gereicht, um die NPD wieder reichlich mit Bargeldreserven auszurüsten. (BT-Drucksache 10/6803 – rül)

Kündigung des Militärseelsorgevertrages verlangt

Festakt in Bonn am 22.2.87: Vor 30 Jahren unterzeichneten Regierung und evangelische Kirche den Vertrag über Militärseelsorge (für die katholische Kirche gilt weiterhin das Reichskonkordat von 1933). In seiner Rede pöbelte Wörner gegen die Strömungen in der evangelischen Kirche, die für eine Aufhebung des Vertrages eintreten. Weil

Gauweilers AIDS-Hatz

Ausgrenzung und Zwang statt Hilfe und Versorgung

Die Bayerische Staatsregierung hat am 25.2.87, im wesentlichen auf Betreiben des neuen Staatssekretärs im Innenministerium Gauweiler, gestützt auf das Bundesseuchengesetz einen ganzen Katalog von Zwangsmaßnahmen gegen die an der Immunschwäche Aids Erkrankten beschlossen. „Ab sofort werden in Bayern einheitlich von allen zuständigen Behörden vor allem Ansteckungsverdächtige zur Durchführung des HIV-Tests“ (HIV = Humanes Immunschwäche-Virus) „vorgeladen. Kommen die Betroffenen der Vorladung nicht nach, veranlaßt die Gesundheitsbehörde die Aufenthaltsermittlung und Vorführung durch die Polizei.“ Der Katalog umfaßt u.a.: „Tätigkeitsverbote für HIV-positive männliche und weibliche Prostituierte; HIV-positiven Ausländern (wird) keine Aufenthaltserlaubnis erteilt; von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten (wird) im Verfahren zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis eine Gesundheitsuntersuchung verlangt; die Einstellungsuntersuchungen im Öffentlichen Dienst auf Aids erweitert.“

Ende des Mittelalters war die Ausbreitung der Pest zur Seuche in den Städten Ergebnis der schnellen Konzentration von Menschen aufgrund sozialer Umwälzungen. Ähnlich scheint die massenhafte Verbreitung der Krankheit Aids – woher der Virus auch ursprünglich kommen mag – auszugehen von den großen Metropolen und deren Elendsvierteln. „In Belle Glade und vielen anderen ländlichen und städtischen Slums in Süßflorida verbreiten sich Aids und andere Virus-

es Pfarrer gibt, die Trauungen in Uniform ablehnen oder die gegen die „Nach“rüstung Stellung bezogen, hetzte er gegen den „Hang zur Politisierung“ in der Kirche. „Daß ein Christ Soldat sein kann ... wird heute – mir scheint, zunehmend – in Frage gestellt.“ Die Leitungsgremien der ev. Kirche weiß Wörner dagegen hinter sich; er fordert sie auf, mehr für die „Freiheit“ einzutreten, die nur durch Überwindung der „Unfreiheit“ gesichert werden könne. Daraufhin haben mehrere kirchliche Gruppen in einem offenen Brief an den Ratsvorsitzenden der EKD noch einmal die Kündigung des Vertrags verlangt, weil die Seelsorge von der Dienstaufsicht und der finanziellen Abhängigkeit des Staates gelöst werden müsse. Die Militärgeistlichen sind als Beamte dem Verteidigungsministerium unterstellt. Es hat Einspruchsrecht bei der Gestaltung des „lebenskundlichen Unterrichts“ in den Kasernen. – (jok)

krankheiten im gleichen Maße, wie das Sanitätsystem zusammenbricht“ (aus der Studie einer amerikanischen Arbeitsgruppe, zit. nach: Ärztliches Mitteilungsblatt Schwaben 1/87). Es ist die Frage zu stellen, ob sich diese immer noch nicht heilbare und tödlich verlaufende Erkrankung nicht ausschließlich wegen des bestehenden sozialen Elends in diesem Ausmaß ausbreiten kann, des Elends sowohl was das nackte Geld als auch was den Zusammenbruch sozialer, familiärer und kollegialer Beziehungen für Millionen betrifft, von denen viele die ungeheure Vereinsamung dann durch häufig wechselnde Sexualbeziehungen auszugleichen suchen. Vielleicht wäre Aids als Seuche somit auch Ergebnis der von den Kapitalisten erzwungenen Mobilität und Flexibilität der Arbeitskraft. So hat es seine zynische Logik, wenn Bayern getreu dem CSU-Wahlslogan als „moderner Staat Europas“ am schroffsten den Polizeiknüppel über die „Risikogruppen“ schwingt.

Diese Maßnahmen sind umstritten, auch in der CDU/CSU. Kirchliche Kreise wie die Caritas und auch die freien Wohlfahrtsverbände warnen vor einer Isolierung der Aids-Erkrankten. Rita Süssmuth ist gegen eine Meldepflicht. Offensichtlich aber gemeinsam ist allen Maßnahmen und Äußerungen von Regierungsseite die Furcht vor einem Anspruch der zukünftig zu erwartenden großen Zahl der Aids-Erkrankten auf ausreichende materielle und medizinische Unterstützung. Diese Unterstützung müßte sich im Bundesetat niederschlagen. Die medizinischen Ratschläge an die Träger des Aids-Virus gehen alle in die Richtung, daß eine geregelte, gesunde Lebensführung mit vernünftiger Ernährung, ausreichend Schlaf usw. den vollen Ausbruch der Erkrankung um einiges

hinauszögern kann. Warum also wird nichts dafür getan, daß die Aids-Infizierten und manifest Erkrankten sich körperlich möglichst lange in einer guten Verfassung halten können? Das könnte z.B. bedeuten: Erleichterungen bei der beruflichen Tätigkeit, soweit die Erkrankten noch im Berufsleben stehen, etwa ähnlich dem Schwerbehindertenstatus; Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln für Prostituierte, die erwerbsunfähig geworden sind; umfangreiche medizinische Versorgung der manifest Erkrankten. Dann würde die Meldung der Erkrankung einen Anspruch auf Hilfe in einer verzweifelten Lage bedeuten. In diesem Rahmen könnte man dann auch mit den Erkrankten über Vorsichtsmaßnahmen sprechen, um die Weiterverbreitung zu verhindern. Aus den Maßnahmen der bayerischen Regierung dagegen kann sich ein Aids-Infizierter nur Nachteile aus dem staatlich registrierten Erregernachweis erwarten. Und Krankenversicherungen und Betriebe denken schon laut über Aids-Tests vor Aufnahme bzw. Einstellung nach. – (elf)

Ladenschlußgesetz

Noch kein Protest der ÖTV gegen Dienstleistungsabend

Die von FDP und CDU/CSU in Form von Koalitionsverhandlungen beschlossene Einführung von „Dienstleistungsabenden“ wird von verschiedenen Seiten angegriffen:

Die Gewerkschaft HBV führt eine Unterschriftensammlung mit folgendem Text durch: „Wir wehren uns mit allem Nachdruck gegen den Versuch, das Ladenschlußgesetz auszuhebeln

1. Person		2. Person	
Fahrpreis	20 Pfennig	10 Pfennig	
	pro km ab 101 Kilometer.		pro km ab 200 Kilometer. Bei Hin- und Rückfahrt.
Sparpreis	180 Mark	90 Mark	
	Festpreis ab 450 Kilometer Hin und zurück Mit Wochenendbindung.		
Super-Sparpreis	120 Mark	60 Mark	
	Festpreis ab 350 Kilometer Hin und zurück Am 250 Tagen im Jahr 10 Tage gültig.		

„Am Sonntag, dem 1.3., beginnen bei der Bahn die schwarz-rot-goldenen Zeiten.“ So wirbt die Bundesbahn für ihre neue Fahrpreisstruktur. Der Vorstand erwartet Mehreinnahmen zwischen 20 und 80 Mio. DM. Teurer werden Bahnfahrten für Alleinreisende sowie auf kurzen und mittleren Strecken. Vergünstigungen beziehen Reisegruppen, vor allem aber Geschäftsreisende auf langen Strecken. Weitere Fahrpreiserhöhungen für Berufspendler sind absehbar. Statt rosarot nun schwarz-rot-gold und teurer. – (rül)

und Spätöffnung durchzusetzen. Nacharbeit im Einzelhandel bedeutet eine unerträgliche familiäre Belastung und schafft nicht einen einzigen Arbeitsplatz mehr.“ Nicht nur eine familiäre, in erster Linie doch eine gesundheitliche Belastung bedeutet die Nacharbeit. Eine Verlängerung der Betriebsnutzungszeit könnte sogar mehr Arbeitsplätze schaffen: Ausdehnung der Schichtarbeit, Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf, Nacharbeit, alles miserabel bezahlt. Solche Arbeitsplätze werden die Konsequenz der Aushebelung des Ladenschlußgesetzes sein, wenn Arbeit nach 19.30 Uhr zum normalen Zustand wird. Auch die weiteren HBV-Argumente auf dem Blatt sind unterschiedlich: „Spätöffnung ist verbraucherpolitisch nicht notwendig“ ist strittig. Um gegen den Dienstleistungsabend als „Verbraucherproblem“ wirksam vorzugehen, wäre eine gewirtschaftliche Offensive in Richtung „Recht auf bezahlte Behördengänge während der Arbeitszeit“ gut. Recht hat die HBV, daß die Spätöffnung feindlich ist: Ca. zwei Millionen Beschäftigte im Einzelhandel sind Frauen. In Hamburg wird eine Postkartenaktion durchgeführt: An Bundeskanzler Kohl sollen riesengroße Postkarten mit der Aufschrift: „Hände weg vom Ladenschluß! 18.30 Uhr, keine Minute länger!“ mit vielen Unterschriften verschickt werden. Im Feld für die Briefmarke steht „Gebühr zahlt Empfänger.“

Auf einer Protestveranstaltung der DAG haben in Hamburg am 13.2. mehr als 100 Betriebsräte und Jugendvertreter Widerstand gegen die geplante Änderung des Ladenschlußgesetzes angekündigt. DAG-Landesverbandsleiter Lutz: „Wir sind gegen jede Verschlechterung des Ladenschlußgesetzes, weil die Verkäuferinnen und Verkäufer sowieso schon die mieseste Arbeitszeitregelung haben.“ Von der DAG aus wird in den Hamburger Einzelhandelsgeschäften eine Umfrage durchgeführt.

Auch die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) spricht sich für die gültige Ladenschlußregelung aus als die für den Einzelhandel kostengünstigste, für den Verbraucher preisgünstigste Lösung. Gegen die Einführung des Dienstleistungsabends führt sie u.a. das Direktionsrecht der Unternehmen und Behörden, „das im Gegensatz zum Ausland durch das deutsche Mitbestimmungsrecht begrenzt ist“, ins Feld.

Daß die ÖTV als stark betroffene Gewerkschaft sich bis jetzt noch nicht gegen den Dienstleistungsabend ausgesprochen hat, bietet der Reaktion ein Einfallstor und schwächt die Bewegung zur Aufrechterhaltung des Ladenschlußgesetzes.

Quellenhinweis: Informationsblatt der HBV, Hamburger Abendblatt 14./15. 2.87, PdH Nr. 7/87 – (rst)

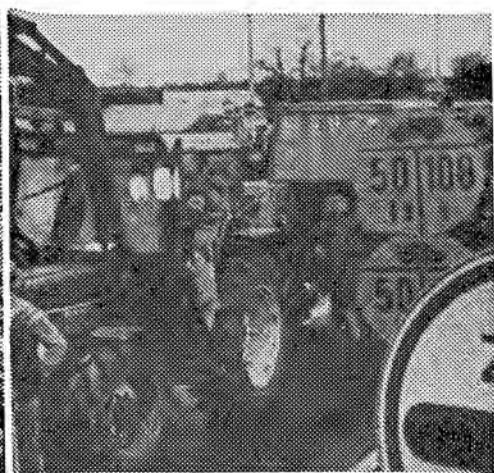
EG-Agrarpreisverhandlung

In der Vernichtung bäuerlicher Existenzen werden neue Maßstäbe gesetzt

Vor einem Jahr hatten wir das Programm der CDU zur Landwirtschaft behandelt und herausgearbeitet, daß 1. die Produktion von industriell verwertbaren Pflanzen und 2. die Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Herauskaufen von Boden erklärtes Ziel der CDU ist. Beide Maßnahmen kommen in ihrer Konsequenz der Industrie zugute. (s. PB 06/86) Dieses Vorhaben wird als das sog. „Jahrhundertwerk“ (Strauß, Barschel, Albrecht) verkauft. Die Bundesregierung kann es sich durch die starke imperialistische Stellung der BRD leisten. Für EG-Länderregierungen, z.B. von Spanien, Portugal, Griechenland, ist das nicht durchführbar. Der Präsident des „Deutschen Raiffeisenverbandes“ stellte anlässlich der Bekanntgabe der Jahresbilanz 1986 fest, daß eine „endgültige Kursänderung“ in der Agrarpolitik vollzogen ist. Ministerpräsident U. Barschel, Schleswig-Holstein, hat in seiner Schwerpunktsetzung zu den Landtagswahlen die Interessen der Bauern als Anhänger

veränderten Rahmenbedingungen sind die Arbeitslosigkeit gemeint, die Lohnsenkungen, die BRD als 1. EG-Macht, die Enge des kapitalistischen Weltmarktes, die ansteigenden Nahrungs- und Futtermittelimporte, so z.B. von den VW-Rinderfarmen in Brasilien (PB 04/87), die momentane Nutzlosigkeit des erhöhten Arbeitsaufwandes der Bauern, sei es in Form der Zeit, der Maschinerie oder des Bodens. Unter „dem Bekenntnis der Agrarpolitik zum bäuerlichen Familienbetrieb ... (darf) nicht (die) Existenzgarantie für jeden Betrieb verstanden werden“, so die CDU.

Wie sehen die EG-Kommissionsvorschläge für 1987 und die folgenden Jahre aus, die mit der Stimmenthaltung der beiden CDU-Mitglieder angenommen wurden? Ab April werden die Milchquoten in zwei Stufen um weitere 8,5% gesenkt, der EG-Haushalt ist mit einer Steigerungsrate der Ausgaben um 8,149% im Nichtagrarbereich beschlossen. Für den Agrarbereich ist



Am 16. Februar demonstrierten über 5000 Bauern in Bremen gegen die Agrarpolitik der EG und der Bundesregierung. Über 800 ostfriesische Bauern blockierten mit zahlreichen Traktoren am 23.2. Grenzübergänge und verbrannten dabei Heereman- und Kiechle-Puppen.

sel des Natur- und Umweltschutzes behandelt. Die FDP fordert die CDU-Landesregierung zum „schonungslosen Mut zur Wahrheit (gegenüber) der Landwirtschaft“ auf.

Es herrscht große Zuversicht bei der CDU/FDP, ihre Vorhaben (s.o.) durchzubekommen, zumal sie bei der SPD beim Schüren einer Stimmung gegen die Bauern als Geldempfänger der EG immer auf offene Türen gestoßen sind. Die Reaktion baut auf die „veränderten außerlandwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ...“, um darauf aufbauend die Neuorientierung der Agrarpolitik voranzutreiben“. Mit den

eine durchschnittliche Erzeugerpreissenkung von 2,5% vorgesehen. Hinzu kommt, und das hat weitaus härtere Folgen, die Einschränkung der Interventionspreise für Getreide, Raps und Hülsenfrüchte auf die Monate Februar bis Mai. Alles zusammengerechnet (Preissenkung, Währungsausgleichsabbau, Interventionspreiseinschränkung) ergibt sich eine Preissenkung bei Futterweizen, Roggen und Gerste von 13,82%, bei Brotroggen und Brotweizen von 11,13%, bei Hülsenfrüchten um 11,7%, bei Raps je nach Qualität von 10% bis 12,96%. Weitere Erzeugerpreissenkungen sind vorgeschlagen: für

Bauerndemonstration gegen Agrarpolitik

In Hannover fand am 26. Februar mit 15000 Teilnehmern die größte Bauerndemonstration Niedersachsens statt. Der Präsident des niedersächsischen Landvolks und mögliche Heereman-Nachfolger Rode und der Generalsekretär des Bauernverbandes Schnieder erhielten nur wenig Beifall. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister wagte sich erst überhaupt nicht aufs Podium. Die bäuerliche Opposition verschaffte sich spürbar Gehör mit Parolen, Transparenten und Flugblättern. In den „Ostfrieslandthesen“ fordern ostfriesische Bauern vom Bauernverband u.a. den Rücktritt von Präsident von Heereman und härteren Widerstand gegen bauernfeindliche Politik. Von der Bundesregierung fordern sie u.a. die „Regionalisierung der EG-Agrarpolitik“ und „bessere Bezahlung von weniger Produktion“. Die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft forderte in einem Flugblatt: „Schluß mit dem Höfesterben! Schluß mit der Politik des fortgesetzten Preisdrucks gegen die klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft“. Die MLPD trat in einem Extra der Bauernzeitung für den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Bauern und gegen die Förderung der Großagrarien sowie gegen die chauvinistische „Hetz“ gegen Bauern anderer Länder“ ein. – (sie)



Eine Fuhre Mist für das niedersächsische Landwirtschaftsministerium; auf einigen Transparenten: „Austritt aus der EG“ und „Keine Agrarindustrie“



Hannover: Verbrennung von Puppen, die Bauernverbandspräsidenten von Heereman und Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle darstellen.

Rüben 3%, Soja 5%, Erbsen, Bohnen, Lupinen je 10%, Zucker und Wein je 2%. Für Fleisch- u.a. Waren sollen die Erzeugerpreise eingefroren oder leicht gesenkt werden. Die vorgeschlagene Einführung einer Fettsteuer ist als taktische Forderung zu verstehen. Sie wird bei Konzessionen seitens der BRD wieder vom Tisch gezogen. Die Maßnahmen leiten den Weg zur Abschaffung des grünen Wechselkurses, der bis 1992 durchgesetzt sein soll, ein.

Von dem Gesamt-EG-Haushalt werden derzeit ca. zwei Drittel für den „Agrarhaushalt“ ausgegeben. Gut die Hälfte davon wird für Lagerung, Export, „Vernichtung“ und Inlandsverwendung bezahlt. Der Restbetrag kommt der Nahrungsmittelindustrie oder der industriellen Nahrungsmittelproduktion zugute. Werden die Vorschläge in der vorliegenden Form beschlossen, ergeben sich Senkungen des EG-Haushaltes für 1987 von ca. zwei Mrd. DM und für 1988 von ca. sieben

Mrd. DM.

Kiechle wird dieses Jahr den Bauern nicht schon wieder mit einem nichts ausrichtenden Veto kommen können. Die Erzeugerpreissenkungen der EG hat er insofern gebilligt, als er für die Durchsetzung der Streichung des 2%-Währungsausgleiches nicht zu haben ist. Diese Sonderregelung will er behalten. „700000 deutsche Bauernfamilien stehen nicht zur Disposition der Kommission.“ „Kriegserklärung an die deutsche Bundesregierung.“ „Die deutschen Bauern haben das letzte Zutrauen in die EG-Agrarpolitik verloren“, sind Kiechles Worte. Wenn auch das endgültige Verhandlungsergebnis erst im April zu erwarten ist, so ist jetzt schon klar: Deutschen Sonderinteressen innerhalb der EG haben die anderen Mitgliedsländer zu entsprechen. Die Erzeugerpreise werden gesenkt und über den Währungsausgleich wird im Schacher mit der Fettsteuer verhandelt. Dafür wird die CDU bereit sein,

die Bauern zu mobilisieren, wenn es ihr anders nicht mehr machbar erscheint.

Die Bauern werden am Anfang einer neuen Runde einer noch rapideren Erzeugerpreissenkung stehen. Daß Rückwirkungen auf die zu zahlenden Arbeiterlöhne erfolgen, ist ebenfalls sicher. Sei es dadurch, daß die Kapitalisten sich durch das Treiben der Regierung mit den Bauern ermuntert fühlen, den Lohn zu senken, oder daß durch die Senkung der Erzeugerpreise die Kapitalisten den Lohn um diesen Teil, der sonst zum Ankauf der Nahrungsmittel dient, senken. Es geht im wesentlichen darum, die Kapitalisten nicht durchkommen zu lassen. Darin liegt das objektive Interesse der Bauern und ihrer Klassenverbündeten, der Arbeiter. Quellenhinweis: NZZ, 18.2., EG-Agrarpreisvorschläge, Bonn, 17.02., Rede des Staatssekretärs Florian in Husum am 16.02., SN, Woche 07 – 09/87 – (ale, hei, ths)

Volkszählung

Widerstand der Lehrer gegen Zwangsverpflichtung als Volkszähler

Die für den Mai 1987 angesetzte Volkszählung macht den Betreibern Schwierigkeiten. Mit einem Werbeaufwand von 17 Mio. DM soll eine Akzeptanz der Zählung geschaffen werden. Doch die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung ist laut Umfragen gegen die Volkszählung, 12% will sie boykottieren. Die gegenwärtig laufende Phase der Zählerfindung ist allerorten auf Widerstand gestoßen. Die Zahl der Freiwilligen ist so gering, daß die Behörden dazu übergegangen sind, zwangsuverpflichten. Obwohl das Volkszählungsgesetz in §10 Abs. 2 ausdrücklich „jedem Deutschen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr“ die Übernahme einer Zählertätigkeit zumutet, hielt sich der Staatsapparat bei seinen Zwangsverpflichtungen an die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

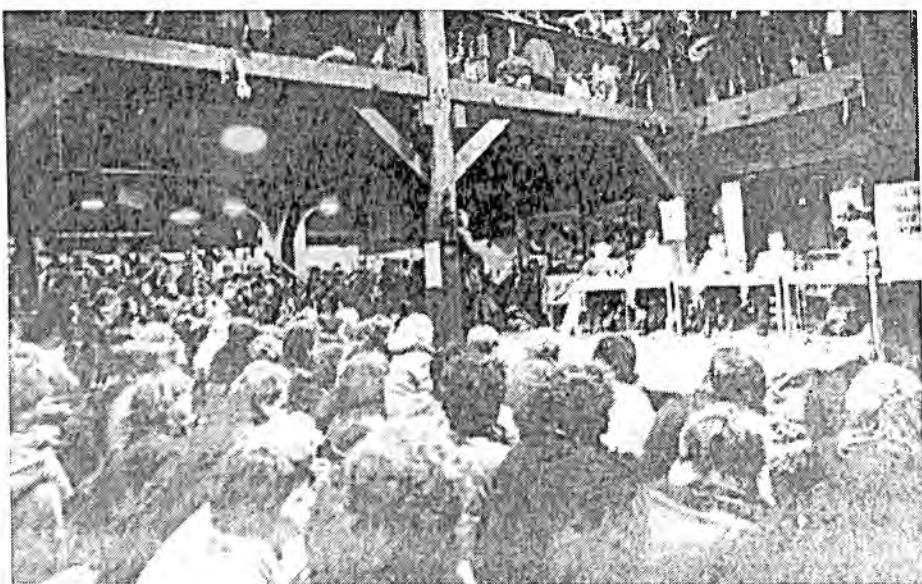
In Hamburg hat die Schulbehörde dem Statistischen Landesamt 4775 ausgeloste Lehrerinnen und Lehrer als Zähler benannt. 2500 davon haben sofort Widerspruch eingelegt. Andere wollen dies erst tun nach der förmlichen Ernennung zum Zähler durch das Statistische Landesamt. In Schleswig-Holstein wurden die Schulleiter durch das Kultusministerium aufgefordert, ein Viertel „ihrer“ Lehrer als Zähler zu nominieren. Dies Verfahren hat in den wenigsten Fällen geklappt. In Westberlin, wo insgesamt 20000 Volkszähler benötigt werden, sind nur 2500 Meldungen eingegangen. Verschiedene Bundesländer und Kommunen sind dazu übergegangen, die Aufwandsentschädigungen für Zähler auf bis zu 700 DM zu erhöhen, was jedoch ohne große Wirkung blieb. Aus Schleswig-Holstein, Hessen und Baden-Württemberg ist bekannt, daß nun sogar 16jährige Schüler von Kommunen als Zähler geworben werden.

Obwohl es rechtlich eindeutig ist, daß keinerlei Voraussetzungen für Disziplinarverfahren gegen zähluwillige Bedienstete gegeben sind, mehren sich die Anzeichen, daß der Staatsapparat gewillt ist, auch notstandsähnliche Mittel anzuwenden, um die Zählung nicht schon an der mangelnden Anzahl von Zählern scheitern zu sehen. Eine Anfrage der GAL-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft vom Dezember 1986, „ob der Senat im Falle einer Weigerung der zur Volkszählung verpflichteten Beamten neben einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren auch Disziplinarverfahren einzuleiten beabsichtigt“ (Bürgerschaftsdrucksache 12/129), ist immer noch nicht beantwortet. Gerade da, wo unmittelbare Vorgesetzte mit der Bestellung betraut

wurden, sind die untergebenen Beamten besonderem Druck ausgesetzt. Die „taz“ berichtet aus Westberlin: „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes werden teilweise einzeln zu ihren Vorgesetzten zitiert, wo ihnen bei einer Ablehnung des Zähleramtes unmißverständlich mit beruflichen Nachteilen und Disziplinarverfahren gedroht wird.“ (17.2.87) Ebenfalls ist es möglich, daß Widerspruchsgrundungen gegen den Widersprechenden benutzt werden. Ein Widerspruch wegen Krankheit zum Beispiel könnte leicht in der Personalakte landen. Es muß damit gerechnet werden, daß mithilfe des Beamten- und Disziplinarrechts versucht wird, den Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verstärken. Nun gegen diese besondere Abhängigkeit als Staatsdiener aufzutreten, wäre zwar folgerichtig, unterbleibt

politisch durchzusetzen, ist die unzulängliche Begründung, mit der boykottiert werden soll. Die Kritik an der Volkszählung als Teil imperialistischer Staatstätigkeit, die einerseits im Zusammenhang mit der Zivilschutzgesetzgebung, den sog. Sicherheitsgesetzen und dem maschinenlesbaren Personalausweis wichtiges Datenmaterial für aktuelle Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber bestimmten Teilen der Bevölkerung und Opposition bereitstellt und zum anderen wichtige Grundlagen liefert für die künftige Geschäftstätigkeit der Konzerne, Banken und Versicherungen, ist in der Minderheit. Es überwiegt bei den ablehnenden Lehrern die Kritik der Volkszählung als weiterer Baustein zur Schaffung des „gläsernen Menschen“. Teilweise wird dem Staat prinzipiell der Zugriff auf private Daten verweigert. Teilweise wird aber auch das Verfassungsgerichtsurteil anerkannt und werden nur bestimmte Durchführungsbestimmungen kritisiert.

Ob die Widerstandskraft der Lehrer und anderer im öffentlichen Dienst



Über 1000 Teilnehmer einer Veranstaltung in der Hamburger „Fabrik“ sprechen sich für Volkszählungsboykott aus.

aber zumeist.

Das aktive Eintreten für den Boykott der Volkszählung wird kriminalisiert. Aus verschiedenen Städten ist bekanntgeworden, daß gegen Boykott-Initiativen Ermittlungen wegen Aufrufens zu einer Ordnungswidrigkeit eingeleitet wurden. Info-Stände werden untersagt oder abgeräumt. In Stuttgart wurde das Vermieten von Räumen an Initiativen untersagt. Wer zum Boykott aufrufe, könne mit Bußgeldern in Höhe bis zu 10000 DM bestraft werden. Von einer Kriminalisierung sind auch die Teile der GEW nicht ausgenommen, die wie der Hamburger Landesverband zum Boykott aufgerufen haben. Hinderlich für die GEW, ihren Widerstand auch

Beschäftigter ausreicht, um die nun anstehenden Abfolgen von Widerspruchseinlegen, Zwangsverpflichtung, Klage vor'm Verwaltungsgericht, Anordnung des sofortigen Vollzugs der Zählertätigkeit, Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung usw. durchzustehen, ist offen. Sicher ist, daß der westdeutsche Staat wild entschlossen ist, die Volkszählung als Loyalitätstest der Bevölkerung sowie der im öffentlichen Dienst Beschäftigten durchzuziehen. Dabei „Rechtsstaatlichkeit“ zu erwarten, ist mit Sicherheit verfehlt.

Quellenhinweis: verschiedene Ausgaben der taz von Dezember 1986 bis Februar 1987 - (rad)

Uneinheitliche Positionen in der GEW gegen die Volkszählung 1987

Die Gremien der GEW haben keine einheitliche Stellung zur Volkszählung 1987 bezogen. Der GEW-Hauptausschuß lehnt eine Zwangsverpflichtung zur Zählertätigkeit ab, unterstützt aber die Volkszählung.

„Weder der DGB noch die Einzelgewerkschaften lehnen aus grundsätzlichen Erwägungen die Erhebung statistischer Daten ab. Sie sehen vielmehr, daß für die Aufstellung politischer Forderungen und Reformvorstellungen entsprechende Kenntnisse erforderlich sind. Dies gilt für künftige Entwicklungen im Bildungsbereich genauso wie in Bereichen der Sozialpolitik und anderen. Deshalb werden Erhebungen, bei denen der Datenschutz gewährleistet ist, von den Gewerkschaften akzeptiert.“

Anläßlich der Auseinandersetzung um das Datenschutzgesetz 1983 hatte sich der Hauptausschuß ... im März 1983 mit der Volkszählung befaßt. Damals wurde die Aussetzung der Volkszählung gefordert, wobei die vom Bundesverfassungsgericht später bestätigten Bedenken gegen das damalige Gesetz ausschlaggebend waren. Ausdrücklich abgelehnt wurden aber auch Boykottforderungen.

Die damaligen verfassungsrechtlichen Bedenken der GEW bestehen gegenüber dem Volkszählungsgesetz 1987 nicht. Und da es wohl formell und materiell verfassungsmäßig ist, besteht keine Möglichkeit, mit legalen Mitteln die Volkszählung zu unterlaufen ... Wer gegen die Bestellung (als Zähler) Widerspruch erhebt, kann natürlich daneben auch auf seine verfassungsrechtlichen Bedenken wegen der Beschränkung der Zählerauswahl auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ... nochmal hinweisen.“ (Erziehung und Wissenschaft 2/87, S. 30)

Die Landesverbände der GEW haben teilweise eine andere Position zur Volkszählung bezogen. Am weitesten fortgeschritten ist die Organisierung des Widerstands in Hamburg. Dort hatten die Behörden sehr frühzeitige Versuche zur Zwangsrekrutierung von Zählern aus dem öffentlichen Dienst unternommen. Die GEW Hamburg hat ihre Mitglieder zum Boykott der Zählertätigkeit und der Volkszählung aufgerufen. Es wurden Unterschriften gesammelt unter folgenden Text: „Ich lehne die Volkszählung und die Zählertätigkeit ab, weil ich sie für verwaltungsmäßig unsinnig, rechtlich bedenklich und politisch gefährlich halte.“ In einem Musterbrief schlägt die GEW ihren Mitgliedern folgende ablehnende Argumentation vor:

„Ich kann auch überhaupt nicht verstehen, wieso Sie auf die abseitige Idee haben verfallen können, nicht nur nicht alle in Frage kommenden Personen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr und nicht nur nicht alle Beschäftigten gleichermaßen mit diesem »Ehrenamt« zu bedenken, sondern innerhalb der Beschäftigten sich an die 20 Prozent im Öffentlichen Dienst stehenden Personen zu wenden. Aber damit nicht genug: Unter den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes treffen sie wiederum eine höchst kunstvolle Auswahl und lassen ganze Gruppen von Beschäftigten außen vor, seien es Bedienstete der Polizei, Richter, Staatsanwälte, Finanzbeamte usw., und dieses sowohl mit der Begründung, daß eine Überschneidung von Zähleramt mit dienstlicher Tätigkeit unbedingt vermieden werden soll. Grundsätzlich ist wohl angestrebt, das Volk von keinem Angehörigen des sog. Hoheitsbereichs zählen zu lassen. Aber gerade dieser Gesichtspunkt trifft natürlich in erhöhtem Maße auch für die gesamte Gruppe der Lehrer zu, weil einmal das pädagogische Lehramt nach Ihrer eigenen gefestigten Meinung zum hoheitlichen Bereich gehört, zum anderen aber, weil unschwer einzusehen ist, daß die in Schulen mit großem Einzugsgebiet tätigen Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer Zählertätigkeit ihren dienstlichen Bereich zwangsläufig tangieren müssen.“ (Hamburger Lehrerzeitung 1/87, S. 9)



Auf einer Arbeitsversammlung von GEW-Vertrauensleuten am 19.1.87 wurden u.a. folgende Argumente gegen die seit Mitte Februar erfolgenden Bestellungen als Zähler vorgeschlagen:

- Unzumutbarkeit der Zählertätigkeit für Frauen,
- Arbeitsüberlastung in den letzten Monaten vor Schuljahresende,
- Schichtarbeit (in Heimen),
- geplante Fortbildungsveranstaltungen,
- gesundheitliche Belastungen,
- Betreuung von Kindern unter 15 Jahren als alleinerziehende Frau oder als alleinerziehender Mann, bzw. wenn der Ehepartner abends berufstätig ist,
- notwendige Betreuung pflegebedürftiger Personen,
- verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Volkszählung,
- politische Bedenken.“ (Hamburger Lehrerzeitung 2/87, S. 12)

Die GEW Baden-Württemberg stützt sich in ihrer Position auf den Bericht der baden-württembergischen Datenschutzbeauftragten Leuze, die das Volkszählungsgesetz billigt und eine Kritik lediglich in der Richtung entwickelt, die Durchführungsbestimmungen entsprächen wegen mangelnder Abschottung der Daten nicht dem Volkszählungs- und Bundesdatenschutzgesetz. Die schleswig-holsteinische GEW hat sich gegen die Volkszählung ausgesprochen, sie sei „politisch nicht notwendig“. Zum Boykott wolle sie aber nicht aufrufen. Einige andere GEW-Landesverbände, wie etwa Niedersachsen, haben in ihren Publikationen (noch) nicht selbständig Stellung genommen und beziehen sich somit auf die Position der GEW-Bund.

Großbritannien

Nach der Niederlage der Drucker: Thatcher setzt nach

Knapp zwei Wochen nach der Niederlage der britischen Druckarbeiter gegen den Zeitungskapitalisten Murdoch setzte die Regierung Thatcher nach: Man werde ein viertes Gewerkschaftsgesetz einbringen, daß sich vor allem gegen den „closed shop“ richtet – die vollständige, vom Kapitalisten anerkannte gewerkschaftliche Organisation des Betriebs – und weitreichend in die interne Organisation der Gewerkschaften eingreift sowie Streiks erschwert.

Im einzelnen enthält das am 24.2. vorgelegte Regierungspapier folgende Pläne:

- Gewerkschaftsgelder dürfen nicht mehr zu Tätigkeiten verwendet werden, die einem Richterspruch zuwiderlaufen;
- der „closed shop“ wird abgeschafft, weder darf zur Durchsetzung des „closed shop“ gestreikt werden, noch dürfen Arbeiter entlassen werden, weil sie nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind;
- Gewerkschaften dürfen in Zukunft Mitglieder, die einen Streikbeschuß gebrochen haben, nicht mehr ausschließen;
- Gewerkschaften sind schon jetzt verpflichtet, vor einem Streik eine Urabstimmung durchzuführen. Tun sie das nicht (wie die Bergarbeiter), können sie bisher aber nur dann belangt werden, wenn der Kapitalist bzw. Dienstherr sie verklagt. In Zukunft kann jedes Gewerkschaftsmitglied auf Einstellung des Streiks klagen.

Der Entwurf kommt nicht zufällig kurz nach der schweren Niederlage in London. Die Regierung will die Schwäche der Gewerkschaften nutzen und im Wahlkampf vor der anstehenden Parlamentswahl mit scharfen antigewerkschaftlichen Positionen Punkte machen. Auf der anderen Seite ist der Entwurf ein Eingeständnis, daß die Regierung Thatcher in den Augen der britischen Kapitalisten ihren Auftrag, die Vernichtung der gewerkschaftlichen Stärke, nicht erfüllt hat.

In der Tat sind die Entwicklungen widersprüchlich. Nach der letzten Einkommensstatistik der Regierung erhöhten sich die Einkommen der abhängig Beschäftigten zwischen April 1985 und April 1986 um durchschnittlich 8,01% auf 184,70 Pfund brutto pro Woche – etwa 2225 DM im Monat (bei einem Pfundkurs von 2,80 DM und 4,3 Wochen pro Monat). Die Inflationsrate betrug in dem Zeitraum 3,0%, so daß eine tatsächliche Erhöhung stattfand, und zwar im dritten Jahr hintereinander.

Die nähere Betrachtung zeigt aber,

dß die Durchschnittszahlen unterschiedliche Entwicklungen verdecken. Während männliche Angestellte und Teile der männlichen Arbeiter kräftige Lohnerhöhungen von über 10% erzielten, blieben vor allem Arbeiterinnen zurück. Der durchschnittliche Wochenlohn einer Arbeiterin (ohne Teilzeitbeschäftigte) betrug im Berichtszeitraum 107,50 Pfund (1290 DM im Monat), eine Erhöhung von 6,1% gegenüber 1984/85. Knapp die Hälfte aller Arbeiterinnen verdiente weniger als 1200 DM brutto im Monat (7,5% der Arbeiter).

Diese deutlichen Unterschiede spiegeln sich auch in der gewerkschaftlichen Organisierung und in der sogenannten „Flexibilisierung“ wider. Der Gesetzentwurf der Regierung Thatcher zielt auf den Bereich, den die bisherigen drei Gesetze nicht knacken konnten: den stark organisierten industriellen Betrieb. Eine Umfrage der Zeitschrift Labour Research vom September 1986 unter den Vertrauensleuten

brutalen Methoden. Vorreiter sind einerseits Computer- und andere Hochtechnologie-Betriebe wie IBM mit großem Angestelltenanteil, andererseits kleine, neu gegründete Betriebe in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit.

Dazu kommt die zunehmende „Flexibilisierung“, die die Kapitalisten durchsetzen konnten. Nach Regierungsangaben sank die Zahl der fest Beschäftigten zwischen 1981 und 1985 um 6% auf 15,6 Mio. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der „flexiblen Beschäftigten“ (Orginalton Thatcher) um 16% auf 8,0 Mio., d.h. Teilzeitbeschäftigte, Arbeiter auf Abruf (davon viele „Selbständige“, z.B. Bauarbeiter und Kellner). Mehr als 60% der „Flexiblen“ sind Frauen. Als positive Beispiele werden Kapitale wie der Lebensmittelkonzern KP Foods genannt: Seit 1981 hat die Firma keine Vollzeitarbeiter mehr eingestellt. Heute sind nur 15% der 5500 Beschäftigten ganztägig beschäftigt, die Mehrheit arbeitet etwa 25 Stunden pro Woche. Brian Parish, einer der Direktoren, in der „Financial Times“: „Maschinen stehen weniger still, die Arbeitsproduktivität ist höher, der Krankenstand ist niedriger und wir haben deutlich weniger Ausgaben für teure Überstunden.“

Grundlage der „Flexibilisierung“ ist



Arbeitsamt in London: Arbeiter stehen zur wöchentlichen Meldung an

von 102 Betrieben ergab, daß in 82 der Betriebe ein Organisationsgrad von 85% und mehr herrschte, darunter waren 48 Betriebe mit vollständiger Organisierung. In den Gesetzen von 1980 und 1982 werden Urabstimmungen in Betrieben mit „closed shop“ verlangt. Bislang fanden nur 113 solcher Urabstimmungen mit etwa 30000 Beteiligten statt, 78 davon endeten mit der geforderten Mehrheit von über 85% für den „closed shop“.

Auf der anderen Seite machten die Kapitalisten große Fortschritte gerade bei neuen Betrieben, die Gewerkschaften ganz draußen zu halten, oft mit

die hohe Arbeitslosenzahl von 3,299 Millionen oder 11,7% (Dezember 1986), wobei die offizielle Statistik im November 1986 revidiert wurde und 400000 Arbeitslose aus der Statistik herausfielen. Diese eingerechnet, beträgt die Zahl etwa 13,1%.

Bislang haben die britischen Gewerkschaften geringe Erfolge in der Organisierung dieser Beschäftigten gehabt. Die größte Gewerkschaft, die Transport and General Workers Union (TGWU), begann am 26. Februar eine landesweite Kampagne zur Organisierung von Teilzeitbeschäftigten. Gruppen von Gewerkschaftsmitgliedern be-

suchen zum Beispiel gezielt Hotels und andere Betriebe ohne gewerkschaftliche Organisation und werben Mitglieder. Erstes Ziel sind die Hotels des gewerkschaftsfeindlichen Konzerns Trust House Forte. Die TGWU will in künftigen Lohnverhandlungen dafür sorgen, daß Teilzeitbeschäftigte im Verhältnis die gleichen Erhöhungen wie Vollzeitbeschäftigte bekommen. Die Seeleutegewerkschaft National Union of Seamen plant, eine eigene Arbeitsvermittlung einzurichten, um die privaten Heueragenturen zu bekämpfen, die Seeleute vor allem auf Billigflaggenschiffe vermitteln. Und der Gewerkschaftstag TUC beschloß letztes Jahr, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu fordern (ohne eine Höhe festzulegen).

Während die Gewerkschaften so versuchen, die Isolierung vor allem gegenüber schlechtest bezahlten Arbeitern zu überwinden, unternehmen Kapitalisten und Regierung alle Anstrengun-

gen, die Kernbereiche gewerkschaftlicher Organisation zu zerschlagen. Insofern hatten sowohl der Bergleutestreik wie auch der Druckerstreik strategische Bedeutung. In beiden suchten die Kapitalisten bzw. die staatliche Kohlebehörde durch Provokationen die Auseinandersetzung, in beiden stand den Streikenden eine stramm ausgerichtete Polizeitruppe und eine pflichtbewußte Richterschaft gegenüber, und beide wurden u.a. deshalb verloren, weil die Streikenden sich nicht aus einer relativen Isolierung befreien konnten, die Drucker noch weniger als die Bergleute. Den Londoner Zeitungsdruckern geht seit Jahren der Ruf voraus, sie seien besser bezahlt als Minister, was nicht stimmt. Wahr ist, daß sie im Zeitalter des Bleisatzes vergleichsweise hohe Löhne von mehr als DM 6000 im Monat für die meisten durchsetzen konnten. Diese Löhne wollte Zeitungskapitalist Murdoch nicht mehr zahlen, deshalb entließ er



Unbewaffnete, demokratische Polizei in London

mehr als 5000 Leute.

Obwohl die Kapitalisten zwei bedeutende Schlachten gewonnen haben, sind die Gewerkschaften lange nicht zerstört. Die Mitgliederzahlen stabilisieren sich auch. Deshalb das neue Gesetz, es soll in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen vor allem in der Metallindustrie Polizei und Staatsanwaltschaft noch schnelleren Zugriff auf Gewerkschaftsmitglieder und -vermögen geben.

Quellenhinweise: Labour Research (78 Blackfriars Road, London SE1 8 HF), Ausgaben 1986 und 1987; Financial Times, versch. Ausgaben, vor allem 24.2. und 27.2., Economist, versch. Ausgaben – (haf)

Antistreikgesetze erfolgreich gegen Drucker

Am 6.2. beschloß die Führung der britischen Gewerkschaft SOGAT 82, den Streik von 4100 entlassenen Mitgliedern gegen den Zeitungskapitalisten Murdoch und seine News International-Gruppe zu beenden. Am Tag darauf folgte die zweite große beteiligte Gewerkschaft National Graphical Association mit etwa 850 Streikenden. Kleinere Gewerkschaften schlossen sich an. Die Arbeiter erhalten Einzelabsindungen, aber die Gewerkschaften konnten ihre Streikziele nicht durchsetzen – Wiedereinstellung der 5500 entlassenen Arbeiter, Anerkennung als Gewerkschaften im neuen Druckbetrieb von News International.

Begonnen hatte die Auseinandersetzung am 25. Januar 1986. Die Arbeiter traten in den Streik gegen ein Ultimatum des Zeitungskapitalisten. Murdoch hatte ein hochmodernes Druckzentrum in Wapping, Ostlondon, bauen lassen und ursprünglich erklärt, er werde in Wapping eine neue Londoner Tageszeitung und Teile der umfangreichen Sunday Times drucken lassen. Die Tageszeitung „London Post“ ist bis heute nicht erschienen. Nach Fertigstellung der Druckerei erließ Murdoch ein Ultimatum: Er werde alle seine Tageszeitungen in Wapping drucken lassen. Die Druckergewerkschaft NGA und die Weiterverarbeiter in der SOGAT sollten für fünf Jahre zusichern, nicht mehr zu streiken. Die Belegschaft von 6000 in den Stammdruckereien sollte auf 2000 reduziert werden, statt Setzer sollten die Journalisten ihren Text direkt eingeben. Als sich die Gewerkschaften weiger-

ten, entließ Murdoch 5500 Beschäftigte und produzierte seine Blätter mit Mitgliedern der Elektrikergewerkschaft EEPTU, die ein „No-strike“-Abkommen unterschrieben hatte. Die anderen Arbeiter streikten.

Zu Fall gebracht wurde der Streik in erster Linie durch die rigorose Anwendung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze: Die Zahl der Streikposten vor dem Betrieb wurde beschränkt, die Gerichte verboten den Gewerkschaften, den Vertrieb der Zeitungen zu behindern, Polizei wurde eingesetzt, um diese Bestimmungen durchzuknüppeln. Vor allem aber setzten Kapitalisten und Regierung nach eben diesen Gesetzen die Gerichte in Marsch. Im Februar 1986 wurden bereits die Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt und erst nach peinlichen Entschuldigungen und Versicherungen wieder freigegeben. SOGAT 82 beschloß daraufhin, das Gewerkschaftsvermögen nicht erneut zu riskieren. Unter anderem wegen dieser Vorschriften gelang es den Gewerkschaften nicht, die Verbreitung von Murdoch-Zeitungen ernsthaft zu behindern. Am 24.2.87 demonstrierten fast zwanzigtausend vor dem Betrieb, die Aktion wird brutal von der Polizei zusammengeschlagen. Kurz darauf erwirkte der Zeitungskapitalist Murdoch erneut eine einstweilige Anordnung gegen beide Gewerkschaften: Wegen „Mißachtung des Gerichts“ (sie hatten zu Massenaktionen vor den Toren aufgerufen) sollten sämtliche Gelder beider Gewerkschaften beschlagnahmt werden. SOGATs Vorstand beschloß mit 23 zu 9 Stimmen, den Streik zu beenden, was ihm bittere Vorwürfe des Verrats von den beiden betroffenen Londoner Gruppen eintrug.

Österreich

Verstärkter Druck auf nationale Minderheiten

Slowenen sind im Kärtner Raum seit mehr als tausend Jahren ansässig. Während des Faschismus wurden sie systematisch verfolgt und deportiert. Die, die entkommen konnten, bildeten Partisanengruppen und hatten erheblichen Anteil an der Zerschlagung des Faschismus. – Die Erhaltung der eigenen Sprache ist wesentliches Moment zur Wahrung der nationalen Identität. 1945 wurden die Zweisprachigkeit und slowenischer Unterricht obligatorisch. Der Staatsvertrag von 1955 hält in Artikel 7, Absatz 2, fest: „Sie (die slowenischen und kroatischen Minderheiten) haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache“. Aber bereits 1959 wurde auf Betreiben des reaktionären Kärtner Heimatdienstes (KHD) ein Gesetz erlassen, nach dem Kinder zum Slowenisch-Unterricht angemeldet werden müssen. 1972 initiierte der KHD den „Ortstafel-Sturm“ auf slowenische Ortschilder. Ende 1983 legte die deutsch-nationale FPÖ einen Gesetzesantrag im Kärtner Landtag vor, der die Abschaffung des zweisprachigen Unter-

richts vorsieht. Unterstützt von der FPÖ führte der KHD im August 1984 ein Volksbegehren hierzu durch. Obwohl nur 8,9 Prozent aller Wahlberechtigten dafür stimmten, wurde dieser Gesetzesantrag mittlerweile von allen im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ) beschlossen und der Bundesregierung zur Beratung vorgelegt.

Anlässlich der KSZE-Tagung demonstrierten am 31.1. auf Initiative der Kärntner Slowenen-Verbände mehr als 5000 Menschen vor dem Bundeskanzleramt und dem KSZE-Tagungsgebäude in Wien. Die Slowenen forderten die Beibehaltung des zweisprachigen Unterrichts. Der Verband der burgenländischen Kroaten trat u.a. ein für den Gebrauch der kroatischen Sprache in Kindergärten, mehr kroatische Sendungen in Rundfunk und Fernsehen und die Anwendung der kroatischen Muttersprache bei Ämtern und Gerichten. Bundeskanzler Vranitzky empfing eine Delegation der Demonstranten. Das „Kärntner-Pädagogen-Modell“ sei noch nicht „zur Parlamentsreife gieden“, versicherte er. Die Regierungserklärung von SPÖ und ÖVP spricht für sich: „Die Volksgruppen stellen nicht nur eine Bereicherung der kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt Österreichs dar, sie erfüllen auch eine wichtige Brückenkopffunktion für die Gestaltung der Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten.“ Keine Rede mehr von den Rechten der Minderheiten. In Artikel 7 des Staatsvertrages heißt es unter Absatz 5: „Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.“ – (rua)

Frankreich

PCF sucht Weg aus der Krise

Am 26. und 27. Januar diesen Jahres fand die letzte Sitzung des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) statt, die von der bürgerlichen Presse innerhalb und außerhalb Frankreichs mit viel Interesse bedacht wurde. Anlaß dafür war der Versuch einer Minderheit, einen anderen Kurs gegen Generalsekretär Georges Marchais durchzusetzen. Die Auseinandersetzung, die schon über ein Jahr innerhalb des ZK geführt wird, nahm jetzt an Schärfe zu, als zwei der führenden „Renovatoren“ (Erneuerer), das Politbüro- und ZK-Mitglied Claude Poperen sowie das ZK-Mitglied Marcel Rigout von ihren Parteiämtern zurücktraten. Gleichzeitig hatte Marchais begonnen, die „Renovatoren“ in den Medien als „Liquidatoren“ zu bezeichnen. Danach gründeten 15 Funktionäre aus 35 Départementsverbänden ein „Koordi-

nationskollektiv renovatorischer Kommunisten“ und arbeiteten ein Manifest aus. Darin fordern sie andere Organisationsstrukturen, vor allem aber wollen sie eine neue Bewegung der gesamten Linken, eine erneute Zusammenarbeit mit der PS wird nicht ausgeschlossen, und als letztes Mittel die Gründung einer neuen Partei, ausdrücklich mit Blick auf das Beispiel der bundesdeutschen Grünen.

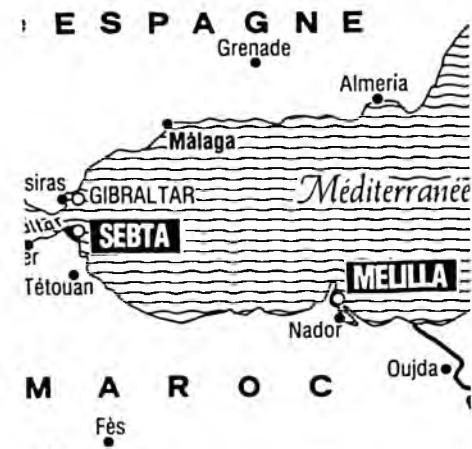
Wichtiger jedoch erscheint jetzt die Frage, wie die Mehrheit der PCF unter Marchais gegen die Reaktion in Zukunft vorgehen will. Das ZK hat auf seiner Sitzung eine „Erklärung der Freiheiten“ verabschiedet. Diese beinhaltet einen Forderungskatalog, formuliert in der Art von Grundrechten, geordnet nach Artikeln. Dieser Katalog ist kein revolutionäres Programm, er vertritt gefährliche nationalistische und chauvinistische Positionen, bietet aber Anhaltspunkte für Arbeiterrechte. So wird die Erklärung z.B. in Zusammenhang mit den Erklärungen der bürgerlichen französischen Revolution (1789, 1793) gestellt, ohne zumindest die Pariser Kommune von 1871 zu erwähnen. Weiterhin werden in der Erklärung die individuellen Freiheiten, nicht die kollektiven, an die erste Stelle gesetzt. In Artikel 31 wird als Erziehungsziel die Vaterlandsliebe genannt; die Kultur soll die nationale Identität fördern. Für bestimmte Bereiche wird die Zusammenarbeit in Europa gefordert, z.B. Umweltschutz. Ein wichtiger Schwerpunkt in der gesamten Erklärung ist die Forderung nach uneingeschränkter gewerkschaftlicher Betätigung, die ausdrücklich auch auf Berufsgruppen der neuen Mittelklasse bezogen wird. In Artikel 37 wird das Vorhandensein von sozialen Einrichtungen, Kindergärten etc. bestimmt, ohne jedoch auf die finanzielle Regelung näher einzugehen. Die Kämpfe in Frankreich in den letzten Monaten finden Niederschlag in mehreren Artikeln. Artikel 31 fordert die kostenlose öffentliche Erziehung, keine soziale Auslese, Gebührenfreiheit an den Universitäten, gewerkschaftliche Rechte für Schüler und Studenten. Artikel 34 lehnt soziale Auslese in der Gesundheitsversorgung ab. Artikel 39 fordert eine verbesserte Sozialversicherung, die durch gewählte Vertreter der Versicherten geführt werden soll. Dies sind nur einige Beispiele aus der verabschiedeten Erklärung. Es bleibt unklar, wie die Forderungen durchgesetzt werden sollen, da keine konkreten Ziele und Tätigkeiten im Kampf gegen die konservative Regierung beschrieben werden. Wie bisher bleibt die PCF angreifbar aufgrund ihrer chauvinistischen Positionen.

Quellenhinweis: *l'Humanité*, verschiedene Ausgaben, insbesondere 2.2.87; *NZZ*, 21.2.87; *SZ*, 4.2.87; *Le Monde*, 3.2.87 – (sur)

Melilla-Ceuta/Sebta

Wachsende Bewegung für Entkolonialisierung

Anfang Februar kam es in der spanischen Kolonie Melilla zu harten Auseinandersetzungen zwischen arabischen Demonstranten einerseits und der Polizei und spanischen Siedlern andererseits. Innerhalb der Demonstrationen wurden Transparente getragen und Parolen gerufen, die sich z.B. mit der Rif-Befreiungsorganisation und der ETA im Baskenland solidarisierten. Die spanische Polizei erschoss einen Demonstranten und verletzte weitere. Neun verhaftete Führer von arabischen Organisationen verschleppte die Polizei nach Almeria, Spanien. Auf sie warten



Ceuta/Sebta und Melilla: Militärposten zur Aggression gegen die nordafrikanischen Länder

Gerichtsverfahren wegen Hochverrats. Dutzende von Demonstranten befinden sich ohne richterliche Bescheide auch weiterhin in Haft.

Nach dem Mord an einem arabischen Demonstranten organisierten die arabischen und moslemischen Organisationen einen Generalstreik, der zu 100 Prozent von den Lohnabhängigen und Händlern befolgt wurde. Im Gefolge des Generalstreiks wurden Demonstrationen auf beiden Seiten der Grenze, in Melilla und in Marokko, für Entkolonialisierung durchgeführt.

Die anhaltenden Proteste der arabischen Bevölkerung von Ceuta/Sebta und Melilla begannen im März letzten Jahres, als die spanische Regierung neue Ausländergesetze verabschiedete, die den größten Teil der arabischen Bevölkerung in den beiden Kolonialstädten – in Ceuta/Sebta offiziell ca. 50% der Gesamtbevölkerung und in Melilla ca. 40% – zu Ausländern erklärte. Damit drohten Abschiebungen in größerem Umfang. Spanische Siedlerorganisationen fühlten sich dadurch zu Übergriffen gegen die arabische Bevölkerung ermutigt.

Unter den arabischen und moslemi-

schen Organisationen setzte sich zunehmend die Forderung nach Entkolonialisierung der beiden Städte und der Jaffarines Inseln durch. Dennoch scheint umstritten, in welcher Form, ob als unabhängige Städte oder durch Anschluß an Marokko. Der Führer der moslemischen Organisationen, Doudouh, vertritt den Anschluß an Marokko. Bis zur Verabschiedung des Ausländergesetzes war Doudouh noch Berater der spanischen Regierung in Angelegenheiten der Kolonialstädte und Mitglied der Sozialistischen Partei Spaniens. Inzwischen mußte sich Doudouh, weil er den Anschluß an Marokko fordert und deshalb wegen Hochverrats verfolgt wird, nach Marokko absetzen. Der marokkanische König Hassan II schlug am 21.1. Spanien vor, über die beiden Städte zu verhandeln und eine Kommission einzusetzen. Die spanische Regierung äußerte am 22.1.: „Es wird keine Kommission gegründet werden, die die Situation von Sebta und Melilla untersucht ..., die in jeder Hinsicht zwei spanische Städte sind.“

Die Regierung Marokkos, die den Kurs weitgehender Annäherung an die EG verfolgt, gerät unter Druck der antiimperialistischen Opposition, die insbesondere auch die Stationierung von über 3000 spanischen Soldaten in Ceuta/Sebta und Melilla als Bedrohung Marokkos und der arabischen Staaten angreift. Von verschiedenen Organisationen werden Vorschläge gemacht, einen „Grünen Marsch“ nach Melilla zu organisieren oder einen wirksamen Wirtschaftsboykott zu verhängen, da z.B. Melilla 80% des Handels mit Marokko abwickelt. Auch die Kleinhändler und -produzenten in Melilla und Marokko sowie die Bauern unterstützen den Kampf. Seit dem EG-Beitritt Spaniens fürchten sie durch zunehmende EG-Exporte nach Melilla und Marokko um ihre Existenz.

Quellenhinweis: FAZ, 4.2.87; afrique asie, Nr. 394 - (sie)

Mittelamerika

Ungestörte Umtriebe der EG-Imperialisten

Die US-Regierung befindet sich nach den Iran-Waffengeschäften und der Weiterleitung der Gelder an die nikaraguanischen Konterrevolutionäre unter Druck. Der Auswärtige Ausschuß des Senats sprach sich gegen die Auszahlung der restlichen Contra-Hilfe aus. Der Verband ehemaliger Vietnam-Soldaten entsandte jetzt eine „Friedensbrigade“ nach Nikaragua, um einen „lebenden Schild“ gegen die Contra-Angriffe zu bilden. Als Teil der gegen die US-amerikanische Unterstützung der Contras gerichteten Kampagne „Zeugnis für den Frieden“ wollen

sie „dieses Mal auf Seiten der Opfer unseres Krieges und nicht auf Seiten der tödenden Gewalt“ stehen.

Innerhalb der Führung der UNO (Vereinigte nikaraguanische Opposition) verschärfen sich die Widersprüche. Mit A. Cruz ist der dritte Contra-Führer in den letzten Monaten zurück- bzw. ausgetreten. Damit wird immer deutlicher, daß trotz militärischer Ausrüstung der Contras durch die Imperialisten der Zermürbungs- und Vernichtungskrieg gegen die sandinistische Regierung vor allem wegen fehlender Unterstützung durch die bäuerliche Bevölkerung Nikaraguas allein so nicht zu gewinnen ist.

Damit gewinnt die Strategie der EG-Imperialisten an Bedeutung, durch wirtschaftliche Erpressung und politischen Druck vor allem aus den Nachbarländern die Bedingungen für die Ablösung der sandinistischen Regierung durch Zöglinge europäischer christ- und sozialdemokratischer Parteien und der katholischen Kirche zu schaffen. In den letzten Jahren haben die EG-Imperialisten ihren Einfluß in Mittelamerika beständig vergrößert. Seit 1970 haben sich die Im- und Ex-

porte der EG mit den mittelamerikanischen Ländern verdreifacht, so daß die EG heute ein Viertel bzw. ein Fünftel der Ausfuhren bzw. Einführen dieser Länder kontrolliert. Daneben haben sich die EG-Imperialisten über Kredite aus der sog. EG-Hilfe Einfluß auf diese Region verschafft, zwischen 1976 und 1986 mit fast 600 Mio. DM.

Seit 1985 verfügt die EG mit dem Kooperationsvertrag zwischen EG und den fünf mittelamerikanischen Staaten, Nikaragua, Honduras, Costa Rica, Guatemala und Panama über den Hebel für künftige Ausweitung der wirtschaftlichen und politischen Einflußnahme. Mitte Februar fand die dritte Außenministerkonferenz der EG und der mittelamerikanischen Staaten statt. Der belgische Außenminister Tindemans erklärte, daß die Konferenz nicht dem Zweck diene, auf die USA Rücksicht zu nehmen. Im Abschlußkommuniqué konnten die EG-Imperialisten erneut die „pluralistische Demokratie, Menschenrechte“ usw. verankern. Sie kündigten an, ihre wirtschaftliche „Hilfe“ auszuweiten.

Quellenhinweis: Die Weltwoche, 29.1.; NZZ, 13.2., 22./23.2. - (sie)

Lagerkrieg im Libanon

Wer die Beendigung will, muß die imperialistische Nah-Ost-Einkesselung bekämpfen

Auch nach dem Einmarsch syrischer Truppen in Beirut scheint die Belagerung dreier palästinensischer Flüchtlingslager nahe der libanesischen Hauptstadt durch schiitische Amal-Milizen anzudauern. Seit gut fünf Monaten leben nunmehr zehntausende palästinensische Flüchtlinge in von der Umwelt abgeschnittenen Lagern, unter fast ständigem Beschuß, bedroht von Hungersnot und Seuchen.

Die bundesdeutsche Presse hat den

seit September '86 andauernden Lagerkrieg Anfang Februar „entdeckt“, genau zu dem Zeitpunkt, als die Bundesregierung weitere Vorwände für ihre verstärkte Einmischung im Nahen Osten suchte. Sie schlachtet ihn aus, um das Bild eines immer schlimmeren Chaos zu zeichnen, in dem „Unschuldige“ unterzugehen drohen ohne auswärtige Hilfe.

Tatsächlich sind die seit Jahren anhaltenden Auseinandersetzungen zwis-



US-Marineinfanteristen verlassen den Libanon



Gegen die Einführung von Darlehen anstelle der von den Gemeinden gewährten und von der Regierung erstatteten Zuschüssen sowie für die Einführung einer Mindestförderung demonstrierten am 21. Februar etwa 20000 britische Studenten in London vor dem Amtssitz der Premierministerin. Die Zuschüsse sind schon jetzt erbärmlich niedrig; sie betragen umgerechnet etwa 400 DM im Monat, und die von der Regierung angekündigte Erhöhung um 3,75 Prozent ab Herbst 1987 ändert wenig. Die Demonstration wurde von der National Union of Students (NUS) organisiert, der fast alle örtlichen Studentenvereinigungen angegeschlossen sind. – (hef)

Spanien: Teilerfolg für Schüler und Studenten

Nach den zweiwöchigen Schüler- und Studentenaktionen mußte die spanische Regierung in einem 18-Punkte-Programm verschiedene Forderungen der Schüler und Studenten und ihrer Organisationen erfüllen, u.a. Schulgeldfreiheit auch für die staatlichen Ober- und Berufsschulen, Schaffung von 67000 neuen staatlichen Schulplätzen und mehr Bildungsausgaben sowie verschiedene weitere Bildungsreformen, keine Studiengebühren für Kinder von Eltern, die weniger als umgerechnet 2000 DM/Monat verdienen. Hingegen weigert sich die Regierung, die Universitätseingangsprüfungen abzuschaffen und das von den

Schülern und Studenten auch geforderte Studentengehalt einzuführen. – (sie)

Peru: anhaltender Polizei- und Militärterror

Am 16.2. überfielen Polizei- und Militäreinheiten drei Universitäten in der Hauptstadt Lima. Sie erschossen einen Studenten und nahmen über 800 fest. Fast 300 Studenten werden „terroristischer Aktivitäten“ sowie der Unterstützung der Guerillaorganisationen „Leuchtender Pfad“ (PCdEP) und „Tupac Amaru“ bezichtigt. Zu Demonstrationen gegen die Massenverhaftungen und den Militär- und Polizeiterror, an denen sich Tausende beteiligten, riefen verschiedene linke Organisationen auf. – (sie)

schen den verschiedenen Kräften im Libanon, zwischen Palästinensern und Palästinern, zwischen Palästinensern und Libanesen, zwischen schiitischen, drusischen und christlichen Milizen, zwischen Syrien und der PLO und zwischen Syrien und den verschiedenen libanesischen Milizen scharf, blutig und oft undurchschaubar. Doch die Verantwortlichen für die trostlos scheinende Lage sind feststellbar!

Die imperialistischen Mächte und ihr Schützling Israel haben den Nahen Osten buchstäblich eingekesselt. Schon die einfache Auflistung ihrer Aggressionen seit 1982 macht das deutlich.

Am 6.6.82 überfällt Israel mit einer großen Invasionsarmee den Libanon. Ziel ist, die PLO und Syrien zu vertreiben und die eigene Kontrolle über das Land zu errichten. Nach wochenlangem Bombardement Beiruts verläßt die PLO die Stadt. Während die israelische Luftwaffe noch Beirut bombardiert, verläßt die PLO die Stadt. Während die israelische Luftwaffe noch Beirut bombardiert,

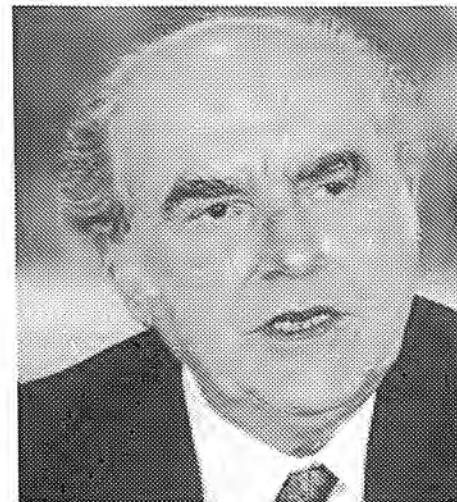
dert, rücken am 21.8.82 350 französische Fremdenlegionäre als Vorausabteilung der sog. Multinationalen Truppen (MNF) in die libanesische Hauptstadt ein. Ihnen folgen später weitere französische sowie italienische, britische und US-Truppen (insgesamt 5350 Mann). Außerdem entsenden die USA mehrere Kriegsschiffe mit 1900 Marinesoldaten, und Frankreich schickt den Flugzeugträger „Foch“.

Nach der Besetzung West-Beiruts läßt die israelische Armee christliche Phalangisten auf die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Chatila los, die dort Mitte September '82 ein furchterliches Blutbad anrichten.

Am 10.8.83 beginnt das größte US-Manöver im Nahen Osten: in der ägyptischen Wüste mit 5500 US-Soldaten sowie B2-Bombern und F-16-Kampfflugzeugen, in Somalia, wo 1000 Marineinfanteristen Landungsmanöver durchführen, und in Oman,

Griechenland: Verstaatlichung von Ölkonzern?

Die griechische Regierung von Ministerpräsident Papandreu (Bild) hat angekündigt, den Ölkonzern NAPC zu verstaatlichen, der verschiedene Bohrrechte in der Nordägäis besitzt und Bohrungen in einem auch von der Türkei beanspruchten Gebiet geplant



hat. An der NAPC ist auch die westdeutsche Wintershall AG beteiligt. Vertreter des Konzerns haben sogleich verlautbaren lassen, daß Griechenland im Falle der Verstaatlichung einen enormen Entschädigungsbetrag zu zahlen habe. Ferner drohten sie damit, die Gerichte, darunter auch der EG, anzureufen. Die Regierung Papandreu reagierte damit auf die anhaltenden Proteste der griechischen Lohnabhängigen, die am 12. Februar einen zweiten Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung durchführten, und weitere Streikankündigungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. – (sie)

wo US-Sondereinheiten Guerilla-Bekämpfung trainieren. Danach führen die USA regelmäßig weitere Manöver in Nahost durch, meist mit Ägypten.

Im Sommer 1983 häufen sich die direkten militärischen Aktionen der imperialistischen MNF-Truppen, insbesondere der USA und Frankreichs. Zum Beispiel: Am 29.8.83 greifen US-Truppen Stellungen der Amal-Milizen mit Artillerie und Kampfshubschraubern an. Am 7.9.83 fliegen französische Kampfflugzeuge vom Flugzeugträger „Foch“ aus mehrere Einsätze über Beirut. Am 17.9.83 beschießen US-Kriegsschiffe syrische Stellungen bei Beirut. Großbritannien schickt alle seine drei Flugzeugträger ins östliche Mittelmehr. Am 19.9.83 beschießen US-Kriegsschiffe drusische Stellungen, und am 22.9.83 bombardieren acht französische Kampfflugzeuge drusische Stellungen. Die BRD ist an den MNF-Truppen und ihren militärischen Ein-

PAC: 1987 „Jahr der Volksbewaffnung“

Der außenpolitische Sprecher des baskischen Befreiungsorganisation PAC, Ahmed Gora Ebrahim, erklärte am 24.2. während der Ministerratssitzung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU): Der PAC werde das Jahr 1987 zum „Jahr der Volksbewaffnung“ gegen das südafrikanische Rassistenregime machen. „Der bewaffnete Kampf ist zur Hauptform des Widerstandes“ geworden und werde in diesem Jahr von den Vorstädten der Schwarzen auf das gesamte Territorium der RSA ausgeweitet. – (scc)

Euskadi/Baskenland: Erfolg der Freiheitsbewegung

Alle wütenden Versuche der Madrider Regierung konnten nicht verhindern, daß der Präsidentschaftskandidat von Herri Batasuna (Volkseinheit), Juan Carlos Yoldi, der der Beteiligung am baskischen Befreiungskampf angeklagt ist und in Untersuchungshaft sitzt, vor dem baskischen Parlament aufrat. Dies hatte ein einstimmig gefaßter Beschuß des Landgerichts von Pamplona verfügt. Herri Batasuna hatte bei den Wahlen 17,47% der Stimmen und 13 Mandate erreicht und nahm seine Sitze während der Rede Yoldis am 27.2. erstmals ein. Yoldi, für den der Staatsanwalt 64 Jahre Gefängnis gefordert hat, nutzte seinen Parlamentsauftritt, um das von der ETA vertretene und von Herri Batasuna unterstützte Fünfpunkte-Programm zu verfechten: Amnestie, Legalisierung der die Unabhängigkeit vertretenden Parteien, Abzug der spanischen Repressionskräfte, ein Autonomiestatut, das neben Euskadi die Provinz Navarra (Süd-Euskadi) einbezieht und das Recht auf Selbstbestimmung anerkennt einschließlich der Möglichkeit, einen eigenen Staat zu

gründen. – Gewählt wurde der Kandidat der bürgerlich-nationalistischen PNV, die mit der PSOE koaliert und für das Zustandekommen der Koalition zusagte, daß sie Verhandlungen mit der ETA ablehnt. – (scc)

Türkei: Neue Intervention in Nord-Irak?

Die türkische Regierung soll erneut eine militärische Intervention im Norden des Irak erwägen. Das meldet laut „taz“ vom 25.2. die türkische Presse. Die Intervention soll sich gegen vermutete Stellungen von Befreiungskämpfern der Kurdischen Arbeiter-

und Bauernpartei (PKK) richten. Schon im August 1985 und im August 1986 waren Einheiten der türkischen Armee bis zu 50 km in irakisches Gebiet eingedrungen, angeblich mit Zustimmung der irakischen Regierung, um kurdische Dörfer anzugreifen. Im Oktober hatten Befreiungskämpfer erstmals eine Radar anlage der NATO bei Mardin angegriffen. Daraufhin setzte die türkische Armee 10000 Mann ein, durchkämmte wochenlang kurdische Dörfe, mißhandelte die Bewohner und nahm zahlreiche Verhaftungen vor, um die Bevölkerung zu terrorisieren. – (rül)



Nach drei Monaten haben die 2650 Arbeiter und Angestellten der türkischen NETAS-Werke in Istanbul, Ankara und Izmir ihren Streik (den ersten Streik türkischer Arbeiter seit dem Militärputsch 1980) beendet. Sie erreichten eine Erhöhung ihrer Löhne und Gehälter um 40,5%, das entspricht der offiziellen Teuerungsrate. Die Kapitalisten müssen Sozialleistungen wie Kindergeld und Kohlegeld auf ca. 480 DM im Jahr verdoppeln. Auch wenn die Löhne der meisten Arbeiter weiterhin unter dem offiziellen Mindestbedarf für Familien liegen, bedeutet der Ausgang des Kampfes doch einen Erfolg für die Arbeiter und Angestellten und eine Ermutigung für andere Gewerkschaften. Die Gewerkschaft Petrol-Is hat bereits für März einen Streik aller Beschäftigten in 51 Chemiebetrieben der Türkei angekündigt. – (rül)

sätzen in mehrerer Hinsicht beteiligt: Sie trägt zur Finanzierung der MNF bei, und die Einsätze der US-Truppen werden von BRD-Territorium aus – von Stuttgart, dem Sitz des US-Kommandos Europa – geleitet.

Nach Jahren israelischer Besatzung beginnt am 16.2.85 die erste Phase des Rückzugs aus Südlibanon. Dessenungeachtet führt Israel weiter Land-, Luft- und Seeangriffe auf den Libanon durch. So fallen, um nur ein Beispiel zu geben, im Februar 1986 3000 israelische Soldaten in Südlibanon ein. Auch blockiert Israel die libanesischen Häfen.

Am 1.10.85 greift israelische Luftwaffe Tunesien an und bombardiert das PLO-Hauptquartier nahe Tunis.

Am 11.10.85 fangen vier Kampfflugzeuge der 6. US-Flotte über dem östlichen Mittelmeer eine ägyptische Boeing, in denen die Entführer der „Achille Lauro“ sind, ab und zwingen sie zur

Landung in Sizilien. Am 4.2.86 fängt Israel ein Zivilflugzeug der libyschen Verkehrsgesellschaft auf dem Flug nach Damaskus ab.

Am 15.4.86 bombardieren die USA mit Unterstützung u.a. durch Großbritannien und die BRD zwei libysche Städte. Bereits vorher hatten die USA mehrfach Libyen militärisch zu provozieren versucht.

Im Mai 1986 nehmen israelische Kriegsdrohungen gegen Syrien zu. Auch die USA drohen Syrien mit Militäraktionen. Im Oktober 1986 erwägt Großbritannien militärische Schläge gegen Syrien, und offensichtlich zur Einschüchterung Syriens führen die bundesdeutsche GSG-9, die britische SAS und die US-amerikanische Delta Forces gemeinsame Übungen zur „Terroristenbekämpfung“ durch.

Im Januar 87 nimmt neuerlich eine gewaltige US-Armada mit ausgearbeiteten Plänen zur Bombardierung zahl-

reicher Orte Kurs auf Libanon. Im Norden des Persischen Golfes ist gleichzeitig die Schnelle Eingreiftruppe der USA stationiert, im Süden führt Großbritannien Manöver durch. Vorübergehend war auch eine französische Flotte auf dem Weg ins östliche Mittelmeer.

Diese Einkesselung einer ganzen Region verfolgt das Ziel, jeglichen antiimperialistischen Widerstand zu liquidieren. Sie richtet sich gegen jeden, der sich der imperialistischen Kontrolle widersetzt, und versucht, mit Erfolg, die verschiedenen Kräfte des Widerstandes aufeinanderzuhetzen. Es scheint fast unmöglich, daß die eingekesselten antiimperialistischen Kräfte im Libanon ihre Widersprüche untereinander friedlich beilegen können, solange die Einkesselung und ständige Bedrohung andauern.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, 1982-86 – (scc)

Veröffentlichungen

Schwarzbuch ohne Quellenangaben

Bernd Engelmanns „Schwarzbuch. Das Kohl & Co-Komplott“ erschien im September 1986 und wandte sich laut Autor besonders an die Erstwähler/innen. „Es enthält die Hintergrundinformationen, die sie brauchen, um die für sie richtige Wahlentscheidung zu treffen und den Propagandalügen, die auf sie einprasseln werden, nicht aufzusitzen.“ (S. 7) Es geht ausschließlich um die „Propagandalügen“ der Parteien der Wenderegierung. Unter Verwendung ausführlicher Zitate aus anderen Büchern des Autors wird der Werdegang der Industriellen geschildert, die Kohl & Co. und die Wende vorbereitet und finanziert haben. Das Flick-Kapitel scheint direkt dem Spiegel entnommen. Im Kapitel „Warum die Konzerne die ‚Wende‘ finanziert und was sie dafür schon bekommen haben“ stellt Engelmann eine ganze Reihe von Behauptungen auf, die ich, außer daß Kohl uns die sogenannte Nachrüstung bescherte, gar nicht anzweifeln möchte. Nur die Belege fehlen weitestgehend. Zitate aus Spiegel, Bild, Büchern wie „Die Sprache der Wende“ sind für mich keine Quellen, zudem wird auch ohne jede Quellenangabe zitiert. Selbst eine Literaturliste fehlt. Auf der leeren letzten Seite wäre dafür noch Platz gewesen. So setzt sich der Eindruck fest, hier sollte mit einem Verschnitt aus früheren Engelmann-Büchern vor der Wahl noch eine schnelle Mark gemacht werden. Völlig einseitig wird die Wahl der SPD propagiert. Da gibt es Alternativen. Auch bei Büchern.

– (ti)

IG Farben, Abt. Behringwerke: Menschenversuche

Dokumente über die Machenschaften deutscher Monopole im Faschismus sind nicht leicht zugänglich, Veröffentlichungen in Büchern selten. Zwei Historiker aus der BRD und der DDR haben jetzt eine Untersuchung über das Wirken einer Abteilung der IG Farben, der Behringwerke Marburg, im Konzentrationslager Buchenwald veröffentlicht, in der sie ausführlich die Beteiligung der IG Farben und insbesondere der Behringwerke, die als Nachfolgekonzern der IG Farben in der BRD nach wie vor bestehen, an Menschenversuchen in Konzentrationslagern nachweisen. Kurz nach der Machtergreifung der Faschisten richteten die IG Farben ein „Institut für experimentelle Therapie“ ein, das die Versuche wissenschaftlich betreute. Die Behringwerke produzierten Kampfstoffe und Medikamente für die faschistische Wehrmacht und testeten die Wirkung ihrer Produkte sowohl während des Eingreifens der faschisti-

schen „Legion Condor“ gegen die spanische Volksfrontregierung wie auch später an KZ-Häftlingen, vor allem in Buchenwald. Häftlinge wurden mit Flecktyphus, Cholera und anderen Krankheitskeimen infiziert, die von Behring dafür vorgesehenen Gegenmittel an ihnen auf Wirksamkeit, Nebenwirkungen etc. ausprobiert. Der dafür verantwortliche „Betriebsführer“ Albert Demnitz konnte sich vor einer Anklage bei den Nürnberger Prozessen retten, indem er sich als Zeuge zur Verfügung stellte und dann aussagte, er hätte von allem nichts gewußt. Nach 1945 übernahm er sogleich wieder führende Positionen in den neu eröffneten Behringwerken. Die Geschäftsleitung



Faschistische Armee in Spanien: die neuen Waffen werden erprobt.

der Behringwerke versucht, die Dokumentation als Verleumdung darzustellen. Bei ihrem Bemühen, die Forschungen über die IG Farben-Verantwortung für die Menschenversuche aufzuhalten, erklärte sie 1982 zu den Vorwürfen, die Behringwerke hätten an solchen Versuchen mitgewirkt: „Man muß sich sogar die Frage vorlegen, ob man nicht moralisch gezwungen gewesen wäre, bei Kenntnis des grauenhaften Vorhabens der SS in der Flecksieberstation Buchenwald Impfstoffe zu liefern, von denen man überzeugt war, daß sie das Überleben der für den Versuch hinzugezogenen Menschen ermöglichen würden.“ Mit dieser menschenverachtenden Erklärung hält sich die Geschäftsleitung sogar noch den Weg offen, die Beteiligung an den Menschenversuchen zur angeblich antifaschistischen Tat zu deklarieren. (Dr. Ulrich Schneider, Dr. Harry Stein, IG Farben AG, Abt. Behringwerke Marburg, KZ Buchenwald, Menschenversuche – ein dokumentarischer Bericht, Brüder-Grimm-Verlag, 8,- DM – uld)

Literaturdokumentation zur Weiterbildung

Das Forschungsinstitut für Weiterbildung ist eine gemeinsame Einrichtung der IG Metall und der Ruhr-Universität Bochum. Das Institut veröffentlicht unregelmäßig Literaturdokumentationen zur Bildungspolitik. Die letzte Dokumentation enthält eine Übersicht von Gewerkschaften, Volkshochschuldozenten, Regierungsinstitutionen und Kapitalistenvertretern über Konzepte und Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung angesichts neuer Technologien in der Produktion und der Verwaltung. Sie ist gegliedert nach vier Gesichtspunkten: 1. Neuformulierungen und Aufarbeitungen des Anspruchs der Integration beruflicher und politischer bzw. allgemeiner Bildung; 2. Analysen und Forderungen zur beruflichen Weiterbildung und zur Allgemeinbildung; 3. Ziele, Inhalte und Vermittlungsformen integrativer Weiterbildungskonzeptionen zur Bewältigung des technologischen Wandels; 4. Konzeptionelle Überlegungen, Modelle und Erfahrungen integrativer, arbeitnehmerorientierter Technikqualifizierung. (Integration beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung zur Bewältigung des technologischen und gesellschaftlichen Wandels, Bezugsadresse: FIAB, Kirchplatz 2, 4350 Recklinghausen – uld)

Wenig über Rechte, viel über Integration

Als Band 4 der Schriftenreihe des Zentrums für Türkeistudien sind unter dem Titel: „Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei?“ die Vorträge der gleichnamigen Tagung vom Dezember 1985 in Essen erschienen. Veranstalter der Tagung waren neben dem Zentrum für Türkeistudien die türkische Universität Bursa und die Stadt Essen. Die Vorträge beschäftigen sich überwiegend mit der Situation türkischer Arbeiter in der BRD. Breiten Raum in den Darstellungen nehmen die Integrationsbemühungen verschiedener staatlicher und halbstaatlicher Stellen ein, besonders im Schulbereich. Diese Bemühungen werden durchweg positiv bewertet. Mit z.T. viel statistischem Material (Aufenthaltsdauer, Nachholen von Familienangehörigen, Angleichung von Konsumgewohnheiten) soll die Auffassung untermauert werden, daß die BRD ein Einwanderungsland ist. Kaum Beachtung findet in den Beiträgen die völlige Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter. Die türkischen Teilnehmer finden wenig Kritikwürdiges an der Vertreibungspolitik der Bundesregierung. Professor Balkir, Rektor der Universität Bursa: „Es ist allgemein bekannt, daß die Anwesenheit der ausländischen Arbeitnehmer ... zu ernsten Problemen in beinahe allen sozialen und ökonomischen Bereichen in der Bun-

desrepublik geführt hat.“ Die Professorin Akçayli kommt in ihren Ausführungen zu den „Auswirkungen des Rückkehrförderungsgesetzes aus türkischer Sicht“ auch nur zum Ergebnis, daß dieses solange nicht die gewünschten durchgreifenden Erfolge aufweisen könne, wie die wirtschaftliche Lage in der Türkei so schlecht sei. Sie fordert verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit von der Bundesrepublik und der Türkei. Solche Auffassungen wollte die türkische Vertretung nicht gestört wissen: Der Generalkonsul in Essen hat deshalb die Teilnahme des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausländerbeirates Essen, A. Aktaş, an einer Podiumsdiskussion mit der Erpressung verhindert, daß sonst die Zusammenarbeit zwischen der Universität Bursa und dem Zentrum für Türkeistudien nicht mehr gestattet sei. – (syb)

„Psychischer Streß am Arbeitsplatz“

Tatsache ist: Der Gesundheitszustand der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik wird schlechter. Der Grund dafür ist die zunehmende Belastung durch die veränderten Arbeitsbedingungen. Das belegen die Autoren des im DGB-eigenen Bund-Verlag erschienenen Buches „Psychischer Streß am Arbeitsplatz“. Derzeit erneuern die Metallkapitalisten die Produktionsmittel durch computergesteuerte Fertigung und erhöhen die Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Auswirkungen für die Arbeiter schildern die Autoren anhand eines Fallbeispiels: Ein Dreher, der zuvor an einer konventionellen Drehbank gearbeitet hat, wird zur Schichtarbeit an einer CNC-Drehmaschine versetzt. Seine Belastungen werden als Teil der allgemeinen Entwicklung verständlich, indem sie verglichen werden mit den Ergebnissen umfassender Betriebsuntersuchungen. Entgegen dem Gewäsch der Kapitalisten, daß die körperliche Arbeitsbelastung durch die computergesteuerte Maschinerie abgenommen habe, und der Zeitdruck, weil es z.B. keinen Akkord mehr gibt, abgenommen habe, haben die Krankheiten als Folgen der gesteigerten Belastung der Arbeitskraft deutlich zugenommen: „Die Zahl der typischen Streßkrankheiten ist sogar erheblich gestiegen“, beweisen die Verfasser. Solche Krankheiten sind z.B.: Herz-Kreislauferkrankungen, Magen- und Darmerkrankungen, Hauerkrankungen, Bronchitis/Asthma. In dem Buch sind „Prüflisten zur Beurteilung von Streß am Arbeitsplatz“ abgedruckt und es wird aufgezeigt, wie mit diesen Untersuchungen Forderungen vertreten werden können. Die Autoren haben aber den untrennabaren Zusammenhang zwischen den körperlichen Schädigungen und der psychischen Belastung nicht ausreichend beachtet. Die wichtige Frage der Lohnsenkung wird nicht angesprochen. – (gba)

Politische Gefangene

Für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand

Wir dokumentieren im folgenden eine Erklärung von Rechtsanwälten von politischen Gefangenen. Die Haftverhältnisse der politischen Gefangenen haben sich in den letzten zwei Jahren nicht verbessert, und in der Öffentlichkeit werden die Haftbedingungen weitgehend totgeschwiegen. Die Anwälte bieten an, Veranstaltungen und andere Formen der öffentlichen Erörterung mit Beiträgen und Materialien zu unterstützen. Diese Möglichkeit sollte genutzt werden. – (uld)

Der letzte Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand für ihre Zusammenlegung in große Gruppen ist zwei Jahre her. Die Isolation besteht weiter.

Wir haben uns zu diesem Aufruf entschlossen, weil die Zusammenlegung notwendig ist und weil wir denken, daß sie erreicht werden kann, wenn wir und alle, die die Forderung der Gefangenen unterstützen, nicht aufhören, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wie ist die Situation?

Während des Hungerstreiks ist deutlich geworden, daß die Isolation revolutionärer Gefangener für die BRD bei der Widerstandsbekämpfung inzwischen die Bedeutung einer strategischen Position hat. In den ersten Jahren war das Ziel vor allem, die Gefangenen in der Isolation schnell zu zerstören oder umzudrehen, sie als Revolutionäre auszuschalten, Kontinuität zu verhindern und an ihrem Zusammenbruch die Aussichtslosigkeit ihrer Politik und Praxis zu demonstrieren. Die Ergebnisse von Experimenten der US-Armee, auf die sich die BRD dabei gestützt hat, hatten vorausgesagt, daß ein Mensch Isolation nur über einen kurzen Zeitraum aushalten kann.

Tatsächlich konnte die Isolation aber nicht die Identität der Gefangenen brechen, weil sie sofort anfingen, gegen sie zu kämpfen. Heute ist die Situation anders. Es gibt seit mehreren Jahren

einen wachsenden Widerstand in der BRD, wobei Politiker und Spezialisten für die Aufstandsbekämpfung den kriegerischen Charakter der Auseinandersetzung konstatieren und sich auf eine lange Dauer einrichten. Die Isolation hat neben der Vernichtung und Abschreckung jetzt auch den weiter gefassten Zweck, mit den Gefangenen aus der Guerilla und dem Widerstand die Politik, für die sie stehen, zu vergraben, möglichst vom allen Menschen abzuschotten. So die unzähligen Schreib- und Besuchsverbote für Leute, die mit den Gefangenen politisch diskutieren wollen. Und hier liegt auch der Grund, warum der Staat die Zusammenlegung so unbedingt verhindern will: es geht um das praktische Beispiel, das sich in dem Kampf revolutionärer Gefangener für kollektive Strukturen und Arbeitsprozesse, insbesondere unter den Extrembedingungen der Haft, vermittelt – auch für die, die ihnen nicht nahestehen. Wo Vereinzelung, Konkurrenz, Ohnmacht und Entpolitisierung unentbehrliche Bedingungen von Herrschaft sind, darf nicht sichtbar werden, daß Kollektivität und Selbstbestimmung Motor jeden gesellschaftlichen Widerstandes sind.

Im letzten Hungerstreik ist aber offen geworden, daß die Doktrin der harten Haltung nur die politische Schwäche eines Staates zeigt, der seit sechzehn Jahren Isolation einsetzt und



Demonstration gegen die Isolationshaft zur Unterstützung des Hungerstreiks der politischen Gefangenen Januar 1985 in Karlsruhe.

ebensolange ihre Existenz abstreitet, weil sie international als Folter geächtet ist.

Natürlich sind Tatsachen nicht ewig zu dementieren, sie sind da und sie sind sichtbar. Weil die Isolation drastisch sichtbar ist an den Trakten, Trennscheiben, Spezialzellen usw., wurden während des Hungerstreiks britische, belgische und holländische Europa-Abgeordnete nicht in die Gefägnisse gelassen, obwohl das zu ihren Rechten gehört. Aus dem gleichen Grund unterschreibt die BRD die Anti-Folter-Konvention des Europarats nicht, die sich ausdrücklich auch auf die Isolationspraktiken hier bezieht und jederzeit Kontrollbesuche unabhängiger Delegationen verlangt – z.B. auch während einer Kontaktsperrre.

Wo der Vorhang nicht ganz heruntergezogen werden kann, weil ein Abkommen schon besteht, wird zu Lügen gegriffen wie bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der BRD vor dem UN-Menschenrechtsausschuß im April 1986. Dort hat der BRD-Delegierte Stoecker (Bundesjustizministerium) auf Fragen zur Isolation geantwortet, die Gefangenen seien gar nicht in Einzelhaft, sondern tagsüber in kleinen Gruppen zusammen. Sämtliche anderen Fragen zu Kontaktsperrre, Behinderung der Verteidigung wurden entweder gar nicht, nur halb oder falsch beantwortet. Zum Schluß sagte das sowjetische Mitglied, die BRD sei offensichtlich bestrebt gewesen, den Ausschuß hinter Licht zu führen.

Zur gleichen Zeit steht gegen Kämpfer der Gefangenen für die Zusammenlegung ein erweitertes Repressionsinstrumentarium bereit. Noch während des letzten Hungerstreiks wurde das Gesetz über die Zwangernährung so geändert, daß es möglich wird, die öffentlich nicht mehr zu rechtfertigende Zwangernährung durch die „Koma-Lösung“ zu ersetzen: es wird abgewartet, bis der Gefangene ins Koma fällt, um ihn dann, völlig isoliert und damit ganz unter staatlichem Zugriff, im Schwebzustand zwischen Leben und Tod zu halten. Genauso war es bei Knut Folkerts. Eine offizielle Kontaktsperrre wird so umgangen und als „medizinische Maßnahme“ angeordnet.

Weitergegangen ist auch die Kriminalisierungsstrategie gegen die Gefangenen. In mehreren Urteilen ist inzwischen festgeschrieben, daß ein Hungerstreik „eine Aktion der RAF“ sei, daß die Gefangenen selbst, solange sie im Knast weiterkämpfen, „Mitglieder der RAF“ seien. Damit hat sich der Staatschutz einen breiten Teppich für die Kriminalisierung von Angehörigen, Anwälten und Besuchern geschaffen. Jeder, der mit den Gefangenen Kontakt hat, der sich für die Zusammenlegung einsetzt, kann so als Unterstützer

oder Mitglied der RAF verfolgt werden. Zug um Zug ist diese absolute politische Absurdität, die „RAF im Knast“, in Beschlüsse und Urteile als Tatsache eingegangen. Sozusagen nebenbei, weil klar ist, daß die Bundesanwaltschaft einen öffentlichen Prozeß, in dem sie die Gefangenen wegen des Hungerstreiks anklagt, politisch nicht durchhalten kann. Er brächte alles auf den Tisch, jede Einzelheit des Programms und des langen Kampfes der Gefangenen dagegen. Die Kriminalisierung potenziert natürlich die Isolation der Gefangenen, aber auch hier ist die politische Abschottung zum Hauptzweck geworden. Eben weil die Gefangenen legal sind und die Diskussion mit ihnen direkt möglich ist, wird die Kriminalisierung gebraucht, die das illegalisieren und unmöglich machen soll.

Wir Anwälte haben angefangen, uns mit ausländischen Kollegen über die Erfahrungen in den einzelnen Ländern auszutauschen. Dabei haben wir festgestellt, daß Isolation in diesem Ausmaß und als Dauerzustand nur in der BRD existiert. Sie setzt sich allerdings durch, im Rahmen der Vereinheitlichung der Repression in den NATO-Staaten, wie auch die Kriminalisierungsstrategie, die die USA und BRD jetzt am liebsten global ausweiten wollen – von Guerillagruppen, Befreiungsbewegungen bis zu den national befreiten Staaten soll es nur noch Kriminelle geben.

Entsprechend hat es die US-Regierung jetzt abgelehnt, die Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention zu ratifizieren. (1977 wurden diese Zusätze verabschiedet, nach denen Befreiungsbewegungen und zum Teil auch Widerstandsguppen als Subjekte des Kriegsvölkerrechts anerkannt werden.) Daß diese Protokolle nicht wirksam werden, sei „von fundamentaler Bedeutung für die Strategie der NATO“, weil „die Änderungen den Effekt haben könnten, nationalen Befreiungsbewegungen und Terroristen Legitimation zu verschaffen, indem sie ihnen Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus einräumen“.

Die Kriminalisierung des Kampfes von revolutionären Organisationen und ihre Anwendung gegen die Gefangenen aus ihnen ist eine Doktrin, die über die konkreten Bekämpfungsmaßnahmen hinaus eine strategische Position mit politisch-ideologischer Funktion ist. (So wurde der politische Status, den es in einigen westeuropäischen Ländern in verschiedener Form gab, Mitte der 70er Jahre auf Initiative der BRD überall abgeschafft und die Kriminalisierung zur einheitlichen Linie erhoben. Mit dem Tod von zehn nordirischen Gefangenen im Hungerstreik 1981 hat die britische Regierung diese Doktrin brutal exekutiert. Ihre

„harte Haltung“ sollte dem Kampf der Gefangenen in Westeuropa insgesamt einen Schlag versetzen und die Hoffnung nehmen. Damals wie auch im Hungerstreik der Gefangenen 1984/85 war das US-Außenministerium direkt in die Entscheidung eingeschaltet.) Die Staaten wollen sich mit dieser Doktrin die Definitionsmacht darüber verschaffen, was politische Opposition ist. Die politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen überall sind mit ihrem Kampf ein sichtbares Beispiel gegen die staatliche Definition „nur noch Kriminelle“ und sollen deshalb als politische Subjekte ausgeschaltet werden.

Dieses Ziel führt in Eskalation dann soweit wie im Juni '86 in Peru. Die Gefangenen, die gegen die Folter, gegen ihre Verlegung in Isolationstrakts und für kollektive Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Achtung ihrer politischen Identität gekämpft haben, wurden massakriert, als ihr Kampf eine politische Stärke erreichte, die die Regierung mit Medienkontrolle und Betrug nicht mehr aus der Welt schaffen konnte.

Um die Zusammenlegung der Gefangenen zu erreichen, wollen wir über diese grundsätzliche Substanz der Auseinandersetzung und über die konkrete Situation der Gefangenen jetzt auf Veranstaltungen reden. Alle, die die Initiativen für die Zusammenlegung ergreifen wollen, mögen sich an uns wenden: wir können Veranstaltungen mittragen und Material zur Situation der Gefangenen zur Verfügung stellen.

Anwälte und Anwältinnen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand
Februar 1987

Informationen können bei folgenden Büros angefordert werden:

Berlin
RA Thomas Herzog, Kloedenstr. 1, 1000 Berlin 61, 030/6924548.

Frankfurt
RA Rainer Koch, Sandweg 50, 6000 Frankfurt 1, 069/490330.

Hannover
RA Gerd Klusmeyer, Am Klagesmarkt 10/11, 3000 Hannover 1, 0511/131318.

Bremen
RA Horst Wesemann, Sielwall 18, 2800 Bremen, 0421/702880.

Freiburg
RA Michael Moos, Poststr. 5, 7800 Freiburg, 0761/36073.

Düsseldorf
RAe Felkl & Diesing, Friedrich-Ebert-Str. 17, 4000 Düsseldorf 1, 0211/350545.

Hamburg
RAin Brenneke-Eggers, Stresemannstr. 81, 2000 Hamburg 50, 040/4395077.

Widerstand gegen Abschiebung in den Libanon

München. Wie lange kann die CSU noch an ihrem Abschiebungserlaß in den Libanon festhalten? Der Bonner Repräsentant des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen hat dagegen protestiert. Die Grünen brachten einen Dringlichkeitsantrag im Landtagsausschuß für Sozialpolitik ein, den auch die SPD unterstützte. Die CSU blieb unerschüttert. Der Ministerialdirigent Friedrich Giehl, Leiter der Abteilung für Verfassungsrecht und Staatsverwaltung im Innenministerium, zog sich in der Ausschußdebatte auf den Standpunkt zurück, daß in Bayern die Gesetze so vollzogen werden sollen, wie sie beschlossen worden sind. Bemerkenswert ist, daß trotz der Unerstüttlichkeit der CSU-Landtagsfraktion z.B. der Nürnberger Stadtrat einstimmig – d.h. insbesondere mit den Stimmen der CSU-Fraktion – die Bayerische Staatsregierung aufgefordert hat, keine libanesischen Staatsbürger in den Libanon abzuschieben. Der Antrag war von den Grünen eingebracht worden. Es sei unerträglich, daß Mitarbeiter der Stadt durch Weisung aus München gezwungen würden, Unmenschlichkeiten auszuführen. – (dil, mas)

Prozeß vertagt: Zeugen standen zum BR

Hannover. Über fünfzig Zuhörer verfolgten am 16. Februar den Prozeß vor dem Arbeitsgericht Hannover um die Wiedereinstellung des fristlos gekündigten Betriebsrats bei VAW, Norbert Stratmann. Er war gefeuert worden, nachdem die Abteilung Räderfertigung, wo er arbeitete, erfolgreich gegen Wochenendschichten gestreikt hatte. Die Firmenleitung von VAW hatte zwölf Arbeitskollegen von Norbert Stratmann als Zeugen bestellt. Sie sollten erklären, daß Norbert sie am 5. Juli 1986 zum Streik „aufgewiegt“ und sie dazu unter Druck gesetzt hätte. Doch die mutigen Zeugenaussagen brachten etwas ganz anderes an die Öffentlichkeit. Alle Zeugenaussagen prangerten die miserablen Arbeitsbedingungen an, insbesondere die verordneten Samstags- und Sonntagsschichten ... Die Kollegen führten weiter aus, daß sie sich einig waren zu streiken und daß Norbert sie fragte, ob sie mitmachten, und sie auf die möglichen Folgen vorbereitete. Türkische Kollegen zogen die von der Firmenleitung eingeholten „persönlichen Erklärungen“ zurück, nachdem sie erfuhren, daß sie ihnen falsch übersetzt worden waren. Den Vertretern der Werksleitung ist schwer aufgestoßen, daß die zwölf benannten Zeugen alles andere als die „Aufwiegelei“ ihres Betriebsrates bestätigten. (nach Rote Fahne, Zeitung der MLPD, 8/1987) – (wog)



Kleve. Mit Parolen wie „Der Traktor gehört der Bank“ protestierten am 17.2.87 10000 Bauern auf mehreren Kundgebungen im Kreis Kleve und Wesel gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung im Rahmen der EG-Preispolitik. Sie wiesen darauf hin, daß z.B. allein die Bullenmäster im Kreis Kleve Ertragseinbußen von 20% in den letzten zwei Jahren hinnehmen mußten. – (rub)

76 Prozent Sieg für Wallraff

Düsseldorf. Als Sieg nach Punkten für den Kölner Schriftsteller Wallraff kann das Urteil der XII. Zivilkammer des Düsseldorfer Landgerichts im Prozeß zwischen Thyssen und dem Autor gewertet werden. Wallraff muß in seinem Buch „Ganz unten“ zwei von sieben beanstandeten Passagen ändern. Wallraff darf nicht mehr behaupten, daß Thyssen schon lange die Stammbelegschaft abbaue und „über Subsfirmen billigere, willigere und schneller zu heuernde und auch zu feuernde Leiharbeiter“ einstelle. Ferner muß Wallraff den Vorwurf unterlassen, die Leiharbeiter würden mit Wissen von Thyssen gesundheitsbedrohlichen Arbeitsbedingungen ohne Schutz ausgesetzt. Das Gericht war der Meinung, daß damit der Eindruck erweckt würde, Thyssen würde sich „menschenverachtend verhalten“, dafür gäbe es jedoch keine Anhaltspunkte. Wallraff hat angekündigt, in die Berufung zu gehen, um „100prozentige Rehabilitierung“ zu erlangen. – (rub)

Entscheidung gegen Barauszahlung für Flüchtlinge

Kiel. Nach dem „Binnenerlaß“ des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums zahlt das Land nur dann, wenn Städte und Gemeinden Gemeinschaftsunterkünfte und -verpflegung einrichten. Auf diesen Druck hin hat die Kieler SPD-Rats-Mehrheit am 20.2. die bisherige Auszahlung der Sozialhilfe in bar zurückgenommen. Für den Wert von 215,- hat ein Flüchtling jetzt Einkaufsrecht in „einem Geschäft in der Nähe seiner Unterkunft“ (festgelegte Geschäfte) während 5-10 Stunden in der Woche. Polizeimäßige Kontrolle der Papiere, Abstempelung als „Wohlfahrtsempfänger“, Spießrutenlaufen an verunsicherten Kunden- und Verkäu-

fergesichtern vorbei, aber auch Freigabe für faschistische Verfolgung, heißt der Beschuß. Vor dem Rathaus haben viele Flüchtlinge dagegen protestiert, ein „Komitee zur Unterstützung der Flüchtlinge“ wurde gegründet. Bei der nächsten Aktion werden mehr deutsche Organisationen dabei sein. – (dam)

Ausländerbehörde läßt knüppeln

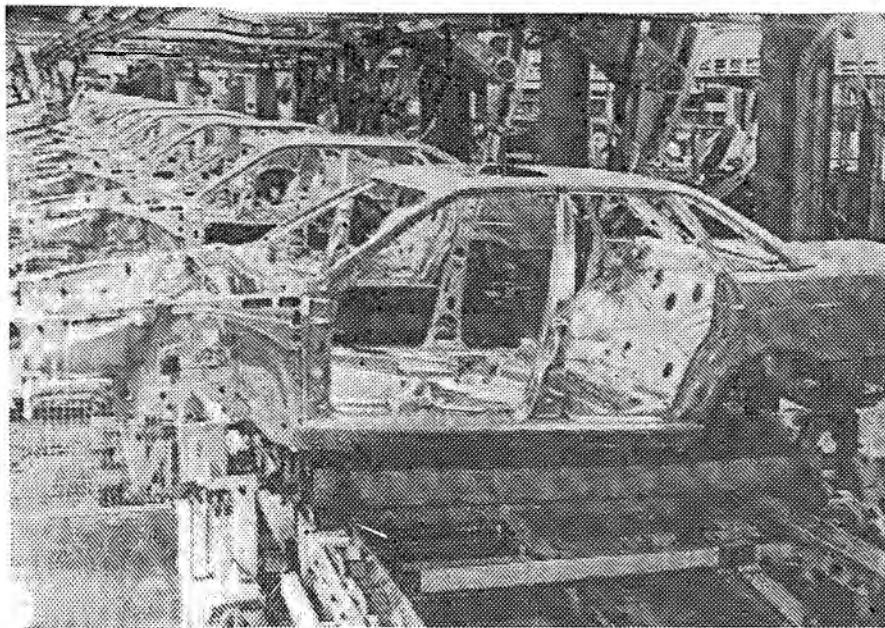
Hamburg. Am 19.02. versuchten ca. 150 Menschen, unter ihnen türkische und kurdische Antragsteller, in der Ausländerbehörde Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zu stellen. Grundlage der Anträge ist das Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei aus dem Jahre 1964 und die Bestätigung durch Bundesgesetz von Mai 1972. Nachdem anfangs die Ausländerbehörde positiv beschied, verweigerte sie kurze Zeit später sogar eine Bestätigung über die Antragstellung überhaupt. Um diese Verschleppungstaktik zu durchbrechen, fand die Aktion am 19.2. statt. GAL, zahlreiche türkische, kurdische und westdeutsche Organisationen hatten aufgerufen. Der Chef der Ausländerbehörde ließ sich jedoch auf keinerlei Diskussion ein, Antragsteller und Begleitpersonen wurden von der Polizei in den Gängen der Behörde zusammengeschlagen, mehrere Personen festgenommen, erkundungsdienstlich behandelt und über drei Stunden festgehalten. In einer Presseerklärung heißt es dazu: „Die Freizügigkeit für alle türkischen Staatsangehörigen ist für diesen Staat eine soziale Bombe. So läßt sich auch erklären, daß es bei dieser Begehung keinen Austausch von Argumenten, keine Diskussion ... mehr geben durfte, sondern auf Anweisung ... sofort Polizeiknüppel und Gewalt deutlich Zeichen setzten.“ – (mek)

Logistik, Just-in-time (JIT)

Neue Rationalisierungswelle für mehr Weltmarkanteile

Heilbronn. Mit dem aus dem zweiten Weltkrieg entnommenen Begriff der „Logistik“ bezeichnen die Konzerne der Auto- und Elektroindustrie die umfassende Durchrationalisierung nicht nur ihrer eigenen Produktion, sondern auch gleich noch der Produktion ihrer Zulieferer. Der für Produktion zuständige Audi-Vorstand Stübig faßt die Strategie so zusammen: „Wir sprechen von just-in-time, wenn technisch voneinander unabhängige Prozesse parallel ablaufen und allein durch ablauforganisatorische Maßnahmen so gekoppelt sind, daß eine Synchronisation in der gegenseitigen Belieferung mit Teilen reihenfolgegerecht und ohne Lager möglich ist. Die Ergebnisse lassen sich angeben mit bedarfsoorientierter Fertigung bzw. Abruf, Durchlaufzeiten in Höhe des technisch

tatsächlichen Bestellungen abgeglichen und daraus eine Feinplanung entwickelt. Diese Feinplanung gibt allen sechs VW- und den beiden Audi-Werken ein präzises, nach Modellen und Ausstattungen differenziertes Wochenprogramm für die Produktion vor. Für dieses Fertigungsdispositions- und Beschaffungssystem „FEBES“ hat die Logistik-Zentrale 28 Großrechner in Betrieb. Derzeit beträgt der notwendige Zeitraum zwischen Bestellung bei einem Händler und Fertigstellung in der Montage 33 Tage, angepeilt werden von der Logistik 15 Tage. Die Logistik-Kosten werden von Audi immerhin noch mit ca. 1000 DM pro Fahrzeug angegeben. Audi hat JIT intern beim Neubau der Montagehalle in Neckarsulm verwirklicht. In der neuen Halle befinden sich alle wesentlichen



Fahrerloser Karossentransport bei Audi

Notwendigen, keine Zwischenlager, fertigungssynchrone Beschaffung und Bereitstellung, Bestände werden durch Information ersetzt.“

Dazu muß man wissen: Nicht nur bei Audi werden die Autos nicht mehr auf Vorrat produziert; produziert wird was bestellt ist. Und das möglichst kurz. In präzise geplantem Mix werden die verschiedensten Autos hintereinander auf den Bändern aufgebaut. Der Ablauf sieht folgendermaßen aus: Die Händleraufträge für VW und Audi gehen an die Logistikzentrale in Wolfsburg. Von dort bekamen die Zulieferer bereits vorher über Vorausschätzungen grobe Liefereinteilungen für ein Jahr, für einzelne Monate etc. Diese Schätzungen werden mit den eingehenden

Vormontagen im Erdgeschoß, genau unter dem Einbautakt am Band im Obergeschoß. Dazwischen laufen nur noch Materialheber auf und ab. Die Anweisungen an die Vormontage kommen direkt aus dem Produktionsprogramm am Band.

„Die just-in-time-Idee setzt voraus, daß jede an der logistischen Kette beteiligte Funktion mit der für das Gesamtsystem notwendigen Flexibilität vorbereitet ist“ (VW-AG im „Handelsblatt“). Um die Anbindung an die Zulieferer schneller zu machen, versucht die Autoindustrie seit Mitte der 70er Jahre Lieferabrufe etc. über On-line Verbindungen mittels Datenfernübertragung zu realisieren. Keiper-Recaro-Sitze z.B. sind mit fast jedem Autoher-

steller so verbunden. Dynamit Nobel liefert Kunststoff-Stoßfänger jede Stunde an Audi. VW und Audi haben etwa 250 Zulieferer mit Datenfernübertragung im Griff. Auf europäischer Ebene haben die Automonopole mit Unterstützung aus dem EG-Fonds das Projekt ODETTE gestartet, um die Kommunikationsstrukturen zu vereinheitlichen.

Der Druck auf die Zulieferbetriebe steigt. Ihre Produktion muß sich kurzfristig jeder Änderung im Programm des Autowerks anpassen, mit allen Auswirkungen auf Arbeitszeiten und Löhne. Siemens gibt u.a. als notwendig zu erfassende Daten für einen Kunststoff-Spritzgußbetrieb an: „Auftragsdaten: Sollstückzahl, Restfertigungszeit; Maschinendaten: Nutzunggrad, Stillstandzeiten und -gründe; Personaldaten: Anwesenheit, Lohnraten, Durchschnittsverdienste.“ Die Logistik-Rationalisierung setzt neues Kapital frei, das wieder produktiv in die forcierte Rationalisierung fließt. JIT bringt etwa folgende Einsparungen:

Durchlaufzeiten	– 60–90%
Bestände	– 50–70%
Gemeinkosten	– 20–50%
Arbeitsproduktivität	+ 20–50%
Die Gewerkschaften werden verstärkt mit der Anforderung konfrontiert, „Arbeitsorganisation, -zeit, -lohn usw. logistischen Optimierungskalkülen zu unterwerfen.“ (WSI-Mitteilungen 4/86)	

– (bes)

Smog-Verordnung

Smog-Volksgemeinschaft contra Lohnanspruch

Braunschweig. Für den Raum Braunschweig/Wolfenbüttel war für den 3. und 4. Februar Smogalarm der Stufe 2 ausgerufen worden. Die Meßstationen hatten eine Überschreitung der Grenzen für den Schwefeldioxidgehalt in der Luft gemeldet. Dies war außer im Raum Oker/Harlingerode nirgendwo in Niedersachsen der Fall. Neben den gesundheitlichen Belastungen hatten 650 Arbeiter und Angestellte im Braunschweiger Raum noch arbeitsrechtliche Frechheiten zu ertragen. Nach der niedersächsischen Smog-Verordnung sind für die Alarmstufe zwei Produktionsbeschränkungen für Schwefeldioxid-Emissionen vorgeschrieben. „Natürlich“ hat die Landesregierung nicht daran gedacht, in der Verordnung zu bestimmen, daß in diesem Fall den betroffenen Lohnabhängigen der Lohn fortgezahlt werden muß. Eine Sprecherin der Braunschweiger Eisengießerei Kliemke erklärte auf Anfrage der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ dann auch frech: „Wir sind nicht verpflichtet, die Leute bei Produktionsausfall durch höhere Gewalt zu bezahlen. Warum

sollten wir?" Die 60 Beschäftigten wurden für zwei Tage ohne Lohnzahlung nach Hause geschickt. Die Brauereien Feldschlösschen und Wolters verordneten „freiwilligen“ Zwangsurlaub bzw. forderten, daß die „verlorene Arbeitszeit“ nachgeholt werden muß.

Fast noch unverschämter die Automobilkapitalisten. MAN mußte das werkseigene Heizwerk abstellen und ließ die 1750 Beschäftigten in kalten Hallen arbeiten, und das bei ca. minus zehn Grad Außentemperatur.

Das VW-Zweigwerk Braunschweig erhielt für seine Schwefeldioxid-Emissionen eine Ausnahmegenehmigung, die ansonsten nur für zwei Bundesforschungsanstalten erteilt wurde. Bei auf 16 Grad Celsius reduzierter Hallentemperatur gestattete das Gewerbeaufsichtsamt, daß die Produktion bei VW weiterläuft.

Es scheint doch wohl eindeutig, daß Betriebe, die bei Smog ihr Produktion einschränken müssen, mit zu den Verursachern des Smogs gehören, also für die Folgen einschließlich Lohnfortzahlung aufkommen müssen. Die Erklärung der Bundesanstalt für Arbeit, unter bestimmten Bedingungen Kurzarbeitergeld zu zahlen, ist deshalb überhaupt nicht sachgerecht.

Juristen beim DGB Landesbezirk Niedersachsen vertreten die Auffassung, daß der Lohn fortgezahlt werden muß. (vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung, 5.2.87 – hah)

Einzelhandel

Belegschaft baut Widerstand gegen Samstagsarbeit auf

München. Kaut-Bullinger (GmbH & CoKG, Büromaterial, Büromaschinen) ist ein Einzelhandelsbetrieb mit 370 Arbeitern und Angestellten, davon 70 Auszubildende und 70 Prozent Angestellte. Für das Ladengeschäft gilt die übliche Arbeitszeit mit Samstag, für das Zentrallager, über das Lieferaufträge abgewickelt werden, ist der Samstag bisher arbeitsfrei.

Seit April 1985 wurde die Buchhaltung auf EDV umgestellt, jetzt wird eine neue EDV installiert, mit deren Hilfe das Lager rationalisiert werden wird. Durch Anbau soll die Lagerfläche vergrößert werden, Kostenpunkt 7 bis 7,5 Mio. DM. Der Umsatzzuwachs: Im Geschäftsjahr 1984/85 um 14,8%, 1985/86 um 20,38%, in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahrs 1986/87 um 15%. Im Vergleich dazu: Die Personalkosten stiegen 1984/85 um 4,1%, 1985/86 um 13,8%, 1986/87 um 8,7%.

Die Stammbelegschaft in dem Betrieb wird klein gehalten, Neueinstellungen sind prinzipiell nur befristet, zunehmend werden 430-DM-Pauschalkräfte eingestellt, verrentete Kollegen kommen bei Bedarf, bei großen Lief-

rungen werden vom Arbeitsamt für zwei oder drei Tage Hilfsarbeiter angefordert, die mindestens ihre zwölf Stunden abschinden. Die Stammbelegschaft wird seit Herbst letzten Jahres ständig zu Überstunden aufgefordert, die Einhaltung des normalen Arbeitsschlusses empfindet der Lagerleiter als Zumutung, im Ladengeschäft soll die Betriebsvereinbarung von 1980, mit der der Wegfall des langen Samstags von Mai bis Oktober festgestellt wurde, gekündigt werden. Im Januar sollte die Belegschaft im Zentrallager an drei Samstagen arbeiten, einen konnte die Geschäftsleitung durchsetzen. Als im Februar erneut Samstagsarbeit verlangt wurde, beschlossen die Lagerarbeiter und -arbeiterinnen bei einer Versammlung während der Arbeitszeit, daß der Betriebsrat (acht Betriebsräte, einer in der HBV) in Zukunft keine Überstunden mehr genehmigen soll. Daraufhin bedrohte die Geschäftsleitung die Betriebsratsvorsitzende mit Regresspflicht für entgangene Aufträge. Außerdem beantwortete sie die Forderung der Belegschaft – keine Überstunden, Neueinstellungen, bei Überstunden Freizeitausgleich und Sonderzahlungen – mit der Drohung, daß die Beschäftigten im Lager sich zu belastet fühlen, würde sie Teilzeitarbeit von 100 Stunden im Monat bei Zwei-Schichtbetrieb einführen.

Durch die Auseinandersetzung wurde klar, daß ohne HBV gegen die Geschäftsleitung schwer anzukommen ist. Offensichtlich will sie die Samstagsarbeit im Lager haben, wenn nicht, zumindest Schichtarbeit. Einige Kollegen vom Lager sind jetzt in die HBV eingetreten (bisher waren vier von 370 in der HBV), die nichtorganisierte Betriebsratsvorsitzende holte sich Rückendeckung von der Gewerkschaft. Überstunden wird der Betriebsrat ab jetzt nicht mehr genehmigen, ebenso lehnt er die Teilzeit-Schichtarbeit ab, die HBV wird ihn im Falle eines Arbeitsgerichtsprozesses unterstützen. – (kb)

Re-Kommunalisierung

SPD und ÖTV legen ein Konzept vor

Pinneberg. Nachdem die Kreistagsmehrheit von SPD und Grünen die Reinigungsverträge mit der „Vereinigten Gebäudereinigung“ (VGR) gekündigt hatte, setzten CDU und die VGR-Kapitalisten alles daran, die Kreistagsmehrheit unter Druck zu setzen. Auf einer VGR-Veranstaltung waren als Befürworter der Kündigung der Verträge die ÖTV, IG BSE, die SPD und Grünen und als Gegner die CDU und FDP anwesend. Den großen Rahmen setzten ca. 350 Reinigungskräfte, ein Drittel der VGR-Beschäftigten. Diesen

wurde im Januar mitgeteilt, daß die Hälfte der Frauen entlassen werden müßte, wenn der Kreis neue Verträge mit Sozialversicherungspflicht, so die damaligen Pläne der SPD, ausschreiben würde. Dieser Druck und das unübliche Angebot der Kapitalisten, die Frauen per Bus und Lohnzahlung zur Veranstaltung bringen zu lassen, sorgte für die Kulisse.

Bei dieser Art von Zwangsverhältnissen war es auch nicht verwunderlich, daß sich die Frauen gegen jede Lohn erhöhung und den damit verbundenen



ÖTV-Sekretär Buchholz (rechts) auf dem Podium der VGR-Veranstaltung

Eintritt in die Sozialversicherungspflicht wehrten. Sie verteidigten ihre 430-DM-Arbeitsverhältnisse. CDU und FDP sprachen sich aus Gründen der Kosteneinsparung für die Beibehaltung der Verträge aus und bekräftigten die Reinigungskräfte in ihrer Entscheidung. Im Gegensatz zur SPD sprach sich die ÖTV für die Re-Kommunalisierung aus, weil für die Beschäftigten dadurch gesichert würden: tarifliche Leistungen, Altersversorgung, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Auf einer Pressekonferenz Ende Februar stellten SPD und ÖTV ihr Konzept vor: Re-Kommunalisierung der Reinigung; Beschäftigung nach den Tarifverträgen der ÖTV; Arbeitsplatzgarantie für alle zur Zeit bei der VGR Beschäftigten mit derselben Stundenzahl; also weiterhin 430-DM-Jobs mit dem langfristigen Ziel des schrittweisen Übergangs auf vollwertige Arbeitsverhältnisse. Für ÖTV-Sekretär Buchholz geht damit ein zehnjähriger Kampf zu Ende. Das gesteckte Ziel der ÖTV, Schaffung von vollwertigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, ist in die Ferne gerückt. Jetzt liegt es allein an den Grünen im Kreistag, ob dieses Konzept durchkommt oder, wie sie es wollen, ob nur als Übergangsregelung in Ausnahmefällen Frauen stundenweise arbeiten dürfen. – (sip)

Schleswig-Holsteins Schulen

Neue Offensive des Kultusministeriums – Der Widerstand der Schüler nimmt zu

Das Kultusministerium (KuMi) Schleswig-Holsteins startet seit einiger Zeit scharfe Angriffe auf Eltern- und Schülerrichts. Hauptabsicht ist dabei die „Profilierung der verschiedenen Schularten“.

Was mit Lehrplanänderungen begann (1987 treten neue Lehrpläne in Kraft, die u.a. auf die verstärkte Differenzierung der verschiedenen Schularten abzielen), soll sich nach KuMi-Planung nun bis in jeden einzelnen Ablauf im Schulwesen fortsetzen. „Eliten“ werden herangezüchtet, der Arbeiterjugend und breiten Teilen des Mittelklassennachwuchses wird ein „praxisorientiertes Lernen“ nahegelegt, d.h. es soll noch genauer nach den Qualifikationsanforderungen des kapitalistischen

de „Wiederherstellung des pädagogischen Aspekts des eigenen Schulbuchs“ (sprich, daß die Eltern sich stärker an den Ausbildungskosten beteiligen sollen, was die ungleichen Lernvoraussetzungen deutlich verstärken soll) bis zum Angriff auf das Elternrecht der freien Schulwahl für ihre Kinder (die Aufteilung der Schüler auf die weiterführenden Schulen soll stärker an das in der Grundschule über die Kinder erstellte „Gutachten“ gebunden werden, was eine frühere „Säuberung“ ermöglicht). Die Elternbeteiligung an Lehrmitteln liegt im Lande z.T. bereits bei 50%. Auch der erstattete Erwerb von Monatskarten für öffentliche Nahverkehrsmittel ist beschnitten worden, wodurch der Landbevölkerung noch



Links: Ministerpräsident Barschel: Die Ausbildung der Jugend aufs wesentliche reduzieren! Rechts: Verschärfter Leistungsdruck lähmt die Lust am Lernen.

Arbeitsmarktes ausgebildet werden (die „Produktion“ von Ungelernten muß dabei – wie schon vor einiger Zeit eine Enquête-Kommission der Bundesregierung feststellte – einen wichtigen Platz einnehmen). Grundlage dieser Offensive ist u.a. die Tatsache, daß immer mehr Eltern die miese Hauptschulausbildung für ihre Kinder ablehnen (heute melden gegenüber 1976 5% mehr Eltern ihre Kinder an Gymnasien und 5% weniger an Hauptschulen an). Die Mittel des KuMi reichen von scheinbar „unbedeutenden“ Maßnahmen wie dem „Kopiererlaß“ (nach dem aus Schulbüchern nur noch mit Genehmigung Unterrichtsmaterial kopiert werden darf, was Anschaffungen von Schulbüchern mit Elternbeteiligung vermehren und die Vielfalt des im Unterricht benutzten Materials verringern soll), über die u.a. damit einhergehen-

stärkere Qualifikationsschranken aufgerichtet werden sollen.

Besonders demagogisch nimmt sich das KuMi-Konzept „Aufwertung der Hauptschule durch das freiwillige 10. Schuljahr“ aus. Dieses wird zur „Vorbereitung des Schülers auf ehrenamtliche Tätigkeiten im Fall der Erwerbslosigkeit“ und zur Vorabausbildung in Betrieben genutzt, um den Kapitalisten Ausbildungskosten zu ersparen.

Elternwiderstand gegen die geplante Dequalifizierung ihrer Kinder wird weiter erschwert: Nun sollen Kinder schon in der Orientierungsstufe (5./6. Klasse) gegen Elternwillen „schräg“ (d.h. nach unten) versetzt werden können, nachdem der Wechsel auf eine höhere Schulart innerhalb der Orientierungsstufenzzeit bereits durch die neuen Lehrpläne fast unmöglich wird, da die Unterrichtsinhalte der verschiedenen Schularten weitgehend differen-

ziert wurden.

Die Absicht des KuMi, die „Fehlsteuerung von Schülerströmen“ rückgängig zu machen und die Ausbildung allgemein zu verschlechtern, um Ansprüche der Lohnabhängigen an der Wurzel zu bekämpfen, richtet sich aber auch gegen Lehrer. Planstellen sollen gestrichen (voraussichtlich 300 in diesem Jahr), Klassen vergrößert werden. Die Entwissenschaftlichung v.a. des Hauptschulunterrichts wird lehrplanmäßige Pflicht, und wichtigster Aspekt der Schulbildung wird die „national- und pflichtbewußte Erziehung“ der Schüler. Den Lehrern wird so die Aufgabe aufgebürdet, bewußt die Unterrichtsqualität zu senken und diejenigen, die sich dagegen wehren, zu disziplinieren.

Um gleichzeitig eine Verschlechterung der Lehrerarbeitsbedingungen und der Ausbildung betreiben zu können, wird die Konkurrenz zwischen Lehrern und Schülern sowie den Schülern untereinander geschürt. Die vielen Fehlstunden (v.a. an Berufsschulen; insgesamt in S-H jährlich über 12000) werden „blaumachenden Lehrern“ in die Schuhe geschoben, um der Forderung nach mehr Planstellen vorzubeugen; die „grundsätzlich zu hohe Einschätzung der Kinder durch ihre Eltern“ soll von Lehrern nach unten „korrigiert“ werden. Der Leistungsdruck auf Schüler- und Lehrerseite nimmt weiter zu. Wer dabei nicht spurt, fliegt..., sei es, weil er dem Erziehungsziel nicht entspricht, oder „weil es die hohe Lehrerarbeitslosigkeit nicht anders zuläßt“.

Der Widerstand von Schülern gegen die reaktionäre Offensive formierte sich bisher fast nur vereinzelt und örtlich. In den letzten Monaten wurden jedoch erstmals seit längerer Zeit wieder Versuche unternommen, die Einheit des Widerstands Jugendlicher im Lande zu stärken. Die Landesschülervertretung (LSV) der Gymnasien kritisierte heftig die neuen Lehrpläne und veranstaltete einen erfolgreichen Landesschülerkongress mit ca. 1000 Teilnehmern. Außerdem fand am 17.1. ein Jugendkongress statt, zu dem u.a. AWO-Jugend Kiel, Die Grünen, SDAJ und LSV aufriefen (ca. 400 Teilnehmer). Auf ihm wurden einige Ergebnisse erzielt, die Anhaltspunkte für einen breiteren Widerstand gegen die Bildungspolitik der Landesregierung darstellen könnten – Konzepte schülerfreundlicher Lehrpläne, ein Aufruf gegen Jugendoffiziere an Schulen u.v.a.

Am 14.3. findet in Neumünster unter dem Motto „Für eine neue Offensive in der Bildungspolitik“ im Rahmen einer bundesweiten Gesamtschulwoche ein Gesamtschulkongress der LSV statt, auf dem in Arbeitsgruppen u.a. zu Fragen wie „Abschaffung von Autoritäten!“ und „Gesamtschule im Widerspruch zum System“ gearbeitet werden soll. – (uga)

Elmshorn

Gemeinsame Aktivitäten gegen Faschisten

Elmshorn. Im Zuge der Bundestagswahlen haben Faschisten in Elmshorn ihre Tätigkeit in bisher nicht gekanntem Ausmaß aktiviert. Innerhalb von zwei Wochen haben sie diverse faschistische Schmierereien begangen, Scheiben im Reinhold-Jürgensen-Zentrum der DKP eingeworfen, einem Antifaschisten die Hautstür angezündet und, als Höhepunkt faschistischer Praxis, Hunderten von Ausländern verbrecherische und menschenverachtende Drohbriefe mit gefälschtem Briefkopf des Magistrats im Namen des Bürgermeisters Lutz (SPD) geschickt (s. Abbildung).

Der Bürgermeister hat sofort Anzeige wegen „Amtsanmaßung und Nötigung“, nach Presseberichten auch wegen „Volksverhetzung“ gestellt. Er erklärt auf Anfrage des Antifaschistischen Bündnisses (DKP, Volksfront, VVN-BdA, Wählergemeinschaft Elmshorn), daß die Stadt alles Mögliche gegen rassistische Umrübe unternehmen wird. Die Fraktionen von SPD und WGE greifen die Anregung des Bündnisses, eine antifaschistische Erklärung des Stadtverordnetenkollegiums zu verabschieden, auf, die CDU will die Faschisten „nicht aufwerten“. Zu der Frage nach Auflösung der faschistischen Parteien äußert sich keine Partei.

In Presseerklärungen und Leserbriefen verurteilen mehrere Organisationen und Personen die faschistischen Aktivitäten. Eine Gruppe türkischer Mädchen fragt an, warum die Presse Reklame für die NPD macht. Eine Schulkasse wendet sich gegen Ausländerfeindlichkeit. Die Jugendgruppe der IGM und der Ortsfrauenausschuß verlangen die Auflösung von faschistischen Organisationen nach Art. 139 GG, wie durch den 15. Gewerkschaftstag der IGM gefordert. Die ÖTV ist für das „Wiederverbot“ von Faschisten, sorgt sich wegen der Wahlergebnisse für faschistische Parteien und ruft auf, deren Wahlvorschläge nicht zu unterstützen. Der VCP wendet sich gemäß christlicher Nächstenliebe gegen Ausländerfeindlichkeit. Ein Lehrerpaar sammelt vor allem unter Kollegen 1000 Unterschriften gegen Ausländerfeindlichkeit, die sich damit allerdings penetrant auf „unser Grundgesetz“ verpflichten.

Das Antifaschistische Bündnis und der Arbeitskreis Ausländerpolitik (DKP, FIDEF, VF, WGE und Einzelpersonen) bereiten die o.g. Erklärung, die als Schwerpunkt die Auflösung der Faschisten, ihre Nichtzulassung zu Wahlen und die Nichtgenehmigung

Leider können wir Ihren Aufenthalt in Deutschland nicht länger dulden, da Sie und Ihre Familie sich in keiner Weise der deutschen Gesellschaft und deren Gesetze angepaßt hat. Außerdem ist die wirtschaftliche Lage in Deutschland so schlecht, daß die Regierung anfangen muß, die Ausländer zu rationalisieren. Wir setzen Ihnen eine Frist bis zum 1.3.1987! Bis zu diesem Termin müssen Sie sich aus ganz Deutschland, hierzu gehört Österreich, DDR, Schlesien und Ostpreußen, entfernt haben. Weiterhin dürfen Ihre Kinder ab dem 15.2.1987 keine deutsche Schule mehr besuchen! Wenn sie dieser Aufforderung, Deutschland zu verlassen, nicht nachkommen, sehen wir uns gezwungen, Sie durch eine Sonderseinheit zu vernichten.

ihrer Aktivitäten im kommunalen Bereich enthält, für das Kollegium vor. Die WGE beantragt sie, die SPD will eine eigene Erklärung vorlegen.

Die genannten Zusammenschlüsse veranstalteten am 28.2., einen Tag vor Ablauf des Ultimatums der Faschisten, Informationsstände und Kundgebungen, die die örtliche Presse absichtlich nicht ankündigte. Es beteiligten sich ca. 30 Leute, Redebeiträge hielten FIDEF, VF und DKP.

Die SPD hat sich ihre Erklärung, die sich zwar nicht auf das GG beruft, ansonsten aber nur Allgemeinplätze enthält und keine Rechte für Ausländer fordert, bereits durch den Magistrat (SPD, CDU) verabschieden lassen. So mit besteht keine große Chance, die Erklärung der Bündnisse auch nur ansatzweise zu verabschieden. – (dim)

Ausländergesetze

Demonstration gegen Politik der Familientrennung

München. Etwa 1000 Teilnehmer hatte eine Demonstration gegen die Familientrennung ausländischer Familien am 21. Februar. Dazu hatten Initiativen gegen Familientrennung aus Nürnberg, Ingolstadt und München sowie der Bayerische Arbeitskreis gegen Familientrennung aufgerufen. Das Bild der Demonstration zeigte, daß hier ein Aktionsbündnis verschiedener ausländischer und westdeutscher Organisationen zustandegekommen ist, wenn sich auch allerdings die Beteiligung westdeutscher Teilnehmer verhältnismäßig gering ausnahm.

In den letzten Jahren hat sich in mehreren Orten in Bayern Widerstand und Opposition gegen die rassistischen Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung zum Familiennachzug entwickelt. Nach diesen Richtlinien von 1981 wird von Ausländern, die in der

zweiten Generation hier leben, eine achtjährige Mindestaufenthaltsdauer und das dreijährige Bestehen der Ehe verlangt, bevor der Ehegatte nachziehen kann. Bundesweit betragen diese Fristen fünf Jahre Aufenthalt, ein Jahr Ehezeit. Nur Bayern und Baden-Württemberg verschärfen die Regelung, Hessen hat sie inzwischen abgeschafft. Bundesweit einheitlich ist dagegen, daß ausreichender Wohnraum und eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nachgewiesen werden muß. 1983 wandten sich die Arbeiterwohlfahrt Bayern, der Caritasverband Bayern und die Ev. Jugendsozialarbeit Bayern in einer gemeinsamen Stellungnahme gegen diese Richtlinien. Im Sommer 1985 schlossen sich in Nürnberg Betroffene zusammen und führten gemeinsam mit dem Ausländerbeirat, der Initiative „Ausländer und Deutsche“ und eines Vertreters der Kirche eine Pressekonferenz durch. Seitdem gibt es Protestresolutionen von Ausländerbeiräten, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, politischen Parteien. Petitionen an den Bayerischen Landtag wurden verabschiedet, Hungerstreiks und Aktionen gegen Abschiebungspläne bewirkten zeitweiligen Aufschub. Anfang 1986 beschloß der Nürnberger Stadtrat, Abschiebungen solange aufzuschieben, bis eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die bayerischen Richtlinien gefällt sei. Ähnliche Stadtratsbeschlüsse gab es in den folgenden Monaten in Fürth, München, Augsburg, Schwabach und Erlangen. Der Bayerische Städetag forderte in einem Brief an Strauß Lockerung. Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion lehnte alle solche Anliegen ab. Mit der rassistischen Aussage, „die Grenze der Belastbarkeit“ sei „erreicht“ und „überschritten“, es handle sich bei den Heiraten von Ausländern der 2. Generation um „Umgehung des Anwerbestopps im Gewande der Familienzusammenführung“. Damit der „Gefahr aufkeimender Ausländerfeindlichkeit“ entgegengewirkt werden könne, sei „die Begrenzung des Zuzugs dringend erforderlich“. So wird staatlich die Ausländerfeindlichkeit geschaffen und gefördert. Familiopolitik, christlich und sozial, offenbart sich als Zweckpolitik für Kapitalinteressen. Eine Ehe, die in der BRD nach dreijähriger Trennung als zerrüttet gilt, wird nach vollzogener Zerrüttung dem Ausländer zugebilligt. – Die Demonstration forderte die Abschaffung, jedweder Einschränkung von Familiennachzug und die völlige Gleichberechtigung von Ausländern. Ihre Unterstützung durch einen breiten Kreis von Persönlichkeiten und Organisationen auf dem Aufruf und Opposition bis in die Reihen der CSU zeigen, daß es möglich ist, etwas dagegen auszurichten. – (rew)

Erörterungsverfahren über Flughafenausbau

Späth weiß schon das Ergebnis: „Der Flughafen wird gebaut und wenn die ganze Filder im Handstand daherkommt“

Stuttgart. Am 31. Januar begann in Filderstadt-Bernhausen das bis Mitte März geplante Erörterungsverfahren über den Ausbau des Flughafens Echterdingen. Es geht um die Verlängerung der Start- und Landebahn um 1380 m nach Osten und die dadurch bedingte Verlegung der Autobahn A 8 nach Norden. Hier würde der Stuttgarter OB Rommel, der auch in den Genuss des Vorsitzes der Flughafen GmbH gekommen ist, obwohl der Flughafen gar nicht auf Stuttgarter Gebiet liegt, gleich heftig abwinken. „Das Wort Verlängerung ist schon falsch. Es handelt sich um die Verschiebung von Landeschwellen, aber deshalb muß eben die Start- und Landebahn in Richtung Osten um 1380 m länger gemacht werden.“ Dies äußerte er in Monrepos auf einer Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen. Auf den Erörterungsverhandlungen ließ er sich bisher noch nicht blicken. Sonst wäre ihm geantwortet worden: Die Verschiebung beinhaltet aber eine Verlängerung von 800 m, wenn, wie vorgelegt, im Westen 580 m rekultiviert werden. Aber daran glaubt niemand so recht, weil ja dann nicht die verlangten 4000 m NATO-Länge zustandekämen.

„Kein Hearing von Fachleuten, sondern Bürgernöte und Bürgerprobleme sollen artikuliert werden. Jeder, der will, kann zu Wort kommen“, sagte Regierungspräsident Bulling zu Anfang des Erörterungsverfahrens. Das Regierungspräsidium habe als Planfeststellungsbehörde alle Argumente abzuwägen und eine die relevanten Interessen berücksichtigende, gerichtsfeste Entscheidung zu treffen. Kein Ministerium habe ihm eine Weisung erteilt. Nur müßten hält Verwaltungsvorschriften wie die des Bundesministers für Verkehr über die Hindernisfreiheit auf Verkehrsflughäfen beachtet werden.

Daß die Ankündigung Bullings Außewischerei war, wurde bereits am nächsten Tag deutlich, als es zur Sache ging. 82000 Einwender hatten insgesamt 430000 Einwendungen gegen den Ausbau des Flughafens erhoben. Das Regierungspräsidium gab folgende Aufteilung bekannt: 29% gegen Lärm, 21% gegen die Notwendigkeit des Ausbaus, 15% gegen die Abholzung der Weidacher Höhe und Vernichtung der Natur, 3% gegen Beschneidungen der Landwirtschaft und 1,4% gegen den Landverbrauch von 234 ha. Wogegen sich die restlichen 30% richten, sagte Bulling nicht. Nur mit massivem Druck konnte die Schutzgemeinschaft und der Aktionskreis gegen den Flughafenausbau, neben den Kommunen

Haupteinwender, die Einwendungen gegen die Nutzung des Echterdinger Flughafens als Ausgangsbasis für militärische Aktionen auf die Tagesordnung setzen (siehe Kasten).

Am Thema Lärm wurde ein weiteres Mal deutlich, wo es langgehen soll. Der Gutachter der Flughafen GmbH Professor Lutz hat die Umgebung des Flughafens in sogenannte Lärmkonturen unterteilt. Zum ersten war das Zustandekommen dieser Konturen schon zweifelhaft. Es wurden nicht die gemessenen Spitzenwerte beim Start eines Flugzeuges als Grundlage genommen, sondern „Durchschnittswer-

Flughafen GmbH nur dann einhalten, wenn der Flughafen ausgebaut wird. Sonst will sie starten und landen lassen was irgend möglich ist. Das würde bei dem heutigen Stand etwa eine Verdopplung der Flugbewegungen bei großen Flugzeugen bedeuten. Also mit dem Ausbau soll es rein rechnerisch leiser werden, aber auch nur dann. Dies beträfe immerhin 30000 Einwohner, bei denen es von 60 db (A) auf 55 db (A) leiser würde. Wo es durch die Verlegung der Startbahn und Autobahn lauter wird, und das sind immerhin fünf Orte mit jeweils mehreren tausend Einwohnern, wird es laut Gutach-



Protestplakate der Bauern und der Bevölkerung gegen die Pläne der Landesregierung zur Erweiterung des Flughafens. Sie sind am und im Verhandlungsgebäude aufgestellt. Die Bauern wehren sich gegen den Ankauf des Bodens durch die Landsiedlung, für den der Landshaushalt 1987/88 neun Millionen DM bereitgestellt hat, um hohe Landpreise bieten zu können.

te“. Dabei kommen allemal niedrigere Werte heraus. Der Privat- und Kleinflugzeugverkehr bleibt unberücksichtigt. Bei Ausbau des Flughafens befürchten die Anwohner hier eine Zunahme um das Fünffache. Ebenso bleibt der Hubschrauber- und Militärflugverkehr außer Acht. Er macht aber heute schon ein Drittel aller Flugbewegungen aus. Lediglich „großstrahlige Jets“ gehen in die Berechnungen ein.

Die grundsätzliche Ausbaugenehmigung besteht bereits seit sieben Jahren und beinhaltet die Auflage, nicht lauter zu werden als im lauten Jahr 1978. Falls nicht ausgebaut wird, gelten keine Lärmschutzbeschränkungen. Mit der obigen Berechnungsweise hätte die Flughafen GmbH die Möglichkeit, jedes Leiserwerden der Triebwerke aufgrund technischer Entwicklung umzusetzen in mehr Starts, sprich Kapazitätsausweitung. Eine Beschränkung auf die Lärmquote von 1978 muß die

ter gar nicht lauter, weil es entweder Lärmschutzfenster mit motorischer Lüftung geben soll oder der Lärm schon immer so groß war. Letztendlich hätten die Leute dies wegen der höherrangigen Entscheidung für den Flughafen eben zu tragen.

Solcherlei Rechenverirrspiele haben die Kommunen zurückgewiesen. Anwohner forderten, Späth und Bulling müßten für mindestens ein Jahr in einer Wohnung mit motorischer Lüftung wohnen, ehe sie über den Ausbau befinden dürften. Die Schutzgemeinschaft kritisierte, daß in das Lärmgutachten nur Untersuchungen über die Auswirkungen auf gesunde Menschen eingingen. Kranke, alte Menschen und Kleinkinder seien überhaupt nicht berücksichtigt. Wo gibt es überhaupt den gesunden Durchschnittsmenschen?

Die Oberbürgermeister der Kommunen des Nachbarschaftsverbandes (Zusammenschluß der Kommunen um

den Flughafen) wenden sich – außer OB Rommel – dagegen, daß ihre Planungshoheit beschnitten wird. Der Flughafen liegt immerhin auf ihrer Gemarkung, auch wenn Rommel es für einen Fehler hält, daß bei der Gemeindereform vor zwölf Jahren der Flughafen nicht zu Stuttgart geschlagen wurde. Eine den Ausbau ablehnende Stellungnahme des Nachbarschaftsverbandes versuchte Rommel mit formalen Tricks zu sabotieren. Gelungen ist es ihm nicht. Auch der Stuttgarter Gemeinderat hat sich gegen die Erweiterung des Flughafens ausgesprochen.

Die Position des Innenministeriums und des Rechtsvertreters der Flughafen GmbH läßt darauf schließen, daß sie ein Exempel statuieren wollen. Sie führen aus, daß die Bauplanungshoheit nur ein „Unterfall“ der kommunalen Planungshoheit sei und nach § 28 Grundgesetz nur im Rahmen der Gesetze, also nicht schrankenlos gelte. Die Beeinträchtigung durch Flughafen und Autobahn bestehe ja bereits seit den 30er Jahren, da könnten sich die Kommunen schlecht heute zu Wort

melden. Lärmbelastung dürften sie auch nicht geltend machen, es würde ja leiser, deshalb sei eine diesbezüglich vorgetragene Beeinträchtigung nicht rechtserheblich. Für die Landwirtschaft gebe es Ersatzflächen, ebenso für Landschaftsgrün. Die Gemeinden müßten es eben hinnehmen, daß sie durch das Planfeststellungsverfahren beeinträchtigt seien, sie könnten schließlich nicht planen, was sie wollten. Bei der Lärmfrage sei auch die Zumutbarkeitsgrenze kein Anhaltpunkt. Wo diese Grenze liege, würde sicher auch in diesem Verfahren nicht festgestellt. Die Gemeinden könnten zwar fordern, daß technischer Fortschritt (hier leisere Triebwerke) ihnen zugute kommen müßte, aber einen rechtlich gesicherten Anspruch darauf gäbe es nicht. Insgesamt müsse eine Abwägung erfolgen, ob nun der Flughafen das höherwertige Interesse darstelle oder die Planungshoheit der Gemeinden. Das Innenministerium möchte diese Frage zugunsten des Flughafens entschieden wissen.

Die Presse berichtet über die Erörterung so, als ob eigentlich keiner so

richtig an dem Verfahren interessiert sei und bringt Fotos von strickender Dame, kaffetrinkenden Verhandlungsteilnehmern und zählt süffisant wenige Zuhörer. Gleichzeitig verbreitet sie Falschmeldungen, z.B. wurde bei der „Stuttgarter Zeitung“ die Startbahn 300 m kürzer. Die Presse ist einfach nicht da, wenn sich die Bewohner zu Wort melden. Außerdem ist es nicht richtig, daß ja eh keiner das Fachchinesisch der Gutachter verstehen könne. In fast allen Punkten konnten die Gutachten als fehlerhaft und ungenügend entlarvt werden. Die Schutzgemeinschaft hat jetzt erneut das bereits 1979 zugesagte gesamtkökologische Gutachten angefordert, ebenso die lang versprochene Umweltverträglichkeitsprüfung für Großprojekte. Aktionskreis, Schutzgemeinschaft und die Kommunen wollen bei einer eventuellen Genehmigung des Ausbaus vor Gericht gehen. Sie werden dabei nachdrücklich von den Bauern der Filder unterstützt, die ziemlich energisch werden können, wenn ihnen Innenministerium und Flughafen GmbH ihre Existenzgrundlage nehmen. – (baf, uss)

Offenlegung der heutigen militärischen Nutzung!

„Meine Herren, wenn es jemals einen Konflikt zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO geben wird, so wird er sich unvermeidbar in Deutschland entwickeln und vielleicht auch dort stattfinden. Von dieser Prämisse ausgehend wird die zivile Infrastruktur Westdeutschlands, das sind Transportsysteme, Gemeinschaftsanlagen, Autobahnen, Schienen etc., mehr unter Aspekten für Kriegszeiten geplant und gebaut. So sind z.B. westdeutsche Autobahnen so geplant, daß sie als Landebahnen für militärische Flugzeuge dienen.“ Diese Worte fielen bei einem Hearing des US-Repräsentantenhauses 1983. Und zwar genau ein Jahr, nachdem das Wartime-Host-Nation-Support Unterstützungsabkommen zwischen der BRD und den USA abgeschlossen worden war. Dieses verlangt u.a. die Ausstattung bundesdeutscher Flughäfen mit ausreichend langer Startbahn. Bereits jetzt sind ein Drittel aller Flugbewegungen auf dem Echterdinger Flughafen militärischer Natur. Nach dem geforderten Ausbau werden es noch mehr sein. Die neuen US-Militär-Flugzeuge brauchen aber eine Landefläche zwischen 8500 und 10100 Fuß (3400 m). Echterdingen bietet derzeit „nur“ 8000 Fuß. Wird die von dem Stuttgarter OB Rommel, von der IHK, von Späth und von Kohl unterstützte Ausbaumaßnahme um 1380 m durchgesetzt, kommt die Gesamt-Startbahnlänge von knapp vier km

zusammen, die den NATO-Richtlinien entspricht.

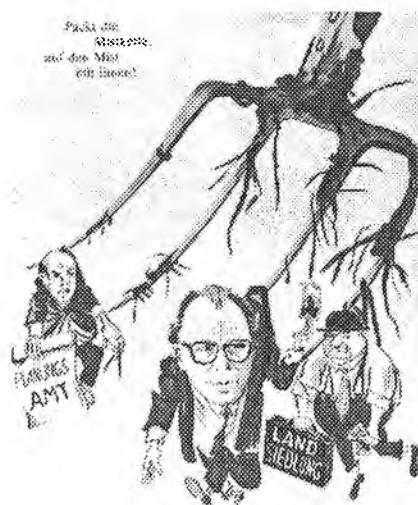
Die Flughafengegner hatten durchsetzen können, daß ein Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Friedenspolitik in Starnberg als Gutachter anerkannt wurde und auf der Erörterungsverhandlung diese Kritiken vorbringen konnte. Weitere Informationen wurden durch ein Flugblatt der Initiative „Hauptsache Frieden“ verbreitet. Dort heißt es zum Schluß: „Mit dem Wartime Host Nation-Support-Abkommen hat die Bundesrepublik gleichzeitig die Zusage gegeben, amerikanische Interventionen auch außerhalb des NATO-Gebietes zu unterstützen. Es wäre mit diesen Verträgen durchaus vereinbar und denkbar gewesen, daß der amerikanische Angriff auf Libyen von einem bundes-

deutschen Flughafen gestartet worden wäre. Das ist auch in Zukunft nicht auszuschließen, auch nicht für Stuttgart-Echterdingen!!“

Regierungspräsident Bulling reagierte ausgesprochen unruhig und unwirsch auf den wohl nicht erwarteten Beitrag zum militärischen Interesse. Die SPD-Landtagsfraktion zog andere Schlüsse. Sie forderte die Landesregierung auf, über eventuelle militärische Aspekte beim Flughafenausbau zu informieren, da die Behauptung, für die Startbahnverlängerung seien keine militärischen Gründe ausschlaggebend, mit dem Beitrag über die Folgen dieses BRD-USA-Abkommens erheblich in Zweifel gezogen werden müsse. Da sie allerdings so tut, als ob dieses Abkommen bisher unbekannt war, ist diese Anfrage ermutigend, aber mit Vorsicht zu genießen.

Der ÖTV-Gewerkschaftstag hat bereits im Juni 1984 den Hauptvorstand verpflichtet, über den Inhalt und die Auswirkungen dieses Unterstützungs-Abkommens Mitglieder und die Öffentlichkeit ausführlich zu informieren. Die Flughafengegner können also auch die Unterstützung der Gewerkschaft einholen. Die Forderungen der Initiative „Hauptsache Frieden“ lauten:

- Offenlegung der Stuttgarter NATO-Beschlüsse!
- Offenlegung der heutigen militärischen Nutzung!
- Kündigung des BRD-USA-Abkommens vom 15.4.1982!
- Abbau militärischer Nutzung!
- Null Meter Ausbau!



Karikatur aus einem SPD-Blatt

**17 Uhr normales Ende,
24–6 Uhr arbeitsfrei**

Frankfurt. Als Antwort auf die Flexiforderungen der Arbeitgeberverbände hat die HBV-Gesamtarbeitskommision Banken jetzt Forderungen in Richtung Normalarbeitstag aufgestellt: Die Arbeitszeit soll grundsätzlich um 17 Uhr beendet sein. Arbeit nach 17 Uhr nur mit Zustimmung des Betriebsrates und verteilt durch Zuschläge in Freizeit: 25% von 17–20 Uhr, 50% ab 20 Uhr. „Arbeitszeiten zwischen 24.00 Uhr und 6.00 Uhr sind möglichst zu vermeiden und bei der Neugestaltung von Arbeitsabläufen nicht mehr vorzusehen.“ – (gst)

**Anfrage der Grünen
zur Sonntagsarbeit**

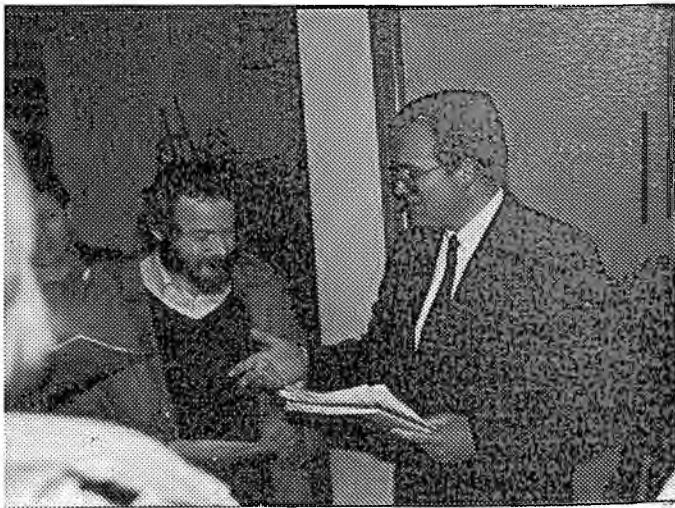
Hannover. Eine Kleine Anfrage stellte die Abgeordnete Dückert unter dem Stichwort „Sozialer Arbeitsschutz/Sonntagsarbeit“ an die nds. Landesregierung: „Verschiedene Pressemeldungen der letzten Zeit deuten darauf hin, daß in Niedersachsen eine beständige Aushöhlung des allgemeinen Sonntagsarbeitsverbots im Gange ist ... 1. Wie groß ist die Anzahl von Ausnahmegenehmigungen bezüglich Arbeitszeitregelungen, die seitens der nds. Gewer-

Mannheim. Ein Vertreter des Kommunalpolitischen Forums überreichte dem Persönlichen Referenten des OB 32 Einwendungen gegen den Doppelhaushaltplan 1987/88. Ca. 25 Personen verliehen der Aktion im Rathaus Nachdruck. Die Einwendungen stammen größtenteils von Initiativen. Sie sind z.B. gegen Kürzung der Mietnachsubventionierung gerichtet, fordern mehr Personal und Mittel für die Kindertagesstätten, das Frauenhaus etc. Die VVN fordert Mittel für eine KZ-Gedenkstätte. – (tht)

beaufsichtsämter erteilt wurden, und zwar a) seit 1983, b) im Vergleich mit 1976? 2. Wie setzen sich oben genannte Ausnahmegenehmigungen zusammen, aufgeschlüsselt nach a) Arten: Sonntagsarbeit, Nachtarbeit, Jugendarbeit, Frauen(nacht)arbeit, Feiertagsarbeit, Pausendauer und -lage, Länge der Arbeitszeit; b) Branchen und c) Gewerbeaufsichtsämtern? ... 8. Wie viele Arbeitnehmer/innen in Nds. arbeiten sonntags, wie viele samstags? Wie sieht die Entwicklung seit 1976 aus? ... 9. Wie viele Arbeitnehmer/innen in Nds. arbeiten in Schicht, darunter in Nachschicht? ...“ (LT-Drucks. 11/533 – mal)



Durch einen neuntägigen Streik setzte das Büro- und Instandhaltungspersonal der Rutgers Universität in New Jersey/USA Lohnerhöhungen durch. Der Tarifabschluß gilt für drei Jahre. Die 2800 Beschäftigten erhalten 6% mehr Lohn rückwirkend ab Oktober 1986, weitere 5% ab Oktober 1987 und 1988. Der Streik wurde von der Amerikanischen Vereinigung der Universitätsprofessoren und von Tausenden von Studenten unterstützt. Solidaritätsstreiks fanden in den Universitäten Newark, Camden und Brunswick statt und trugen erheblich zum erfolgreichen Abschluß bei. Das Verlangen der Universität, den Streik für illegal zu erklären, wurde zurückgeschlagen. – (anl)



**IG-Bau: Streik für
13. Monatseinkommen**

Die Große Tarifkommission der IG Bau hat am 24.2. den Schlichtungsspruch über das 13. Monatseinkommen abgelehnt und beschlossen, alle Maßnahmen zum Streik zu treffen. Die Friedenspflicht endet am 6. März. In seinem Schlichtungsspruch hatte der Schlichter Hermann Höcherl sich auf die Seite der Baukapitalisten gestellt und die Umverteilung des bisherigen 13. Monatseinkommens (102 Stundenlöhne) auf den Tarifstundenlohn verfügt sowie als Ausgleich die Erhöhung der bereits im letzten Jahr vereinbarten Lohnerhöhung von 3,1% ab dem 1.4. um weitere 0,9 auf 4%. – (kaq)

**Thyssen plant
Standortstilllegungen**

Essen. Nach und nach hat der Vorstand der Thyssen-Stahl AG in den letzten Wochen neue Rationalisierungspläne bekanntgegeben: In Oberhausen sollen die Walzdraht- und die Profilstraße stillgelegt werden, wovon rund 1800 Beschäftigte betroffen wären; in Hattingen soll neben den beiden Hochöfen der Henrichshütte die Grobblechstraße stillgelegt werden, rund 2900 der 4700 Beschäftigten sollen wegrationalisiert werden. Die Belegschaften und die IG Metall sehen die Pläne als Schritte zur endgültigen Stilllegung der beiden Standorte an. Die Walzprogramme aus Hattingen und Oberhausen sollen in Duisburg weiterlaufen. In Hattingen, wo die Arbeitslosenquote auf 28% steigen würde, und

in Oberhausen fanden große Demonstrationen statt. Eine Belegschaftsversammlung in Hattingen beschloß die Mobilisierung der Bevölkerung. Der Thyssen-Aufsichtsrat hat eine Entscheidung über die Stilllegungen am 26.2. vertagt. – (wof)

**Streikbruchversuch
vereitelt**

Bochum. Mit einem gemeinen Trick versuchte Packard Electric, einen Streik von 1500 Beschäftigten im Dubliner Werk zu brechen. Zehn aus Irland eingeflogene Streikbrecher und 40 befreist eingestellte Studenten sollten im Bochumer Tochterwerk Kabelwerke Rheinschagen Kabelsätze für den Austin Rover produzieren. Da die irische Gewerkschaft keine Kontaktadresse der IG Metall besaß, wandte sie sich hilfesuchend an Vertrauensleute und Betriebsräte von Opel Bochum, die den Betriebsrat informierten: Nach einem Tag wurden die Streikbrecher zurückgeschickt. – (scc)

**Festgeldforderung
im Einzelhandel NRW**

Die HBV-Tarifkommission Einzelhandel NRW hat die Forderung für die Löhne und Gehälter ab 1.4.1987 aufgestellt: 150 DM mehr für alle, für die Auszubildenden 75 DM. Die DAG fordert 6,5% mehr. HBV und DAG wollen den Ladenschluß sichern und das Arbeitende im Verkauf festlegen. Die HBV hat Verhandlungen zur Verbesserung der Eingruppierung begonnen. In den Gehaltsgruppen I und II soll ein Tätigkeitsjahr gestrichen werden. – (anl)

Radio Dortmund

Fremdsprachensendungen laufen, jetzt Ärger mit rechten Türken

Dortmund. Nun war es also endlich soweit: Nachdem noch im Dezember die Ausstrahlung fremdsprachiger Sendungen in Radio Dortmund in Frage gestellt wurde, ist Radio Dortmund seit Anfang Februar „international“. In acht Sprachen wird gesendet.

Die Vorgeschichte

Radio Dortmund befindet sich noch in Trägerschaft des WDR. Die Pläne sehen eine Privatisierung (an den WAZ-Konzern) und den Anschluß ins Kabelnetz vor. Anfang 1986 wurden nach längeren Überlegungen die Pläne für ein „Ausländerradio“ diskutiert. Die Vorbereitungen für den Sendestart dauerten ein Dreivierteljahr. Aus jeder der acht Nationalitäten, die eigene Programme erhalten sollten, wurde eine Redaktionsgruppe gebildet. Sendebeginn sollte November 1986 sein. Bei den Vorbereitungen mußten diese „Mini-Redaktionen“ von Seiten der „Profis“ einiges schlucken: Man gab sich unzufrieden, wenn nicht alles sofort klappte, die ausländischen Kolleginnen und Kollegen mußten immer wieder deutlich machen, daß sie „blutige Anfänger“ sind. Dennoch wurde weitergemacht. Für die Redaktionen war entscheidend, daß erstmals im Ruhrgebiet ein Medium wie der Rundfunk für Ausländer zugänglich gemacht werden sollte. Besonderen Wert auf die Sendung legten die Kurden: Für sie war das kurdische Programm eine bislang einmalige Gelegenheit, die Isolation und Unterdrückung der Kurden zu durchbrechen. Gerade als die Redaktionsgruppen soweit waren, hieß es, die Leitung wolle zwei zur Betreuung notwendige ABM-Kräfte nicht einstellen. Massive Proteste der acht Redaktionsgruppen waren die Folge. Ein Artikel im „Pottkieker“, der gemeinsamen Ortszeitung von BWK und VSP in Dortmund, trug mit zur heilsamen Unruhe bei Radio Dortmund bei, die Verantwortlichen witterten eine Preisgabe interner Angelegenheiten, mußten aber schließlich den berechtigten Protesten insbesondere der ausländischen Kolleginnen und Kollegen Rechnung tragen.

Wir schrieben im Januar im Pottkieker:

„Es ist wahrhaftig ein dreistes Stück, wie von den Machern von Radio Dortmund mit den Interessen der am meisten Unterdrückten und Entzweiteten in dieser Gesellschaft, den Ausländern, umgesprungen wird. Aus lichten Höhen läßt man sich gnädig herab, um diesen Leuten die milde Gabe muttersprachlicher Sendungen darzureichen, aber dann ist dem guten St. Martin sein Mantel doch zu schade, um ihn zu teilen. Die widerliche Arroganz deutscher Verwalter von Mildtätigkeit verdeckt die Tatsache, daß in Dortmund jeder zehnte Einwohner Ausländer ist und diese Leute einen politischen Anspruch auf Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft haben. In die Pflicht genommen werden sie allemal.“

Schließlich entschloß sich Radio Dortmund, die Sendungen doch zu ermöglichen. Jede Nationalität hat nun 15 Minuten Sendezeit pro Woche. Kaum ist der Ärger vertraut, stellt sich ein neues Problem:

Kurden unter Druck

Noch bevor die erste Sendung gelaufen war, traf ein Protest des türkischen Generalkonsulats aus Essen ein. Grund: Eine der Sendungen wird von Kurden aus der Türkei, Syrien und dem Irak in kurdischer Sprache gemacht. Das Konsulat behauptet, es gebe keine Kurden, sondern nur „Türken“; die „sogenannten Kurden“ seien „Separatisten“; Radio Dortmund fördere „separatistische“ Tendenzen, die sich gegen den türkischen Staat richteten und mische sich (!) in „innere Angelegenheiten“ der Türkei ein.

Islam-Vereine stoßen nach

Ermutigt vom Vorstoß des Konsulats schrieben zehn türkische Islam-Vereine einen Brief an Radio Dortmund. Sie behaupten, 20000 Türken in Dortmund zu vertreten, eine absurde Zahl. Sie verlangen ebenfalls die Absetzung der Sendung und versuchen dies mit breiten Ausführungen über angebliche „Tatsachen“ aus der Geschichte der Türkei zu belegen. Angeblich hätten alle Staatsbürger die gleichen Rechte, religiöse Minderheiten hätten besonderen Schutz, ethnische Minderheiten gebe es aber nicht. Das leiten die Islam-Vereine dann u.a. daraus her, daß die Kurden in der Türkei sich der türkischen Sprache bedienen – wen aber wundert's, ist doch der Gebrauch der kurdischen Sprache unter Strafandrohung verboten! (Eine Tatsache, die selbst das konservative Bundesverwaltungsgericht anerkennen mußte, vgl. BVerwG NJW 1986, 3157.) Weiter wird behauptet, die Kurden seien marxistisch-leninistische Separatisten, die „Unruhe schüren“ wollten. Warum stehen dann $\frac{2}{3}$ der türkischen Armee in Kurdistan, wenn es nur eine Handvoll Separatisten zu bekämpfen gibt? Warum fliegt die türkische Armee Bombenangriffe auf Dörfer in Türkei-Kurdistan und Irak wie im Sommer 1986? Warum bildet der Bundesgrenzschutz türkische Spezialeinheiten für den Krieg in den Bergen aus? Dies nur einige Bemerkungen am Rande zum Sachgehalt des Briefs.

Und die Reaktionen?

Stellung genommen hat bislang niemand zu dem dreisten Vorgehen von Konsulat und Islam-Vereinen. Immerhin könnte man auf den Gedanken verfallen, der WDR als Träger des Lokalradios, Radio Dortmund selbst oder die Stadtverwaltung könnten sich äußern. Es ist ja nicht gerade eine Kleinigkeit, wenn von einem derzeit öffentlich-rechtlich gesteuerten Sender verlangt wird, sein Programm zu ändern. Es hat sich auch keine bundesdeutsche Stelle veranlaßt gesehen, das türkische Konsulat politisch zurechtzuweisen wegen seiner derben Übergriffe gegen Kurden auf dem Staatsgebiet der BRD. Schließlich war der Protest bei Radio Dortmund nicht der erste Fall von Einmischung, Einschüchterung und Drohung. Auch gegen das ausländisch-deutsche Freundschaftsfest am 24.1.87 im Keuning-Haus hatte das Konsulat wegen Beteiligung von Kurden protestiert; einem kurdischen Studenten wurde der Paß entzogen, weil er an der Uni Essen Kurdisch-Unterricht gegeben hatte. Das faschistische türkische Regime versucht, seiner in der BRD lebenden Gegner habhaft zu werden. Wie haben bundesdeutsche Behörden und Regierung gegeifert, als Exil-Libyer angeblich im Auftrage Ghadaffis ins Gras bissen! Mit der türkischen Regierung und ihrer Vertretung geht man nicht so um. Im Gegensatz zu Ghadafi handelt es sich bei General Evren und den Seinen um Bündnispartner in der Nato und „Wirtschaftspartner“ auf dem Weltmarkt.

Unterstützung jetzt dringend!

Gut, Radio Dortmund hat insofern reagiert, als daß die kurdische Sendung weiterhin läuft. Aber das sagt noch nichts. Was passiert, wenn der Druck größer wird? Wir wünschen den Verantwortlichen vom Radio Standfestigkeit, aber ob sie die haben, ist erstens schwer zu beurteilen und hängt zweitens von der demokratischen Öffentlichkeit in Dortmund ab. Dabei erwies sich bislang als *ein* Problem, daß seitens der Grünen zumindest bis zum jetzigen Vorstoß des türkischen Konsulats keine Unterstützung für die Ausländerredaktionen vorhanden war. Grund: die prinzipielle Ablehnung der Verkabelungspläne durch die Grünen! Die wichtigste Voraussetzung, um die kurdische Sendung zu verteidigen, ist jetzt, daß alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte in der Stadt gegen das Vorgehen des türkischen Konsulats und der Islam-Nationalisten protestieren und für die Rechte der Kurden eintreten! – (Mak, dev)

Soziale Romane und Berichte

Lebensgeschichten von und über Bäuerinnen

Julie, die Magd

Julie Blum erzählt ihr Leben, in dem sie 55 Jahre als Stallmagd und ländliche Hilfsarbeiterin geschuftet hat. Der Vater, selbst Maurer, hat die Mutter im Rausch erschlagen. Sie und die Geschwister kommen ins evangelische Kinderheim. Die Kinder werden sämtlich zur Arbeit herangezogen. 17jährig kommt sie als Stallmagd zum Bauern und erhält 30 Mark im ersten Jahr. Für ihr Erspartes zeichnet der Vormund Kriegsanleihen für den ersten Weltkrieg. Es folgen wechselnde Stellen bei armen Bauern, deren Gehässigkeiten sie sich unterwerfen muß. So wird ihr verboten, ihre Wäsche zu wechseln oder ein Taschentuch in der Schürze zu tragen. Mit 50 wechselt sie 1938 in ein evangelisches Kinderheim, wo sie bis 1953 für 30 Mark im Monat schafft. Sie versorgt das Vieh und birgt das Futter, ihr Zimmer liegt gleich neben dem Stall. – Für ihre Rente kann nur der Mindestlohn angerechnet werden, aber sie ist „reich wie nie“ und empfindet den Wechsel ins Altersheim wie das Paradies. Ein Grund für ihre Fügsamkeit ist wohl die christliche Erziehung zum Gehorsam: „Was Du nicht willst, das tue, und was Du willst, das lasse. Das ist zur Seligkeit die allererste Straße.“ (Birgit Kinzle: Julie, die Magd; rororo 5129, 6,80 DM – kas)

„Herbstmilch“ – Nichts Idyllisches vom Lande

In ihren Lebenserinnerungen zieht Anna Wimschneider die Bilanz des harten und arbeitsreichen Lebens einer kleinen Bäuerin, die mit eingefahrenen Traditionen, Selbstverständlichkeiten wie z.B. der Pflege der Alten bei der Einheirat auf den Hof und mit den Gläubenvorgaben der Kirche fertig werden muß. Nach dem Tod der Mutter ist es keine Frage, daß Anna als

älteste Tochter mit acht Jahren die Versorgung der neunköpfigen Familie übernehmen muß, was angesichts der auf dem Hof herrschenden bitteren Not nicht einfach ist. Die Hoffnung, durch die Heirat mit dem Kleinbauern Albert durch die gemeinsame Arbeit etwas Entlastung zu finden, zerschlägt sich elf Tage nach der Hochzeit. 1939 wird Albert eingezogen, und Anna muß sechs Jahre lang neben der schweren Haus- und Hofarbeit zwei gehbehinderte Onkel und eine Tante pflegen. Ihre eifer-



Die Bäuerin: volle Arbeitskraft, jedoch unzureichend versichert

süchtige Schwiegermutter macht ihr außerdem das Leben zur Qual. Durch die Kriegsjahre muß sie fast ausschließlich die schwere Feldarbeit alleine bewältigen. Schwer verwundet kommt der Mann nach Hause und kann auch die erste Zeit nach dem Krieg nicht helfen. Es gelingt den beiden erst einige Jahre nach Kriegsende, sich bessere Produktionsmittel anzuschaffen und sich ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Für die drei Töchter ist diese Landwirtschaft keine Perspektive, so daß die Eltern ihren Betrieb im Alter aufgeben müssen. Nüchtern zieht die verschlissene, aber ungebrochene Anna Wimschneider am Ende das Resümee: „Wenn ich noch einmal zur Welt käme, eine Bäuerin würde ich nicht mehr werden.“ – (A. Wimschneider, Herbstmilch, Büchergilde Gutenberg – chi)

„Ich hab's gern gemacht“

Unter diesem Titel hat der Landfrauenverband im Landesbauernverband Württemberg/Hohenzollern eine kleine, interessante Broschüre mit fünf Lebensberichten von Klein- und Mittelbäuerinnen – alle um die Jahrhundertwende geboren – aus dem heutigen Bodenseekreis verlegt. Die fünf Bäuerinnen wurden befragt von Ursula Schlude, die aber offensichtlich durch ihre Fragen die Berichte der Frauen auf etwas zu glatte „Lebensläufe“ einengt. So sind die Folgen der politischen Ereignisse, wie zwei Weltkriege oder die Nazi-Herrschaft und ihre massiven Eingriffe ins dörfliche Leben, nur andeutet und oft nur zwischen den Zeilen zu lesen: „Wir haben eine einfache Hochzeit gehabt, hier im Haus. Das war ja nach dem Krieg, da war's noch nichtoso... Mein Mann war auch im Krieg, schon als Rekrut. Da war auch niemand da, die Schwiegermutter hat alles allein schaffen müssen, mit fremden Leuten. Ihre Buben waren weg. Von der Arbeit her war mein Leben nach der Heirat nicht sehr verschieden von früher...“ Schade auch, daß nichts Näheres über die „fremden Leute“ – Taglöhner, Mägde und Knechte – zu erfahren ist. In ihrem Vorwort lobt die Vorsitzende des Landfrauenverbands, „die tiefe Zufriedenheit“ in den Berichten. Die „Zufriedenheit“ scheint uns eher Schicksalsergebnis am Ende eines schweren Lebens zu sein. (U. Schlude, Ich hab's gern gemacht, Verlag Schwäbischer Bauer, Ravensburg, 4,00 DM – lib, ulr)

Soziale Situation der Landfrauen

Mit der versicherungsrechtlichen Lage der Frauen in der Landwirtschaft setzt sich die Broschüre „Das Netz hat Löcher“ auseinander. Sie wurde von der süddeutschen Landfrauengruppe der „Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL) erarbeitet. Es wird hier sehr deutlich beschrieben, wie u.a. auch durch die Agrarsozialpolitik der Bundesregierung der Strukturwandel in

der Landwirtschaft betrieben wird und daß den kleinen und mittleren Betrieben die stärkste finanzielle Belastung aufgehalst wird. Die schlechte soziale Absicherung der Bäuerinnen wird hier an der Rentenversicherung und am Mutterschutz aufgezeigt. In der Broschüre werden die verschiedenen Sozialversicherungen (Unfall- und Krankenversicherung und Altersversorgung) unter die Lupe genommen, und es wird versucht, eigene Forderungen zur Verbesserung der Lage der Bäuerinnen zu entwickeln. Der relativ „trockene Stoff“ lebt von vielen Erfahrungsberichten u.a. über den Mutterschutz für Bäuerinnen in Österreich. Die Broschüre ist ein unterstützender Einstieg in diese Thematik, über die es bisher sehr wenig kritische Untersuchungen gibt. Sie ist zu beziehen über: U. Völker, Nordrheda 3, 4840 Rheda-Wiedenbrück; Kosten: 5,– DM. – (chi)

Keine Idylle: Ab neun Jahren arbeiten

Maria Gremel beschreibt im Rückblick, etwa 50 Jahre später, ihr Leben in einem österreichischen Dorf nahe der späteren ungarischen Grenze zwischen 1900 und 1930. Sie schildert die Lebensumstände in vielen Einzelheiten realistisch, der Leser erhält einen Eindruck von der Armut der besitzlosen Leute auf dem Lande, von ihrer halbfeudalen Abhängigkeit von landbesitzenden Bauern, vom schlechten und kargen Essen, vom Zwang zur Kinderarbeit, verbunden mit seltenem Schulbesuch, von den Wirkungen von Krankheit und Alter ohne kollektive Versicherungen. Familiengründung und Heirat ist schwierig für besitzlose Leute und die nichterbenden Bauernsöhne, nichtehelich geborene Kinder an der Tagesordnung, trotzdem findet kirchliche und gesellschaftliche Achtung der Mütter statt. Sie müssen oft bis an ihr Lebensende als Dienstboten im Familienhaushalt bleiben. Die Schilderung bietet jedoch wenig Anhaltspunkte für ein Verständnis der Klassenverhältnisse und der politischen Entwicklung auf dem Land. Das Dorfleben

ist dumpf und von der Stadt und der Industrie abgeschlossen. Dennoch versucht die Autorin mit abstumpfender Religiosität die Vorstellung einer Idylle zu verbreiten, in der die Menschen arm, aber dennoch glücklich waren, in der der Kaiser friedliebend, der erste Weltkrieg ein Unglück, unbeeinflußbar von den gewöhnlichen Leuten, der Zerfall des Habsburger Reiches den bösen Siegermächte des ersten Weltkriegs geschuldet war. (Maria Gremel, Verdingt, Mein Leben als Bauernmagd, Scherz-Verlag, 28, – DM – uld)

Ausgegrenzte „Hochzeitslose“

Maria Beig beschreibt in ihrem Roman das Schicksal von vier Frauen, die auf dem Dorf leben und unverheiratet bleiben. Das Leben dieser Frauen ist Dorfgeschichte. Die Erzählung ist spannend, weil die Gepflogenheit im Dorf bestimmt für das Leben der Frauen sind. Maria Beig vermittelt mit ihrer scheinbar unbeteiligten Erzählung, daß das Schicksal der Mäd-

die Haarfrisur für den Schleier. Danach war ich eine richtige Hure jahrelang ... danach war ich eine Barmherzige Schwester ... so eine Art Braut Christi ... nachher war ich eine Besessene, eine vom Teufel Besessene.“ (M. Beig, Hochzeitslose, Suhrkamp – düb)

Tierliebe statt Rebellion

Bereits vor ihrer Geburt wird Hermine abergläubisch von der Familie abgelehnt. Sie fügt sich dem Schicksal und versucht, sich wenigstens mit den Tieren zu verbünden, was mißlingt. Ort: Ein Bauernhof im Alemannischen. Zeit: Vor, während und nach dem Faschismus. Abwegig kann man Hermannes Verhalten nicht finden, ist doch der Unterschied zwischen Tier und Mensch in den Vorstellungen der vorkommenden Menschen verschwommen. Die Mutter bringt jedes Jahr ein Kind zur Welt, so wie die Kuh zu kalben hat. Da wird schon mal ein Kind verschenkt, das nicht zum Arbeiten taugt. Menschen wie Tiere erfahren die ihrem Ertrag



Um 1933: Wäschewaschen ist schwere Arbeit

chen auf den Höfen davon abhing, ob sie verheiratet wurden. Die „Hochzeitlosen“ kommen aus verschiedenen sozialen Schichten. Gemeinsam ist ihnen, daß über sie entschieden wird. Dahinter stecken handfeste materielle Interessen, Abergläubische Angst vor dem Gedränge im Dorf. Babette erzählt dem Sohn des Bauern, „zuerst war ich eine Mutter und dann eine Geliebte“, „nachher war ich eine Braut. Wir wußten schon den Monat für die Hochzeit und ich

gemäßige Behandlung. Hermine wird Lehrerin statt Bäuerin, heiratet gutbürgerlich, doch in allen Beziehungen flüchtet sie sich in Tierliebe, statt zu rebellieren, und scheitert. Die Schilderung der dörflichen Lebensumstände läßt Zweifel auftreten, ob die Bauern denn wirklich den Faschismus für die natürliche Lebensordnung gehalten haben, wie es in den Geschichten beschrieben wird. (Maria Beig: Hermine, ein Tierleben, Suhrkamp TB – rec)

“Schlesiertreffen“/NPD-“Deutschlandtreffen“

Die Reaktion mobilisiert – Was tut die politische Opposition?

Am 20./21. Juni 1987 findet in Hannover neuerlich das „Deutschlandtreffen der Schlesier“ – seit 1979 zum fünften Male in ununterbrochener Folge – statt. Unter der Losung „Mit uns für Schlesiens Zukunft“ werden unverhohlen Gebietsansprüche gegenüber der DDR, Polen und der Sowjetunion erhoben, so wenn es im Aufruf zum „Schlesiertreffen“ heißt: „... Schlesien meldet sich mit diesem Deutschlandtreffen in Hannover zu Wort ...“, weil allzu viele Deutschland am liebsten ganz auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzt wissen möchten oder vielleicht gerade noch Mitteldeutschland, das sich DDR nennen lassen muß, miteinbeziehen, aber für Ostdeutschland, jenseits von Oder und Görlitzer Neiße keinen Platz mehr in diesem unseren Vaterland wissen ...“ Und: „... Vier Jahrzehnte Fremdherrschaft haben unser Recht auf Schlesien nicht mindern können ...“ „Ganz im Zeichen der Jugend“ soll das Revanchistentreffen diesmal stehen. Mit einem „Fackelumzug und einer nächtlichen Feierstunde“ wird dafür mobilisiert. Alle, die „für Schlesien Partei ergreifen“, sind zur Teilnahme aufgerufen.

Die CDU/FDP-Landesregierung fördert das diesjährige „Schlesiertreffen“ mit 195000 DM. Neben Ministerpräsident Albrecht (CDU) wird diesmal der bayerische Ministerpräsident Strauß (CSU) als Hauptredner auf dem „Schlesiertreffen“ auftreten, wo er mit dem „Schlesierschild“ ausgezeichnet werden wird. Verdient haben soll er es sich u.a. mit dem von ihm initiierten und von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betriebenen Vorhaben, die „Vertriebenenverbände“ für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen, um sie damit vom Vorwurf des Revanchismus, Militarismus und Nationalismus zu befreien und ihnen politischen Raum für ihr Wirken zu verschaffen. Das Land Niedersachsen als „Patenland der Schlesier“ tut ein weiteres, um die Erinnerung an die „Heimat im Osten“ wachzuhalten; das bereits mit Landesmitteln geförderte „Schlesermuseum“ soll in Hildesheim errichtet werden.

Am 9.2.87 stellt der CDU-Abgeordnete Reinemann im niedersächsischen Landtag für die CDU-Landtagsfraktion und „diese“ Landesregierung fest: „... Die deutsche Frage ist offen. Sie ist mit der Haltung über die Gestaltung des Friedens in Europa eng verknüpft. Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage ... Wir halten in vollem Umfang an der Präambel unseres Grundgesetzes fest, an einer deutschen Nation und an einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Die deutschen Grenzen können endgültig erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden ... Die Ostverträge sind keine Grenzanerkennungsverträge ...“

Die faschistische NPD, die vor zwei Jahren auf dem „Schlesiertreffen“ mit der Losung „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik – Ostdeutschland bleibt unser“ eingegriffen hatte und mit ihrer Forderung „nach Wiederherstellung des alten Großdeutschen Reiches“ Gemeinsamkeiten mit den Revanchisten suchte, will das „Schlesiertreffen“ neuerlich als Forum für ihre Politik nutzen. Deshalb plant sie, ihr „Deutschlandtreffen“ am 21. Juni – zeitgleich mit dem „Schlesiertreffen“ – in Hannover durchzuführen und hat dafür städtische Räume beantragt. Daß der NPD die Räume aufgrund eines „vollen“ Belegungsplanes bisher abgelehnt wurden, hat die Absicht noch nicht vereitelt.

GRÜNE und SPD im Landtag

Die Plenarsitzung des nds. Landtages vom 9. bis 13.2. zum

Landeshaushalt 1987 wurde von den GRÜNEN genutzt, um gegen die von der CDU/FDP-Landesregierung betriebenen Förderung revanchistischer Politik vorzugehen. Bei der Einzelplanberatung des von Jürgens (FDP) geführten Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten bekräftigten die GRÜNEN ihren Antrag aus dem Haushaltsausschuss, 2,23 Mio. DM die für die Revanchistenverbände unter dem Titel „Zuwendungen für kulturelle Aufgaben nach §96 des Bundesvertriebenen- und -flüchtlingsgesetzes“ vorgesehen sind, fast völlig zu streichen. Mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD hatte dies der Haushaltsausschuss bereits abgelehnt. GRÜNE und SPD hatten darüberhinaus die Streichung der 195000 DM, die als Zuschuß zum diesjährigen „Schlesiertreffen“ vorgesehen sind, gefordert. Daß die GRÜNEN dabei der SPD-Argumentation folgten, diese Gelder stattdessen für das Kulturabkommen mit der DDR zu verwenden, zeigt, wie auch die Aussprache in der Plenarsitzung, ihre Anfälligkeit gegenüber dem von der Reaktion betriebenen Nationalismus.

Zu Recht wendet sich der Abgeordnete der GRÜNEN, Kempmann, gegen die „Erfassungsstelle in Salzgitter“ und begrüßt, daß das Land Hamburg beschlossen hat, ab 1988 keinen Unterhalt für die „Erfassungsstelle“ aufzubringen; zu Recht wird festgestellt, daß „sich die Grenze seit über 40 Jahren real in der Mitte der Elbe und nirgendwo anders befindet“; zu Recht wird „die Anerkennung der DDR und die Aufgabe des Wiedervereinigungsgebots“ im Landtag erhoben.

Aber anstatt die Forderung „nach normalen Beziehungen zur DDR“ gegen die Politik von reaktionären, revanchistischen, militaristischen und faschistischen Kräften in der BRD zu begründen, wird die „innere Liberalisierung“ und „Demokratisierung“ der DDR zum zentralen Anliegen der GRÜNEN, so wenn Kempmann ausführt: „... daß gerade oppositionelle Gruppen in der DDR, von der Friedensbewegung bis hin zu Kirchengruppen, einige gemeinsame Forderungen an uns herantragen. Sie sagen nämlich: Solange die Bundesrepublik die DDR nicht als selbständigen Staat anerkennt und das Wiedervereinigungsgebot nicht streicht, solange es den Machthabern in der DDR gelingt, unter Hinweis auf die permanente Bedrohung, der die DDR durch die aggressive NATO-Strategie ausgesetzt ist, jede innere Liberalisierung zu unterdrücken, solange wird es keine Demokratisierung in der DDR geben. Ich meine, es sollte uns doch zu denken geben, wenn Leute, die in der DDR in der Opposition sind, solche Forderungen an uns stellen ...“

Wird der Reaktion statt offener Aggression die Infiltration angeboten? Die CDU/FDP-Landesregierung weiß es zu nutzen und macht auch gleich Angebote – „auf dem Gebiet des Umweltschutzes“ sollte doch „mit der DDR eine deutsch-deutsche Umweltbehörde“ geschaffen werden. Auch die SPD erklärt sich im Landtag für diese Art „Deutschlandpolitik“. So wenn ihr Abgeordneter Radloff ausführt: „Wir erwarten von dieser Landesregierung gezielte Verhandlungen ..., damit neue Grenzübergänge zur DDR für den Reiseverkehr geschaffen werden ... Das am 6. Mai mit der DDR abgeschlossene Kulturabkommen sollte voll genutzt werden ... Die Erhaltung und Förderung des ostdeutschen Kulturgutes ... sehen wir als eine gewichtige Aufgabe an ...“

FDP will Debatte zur „Deutschlandpolitik“

Für die März-Plenarsitzung des Landtages hat die FDP-Fraktion eine Große Anfrage unter dem Titel „Stand und Perspektiven der innerdeutschen Beziehungen aus niedersächsischer Sicht“ vorgelegt. Darin führt sie u.a. aus: „Historisch gewachsene Kultur- und Wirtschaftsräume sind seit nunmehr über 40 Jahren durch die Grenze durch Deutschland zerschnitten. Der Wunsch der Menschen in beiden

deutschen Staaten, diese unmenschliche Grenze durchlässiger zu machen ... hat nicht nachgelassen, sondern ist in der letzten Zeit noch deutlicher geworden ...“ Die FDP sieht die „Perspektiven ihrer Deutschlandpolitik“ in der Ausweitung des Reise- und Besucherverkehrs sowie des innerdeutschen Handels, im Umweltschutz, in Kultur und Wissenschaft, in der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit und in der Kritik der „Menschenrechtsverletzungen“.

Der von der SPD-Fraktion eingebrachte Entschließungsantrag „Niedersächsische Interessen und die Beziehungen zur DDR“ deckt sich weitgehend mit den „Perspektiven“ der FDP. Die mit Beifall bedachte Feststellung des FDP-Abgeordneten Fischer, daß es im Haushaltsausschuss „immer zu großen Gemeinsamkeiten in den entscheidenden Fragen der Deutschlandpolitik“ gekommen sei, bezeugt dies. So mündet dann auch im SPD-Antrag die Feststellung, daß Bundeskanzler Kohl „verantwortungslos“ bei seinem „KZ-Vergleich“ gegenüber der DDR gehandelt habe, in eine Mißbilligung der DDR durch den Landtag, da es dort „Häftlinge gibt, die aus politischen Gründen gefangen gehalten werden“.

Ohne daß die GRÜNEN sich in ihrer Kritik auf die Absichten und Ziele der eigenen Reaktion beziehen, werden sie die von der CDU/FDP-Landesregierung betriebene und von der SPD gestützte ideologische und wirtschaftliche Durchdringung insbesondere der DDR nicht kritisieren und bekämpfen können.

Örtliche Tätigkeiten der Opposition

Anfang Januar, unmittelbar nach Bekanntwerden der Absicht der NPD, ihr „Deutschlandtreffen“ im Juni – zeitgleich mit dem „Schlesiertreffen“ – und ihren Bundesparteitag im Oktober in Hannover durchzuführen, forderten die VVN/BdA und die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg von der Stadt Hannover das „Verbot der Vergabe von städtischen Räumen an die NPD“. Der DGB Hannover bezeichnet auf seinem Neujahrsempfang die NPD als „arbeiterfeindlich, neonazistisch und antideutsch“ und rief zur Verhinderung der NPD-Treffen auf.

Bei allen Stellungnahmen, mit Ausnahme der der Volksfront, ist der Mangel, daß das „Schlesiertreffen“ und die von der Bundes- und Landesregierung sowie den Faschisten betriebene Mobilisierung dazu unerwähnt bleibt. Einem von GRÜNEN/GABL einberufenen „Bündnistreffen“ am 29.1. liegt dann auch ein Resolutionsvorschlag vor, der das „Schlesiertreffen“ in Hannover nicht erwähnt. Die Volksfront nimmt auf dem ersten Bündnistreffen – an dem sich auch AStA, BKA, BWK, DKP, Falken, Gruppe Linke Politik Hannover, Jusos, KB, SAG, SDAJ, VSP und VVN/BdA beteiligen – dagegen Stellung, stellt das „NPD-Deutschlandtreffen“, das „Schlesiertreffen“ sowie die Politik der Bundes-



„Schlesiertreffen“ 1985: Hauptkundgebung mit Kohl, Albrecht und Hupka.

und Landesregierung in Beziehung zueinander und fordert ein Bündnis gegen Revanchismus und Faschismus. Die anwesenden Organisationen können sich auf solch ein Bündnis verständigen, wenn auch umstritten bleibt, faschistische, revanchistische und reaktionäre Politik in Beziehung zu setzen.

Auf dem zweiten Bündnistreffen, am 26.2., liegen vier Resolutionsentwürfe – von Volksfront/BWK/VSP; GABL/GRÜNE; VVN/BdA und SAG – vor. Während die trotzistische SAG ihre Kritik auf die faschistische NPD konzentriert, die Politik der Bundes- und Landesregierung nicht erwähnt und gegenüber dem Revanchistentreffen Forderungen wie nach Anerkennung der DDR nicht erhebt, treten GABL/GRÜNE, VVN/BdA, DKP, SDAJ, Jusos, aber auch der KB – gegen den Vorschlag von Volksfront/BWK/VSP – für zwei Resolutionen ein: eine gegen die NPD-Treffen, eine gegen das „Schlesiertreffen“. Das Bündnistreffen beschloß bei einer Gegenstimmen (BKA) eine tragfähige Resolution gegen die NPD-Treffen, in der u.a. auch vom Rat der Stadt Hannover das „Verbot und die Auflösung der NPD und aller faschistischer Organisationen nach Art. 139 GG“ sowie „keine Vergabe städtischer Räume“ gefordert wird. Die GABL sicherte zu, diesen Antrag in den Rat einzubringen.

Am 12.3.87 ist ein weiteres Bündnistreffen vorgesehen, um eine Resolution gegen das „Schlesiertreffen“ zu beraten. Dazu liegen zwei Entwürfe (Volksfront/BWK/VSP und VVN/BdA) vor. Der Entwurf der VVN/BdA wird von GABL/GRÜNE und DKP unterstützt. Er steht unter der Losung „Schlesien bleibt polnisch“ und erhebt die Forderungen der Aktionseinheit von vor zwei Jahren. Seine Schwäche besteht in der inhaltlichen Begründung. Danach sind die Betreiber revanchistischer Politik nur die „Vertriebenenfunktionäre“, die Reaktion wird nur schwach kritisiert.



Demonstration gegen das „Schlesiertreffen“ 1985 in Hannover mit 1000 Teilnehmern.

Daß die zu fassende Resolution in ihren politischen Aussagen hinter die von vor zwei Jahren zurückfällt, muß verhindert werden. Damals hatte ein gleiches Bündnis festgehalten: „... Revanchismus ist mehr als die Politik weniger Spinner ... Die Bundesregierung hält nach wie vor am Alleinvertretungsanspruch für ‚alle Deutschen‘ und am Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 fest ... das eigentliche Ziel bundesdeutscher Politik (ist) immer noch die Annexion der DDR (und der deutschen Ostgebiete) ...“

An Aktionen gegen das „Schlesiertreffen“ liegen unterstützende Vorschläge vor. So tritt die VVN/BdA für eine Demonstration ein, und GABL/GRÜNE wollen eine Veranstaltung zum Thema Nationalismus/Revanchismus durchführen. Ohne eine starke inhaltliche Kritik an der Politik von Reaktionären, Revanchisten und Faschisten wird sich aber schwer mobilisieren lassen.

Quellen: Stenographische Berichte und Drucksachen des Landtag; Vorlagen zu den Bündnistreffen. – (gec, rab)

„Schlesien-Museum“: Alle Staatsebenen und Revanchistenverbände kooperieren

Seit Anfang 1984, nach einem Gespräch des Oberbürgermeister Klemke (CDU), des Oberstadtdirektors Dr. Buerstedde (CDU) und des Vorsitzenden der „Landsmannschaft Schlesien“, Dr. Herbert Hupka, ist das verrottete Sülte-Gebäude im Zentrum der Stadt Hildesheim als „Landesmuseum Schlesien“ vorgesehen. Das niedersächsische Kabinett hat Hildesheim wegen der Nähe zur DDR-Grenze und zu Hannover als Standort im Visier. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht erklärte auf dem „Deutschlandtreffen der Schlesier“ 1985: „Wir haben die Hoffnung, – mehr will ich nicht sagen –, daß es uns gelingen könnte, gemeinsam in Niedersachsen ein eigenes Landesmuseum für Schlesien, seine Geschichte und seine Kultur einzurichten. Eine Arbeitsgruppe der Landesregierung und der Landsmannschaft Schlesien ist zu diesem Zweck bereits gebildet worden.“ Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind: Ministerialdirigent Fuchs, Bonn (Vorsitzender), Hupka, Prof. Schulz Universität Duisburg (Kulturwerk Schlesien, Würzburg), Dr. Ullmann (Frankfurter Hypothekenbank), der Vorsitzende der Stiftung „Haus Schlesien“, Königswinter, Prof. Dr. Wietek, (Schleswig-Holsteinisches Landesmuseum), Dr. Idis Birgit Hartmann, (Museumsdirektorin und Sprecherin der „Landsmannschaft Schlesien“), Biberach, Herr Schulze-Ronkau, Münster, (VHS-Leiter). Ministerialrat Prof. Dr. Peters, Hannover, Ministerium Wissenschaft und Kunst (MWK) und Struck (MWK). Inhaltliche Zuträger-Organisationen des „Museums“ sollen u.a. sein: „Stiftung Schlesien“ (Hannover), „Ostdeutsche Galerie“ (Regensburg), „Künstlergilde Esslingen“, „Herder-Institut“ (Marburg).

Im Februar 1986 wurde ein Entwurf der „Inhaltlichen Konzeption des Schlesischen Landesmuseums“ von Dr. I. B. Hartmann verfaßt. Geplant ist ein Propagandazentrum für die Popularisierung von revanchistischen Kriegszielen im Osten. Dazu soll die Geschichte der deutschen Eroberung und Kolonialisierung Schlesiens umgedeutet werden. Zur Abteilung vier „Siedlungsgeschichte, Geschichte von Handel und Gewerbe“ schreibt Hartmann: „Sie ist die politische Abteilung des Museums. Wenn sie antiquiert und museal wirkt, ... ist sie nicht dazu geeignet, die Botschaft, die sie übermittelt will, nämlich, daß das Land nicht erobert, sondern friedlich kolonialisiert wurde, daß es vom Deutschtum über Jahrhunderte geprägt war und daß es eine wichtige Funktion in Handel und Gewerbe hatte, (zu bringen).“

Auf der Ratssitzung am 19.1.87, als Dieter Schäfer (Grüne), das „Schlesienmuseum“ als Sammelpunkt für Rechtsradikale bezeichnete und dafür von Caspar (CDU) und Teyssen (CDU) der „Unverschämtheit“ und der „Beleidigung“ bezichtigt wurde, fehlte der Protest der SPD. Auf einer „Talkshow“ am 27.2. in Hildesheim, auf dem Podium u.a. OStd. Buerstedde, Auerbach, MdL (SPD), Teyssen, MdL (CDU), Bange (SPD-Stadtvorsitzender), die reaktionäre „Bürgeraktion Hildesheim“, zeigte sich, daß das alleinige Gegenhalten der Forderung Kulturzentrum statt „Schlesienmuseum“, von der großen Mehrheit im Saal (100 Personen) unterstützt, nicht ausreicht. Sofort suchte Buerstedde nach Spaltungslinien: Er bot eine städtische Schule, deren Schüler bis dato noch nichts von der Auflösung wissen, als Räumlichkeiten für eine Kulturzentrum an. Anwesende NPD- und FAP-Faschisten mußten von Teilnehmern der Talkshow selbst aus dem Saal gedrängt werden. Während Teyssen und Buerstedde die Anwesenheit rechtfertigten, schwiegen die SPD-Vertreter.

7. o. Delegiertenkonferenz des BWK

Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen 1987/88

Im folgenden drucken wir die Beschlüsse der 7. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK ab, die die Veröffentlichungs- und Forschungstätigkeit der Redaktion Politische Berichte betreffen. Interessenten an der Mitarbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen – auch Nichtmitglieder des BWK sind erwünscht – können sich bei der Redaktion melden.

I. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Folgende Projekte sollten bearbeitet werden:

1. Kritische Rezension von einigen theoretischen „Vätern“ der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik u.a. Hayek, Friedman und wegen der theoretischen Annäherung von sozialdemokratischer Seite Schumpeter. Zweck des Objekts: Erhellung der weltanschaulichen Wurzeln heutiger konservativ-liberaler Wirtschaftspolitik. Benötigt werden hierzu mindestens drei Autoren, erwünscht wenigstens einer mit volkswirtschaftlicher Ausbildung. Umfang des Projekts: Spezialbericht mit sechs Seiten.
2. Rentenreform der Bundesregierung. Auf dem Kongreß der Beilagenorganisationen war vereinbart worden, ein Seminar zur Klärung der Absichten der Regierung sowie zur Diskussion von Forderungen dagegen durchzuführen, sobald die Pläne des Blüm-Ministeriums vorliegen. Zur Vorbereitung dieses Seminars und zur Erstellung einer (bereits begonnenen) Broschüre (eventuell gemeinsam mit anderen Organisationen) wären wenigstens zwei Mitarbeiter nötig.
3. „Weniger Wirtschaftstätigkeit des Staates bedeutet mehr Freiheit für den Bürger“ – Auseinandersetzung mit der Behauptung angebotsorientierter Wirtschaftspolitik, daß private Dienstleistung gut sei, öffentliche/kommunale Dienstleistungen dagegen abzuschaffen seien. Hierfür müßten sich Autoren aus dem Bereich öffentliche Dienste finden.
4. Grundlage für die praktische Wirksamkeit angebotsorientierter Wirtschaftspolitik ist ein überfüllter Arbeitsmarkt. Untersuchung wer mit welchen Mitteln die gewaltige Mobilisierung von Arbeitskraft bewerkstelligt hat, die dazu führt, daß

die Beschäftigung ständig wächst, die Arbeitslosenziffer aber nicht sinkt. Eine sozialstatistische Untersuchung.

5. Umfang und Wechselwirkungen der Flexibilisierung der Arbeitszeit in der EG, in den USA und in Japan.

Es soll untersucht werden, insbesondere

- wie sich die westdeutsche Kapitalistenklasse tarifliche und gesetzliche Arbeitszeitflexibilisierung in anderen Ländern zunutze macht,
- wie die westdeutsche Kapitalistenklasse mit der Flexibilisierung in der BRD die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in anderen Ländern negativ beeinflußt.

II. Europastrategien des Kapitals, Europäische Unionierungspolitik nach großdeutschen Interessen

1. Der Ausbau der imperialistischen Großraum-Marktwirtschaft EG, der Fortschritt der „internationalen Arbeitsteilung“ innerhalb dieser EG wie ausgehend von der EG mit von ihr abhängigen Staaten und Kolonien gestaltet die Lage des Proletariats in allen diesen Ländern immer schwieriger. Eine ausdrückliche Kritik von bürgerlichen und revisionistischen Theorien über die angeblichen „Vorteile“ der internationalen Arbeitsteilung ist deshalb unumgänglich. Die Forschungsgruppe soll diese Auseinandersetzung anhand von Untersuchungen und Kritiken an den Europastrategien der Chemie-, Automobil- und Elektromonopole fortsetzen und so versuchen, die Grundsätze zur Kritik der Großraum-Marktwirtschaft, wie sie auf dem Kongreß der revolutionären Sozialisten gebilligt wurden, zu präzisieren.

Die Forschungsgruppe soll die Entwicklung der Widersprüche zwischen den Bourgeoisien der imperialistischen Hauptmächte Westeuropas untersuchen: Welche Konzerne stehen sich auf den Gebieten Automobilindustrie, Elektroindustrie, Chemieindustrie, Energie, Banken, Versicherungen gegenüber? Wie hat die Entwicklung zum gemeinsamen Waren- und Kapitalmarkt die Besitzverhältnisse an diesen Konzernen verändert? Wo überwiegt Interessengleichheit, wo die Konkurrenz? Wie und zu wessen Gunsten haben sich Marktanteile und die Kapitalanlagen innerhalb der EG in den letzten 15 Jahren verändert? Wie wird die führende Rolle des westdeutschen Kapitals, zum Beispiel in der Finanzpolitik, von anderen Bourgeoisien innerhalb der EG angegriffen?

2. Die These, daß die westeuropäischen Imperialisten ihren



Widersprüchen durch Formen von Staatsbildung eine neue Bewegungsform geben, soll durch eine Untersuchung, welche Staatstätigkeiten die EG bereits jetzt wahrnimmt (Handelsverträge, Gesetzgebung und Verordnungen, Zölle, Steuern, Vorbereitung einer „EG-Verfassung“, Rechtssprechung durch den Europäischen Gerichtshof usw.) bekräftigt werden. Von Interesse wird auch sein, wie bürgerliche (z.B. Galtung) und revisionistische Politikwissenschaftler diese Entwicklung beurteilen.

3. Der verbreitete Irrtum, Deutschland- und Europapolitik der Reaktion seien ein Gegensatz oder irgendwie widersprüchlich, muß kritisiert und widerlegt werden. Die Forschungsgruppe will sich deshalb genauer mit der Rolle der Vertriebenenverbände im Europakonzept der Reaktion („Volksgruppenrechte“, „Europa der Regionen“ u.ä.) befassen.

Die BRD behauptet von sich, sie habe im Unterschied zu anderen EG-Staaten keine Tradition als Kolonialmacht. Tatsächlich sind die heutigen osteuropäischen Staaten traditionelles Objekt reichsdeutscher und großdeutscher Kolonialpolitik, war die Beziehung z.B. auch des Deutschen Reiches während der Weimarer Zeit zu den Staaten Osteuropas stets kolonialistisch bzw. neokolonialistisch. Die Forschungsgruppe sollte sich mit der Geschichte dieser Ostpolitik in diesem Jahrhundert befassen. Damit leisten wir auch einen Beitrag, um die Absichten, die die Reaktion mit der Wiederbelebung der „Mitteleuropa“-Debatte verfolgt, aufzuklären, und einen Beitrag zu den 750-Jahr-Feiern in Westberlin.

4. Die EG hat einen großen Arbeitsmarkt geschaffen. Daraus ergibt sich die Aufgabe, aufzuhellen und zu bekräftigen:

- daß die viel gepriesene Freiheit für Arbeitnehmer mit der Ausdehnung der EG die freie Verfügung des imperialistischen Kapitals unter maßgebendem Einfluß der BRD-Konzerne über ausländische Arbeiter bedeutet,
- daß aus diesem Grund diskriminierende Regelungen weiter zunehmen und es noch wichtiger wird, die Arbeiterfeindlichkeit dieser Ausländerpolitik bloß zu legen und zu bekämpfen.

III. Religion und Familie

Wojtila will die Auffassungen der Kirche zur Rolle der Frau in der Kirche in einer Enzyklika neu beschreiben und festlegen, die im März erscheinen soll. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Enzyklika vor dem Papstbesuch ist nötig, sie sollte als Broschüre in der Agitation gegen den Besuch nutzbar sein.

Nach Fertigstellung der Broschüre wird die Forschungsgruppe beraten, wie sie die Kritik an der christlichen Familienpolitik fortsetzt.

IV. Rassismus, seine Quellen und seine Nutznießer

1. Das sehr alte Vorurteil, Blutsverwandschaft binde mehr als gesellschaftliche Beziehungen, daraus entspringende Behauptungen über Sippen- und Volksbande, verbunden mit Fremdenfeindlichkeit, sind Bedingungen, unter denen Rassismus aufblühen kann. Christliche Gegner der Abtreibung und faschistische Hetzer gegen Ausländer können sich mühelos im Auftreten gegen das „Aussterben der Deutschen“ verbünden. Bietet diese reaktionäre Theorie der „Blutsverwandschaft“ eine beiden gemeinsame theoretische Grundlage?

2. Die Imperialisten stützen sich in der neokolonialen Unterwerfung ihrer ehemaligen und noch bestehenden Kolonien auf ein umfängliches System von rassistischen Begründungen, die inzwischen oft die Verkleidung von „ethnischen“ Theorien angenommen haben. Oft ist die Definition von Stämmen, ethnischen Gruppen usw. durch die Kolonialherren bzw. die sie begleitenden Missionare geschehen. Die antikolonialen Befreiungskämpfe haben gegen diese

spaltende Definition die Herausbildung der Nation im Kampf gegen den Kolonialherren gesetzt, der Panafrikanismus ist z.B. eine Theorie, die der von den Kolonialherren geförderten Stammes- und Gruppenideologie den afrikanischen Nationalismus entgegensezten. Insbesondere gegenüber Afrika und Amerika fördern europäische und nordamerikanische Wissenschaftler die Unterscheidung nach Stämmen, ethnischen Gruppen etc. Welche Auffassungen vertreten afrikanische und indianische Theoretiker zu diesen Behauptungen?

V. Räte/Bolschewiki

Zur weiteren Auseinandersetzung mit den Vorhaltungen verschiedener Organisationen des revolutionären Sozialismus, der BWK verstoße in seiner Politik, die auf Vereinigung der revolutionären Sozialisten zu einem einheitlichen kommunistischen Bund zielt, wie bei seiner Politik in der Volksfront und zwecks Schaffung einer Partei für Werktätigengeninteressen gegen die Leninschen Prinzipien des Parteaufbaus, soll erarbeitet werden:

Stellungnahme zur Partei- und Bündniskonzeption Lenins bis zum Zeitpunkt der Herausbildung des Bolschewismus als eigenständiger ideologischer, politischer – und auch weitestgehend organisatorischer – Fraktion in der SDAPR (Parteitag 1903). Einbeziehung seinerzeitiger Kritiken an Lenins Partei- und Bündniskonzeption sowie der Rückgriffe auf diese Konzeption bei der Konstituierung der revolutionären Organisationen in der BRD Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre.

VI. DKP-Programmdiskussion

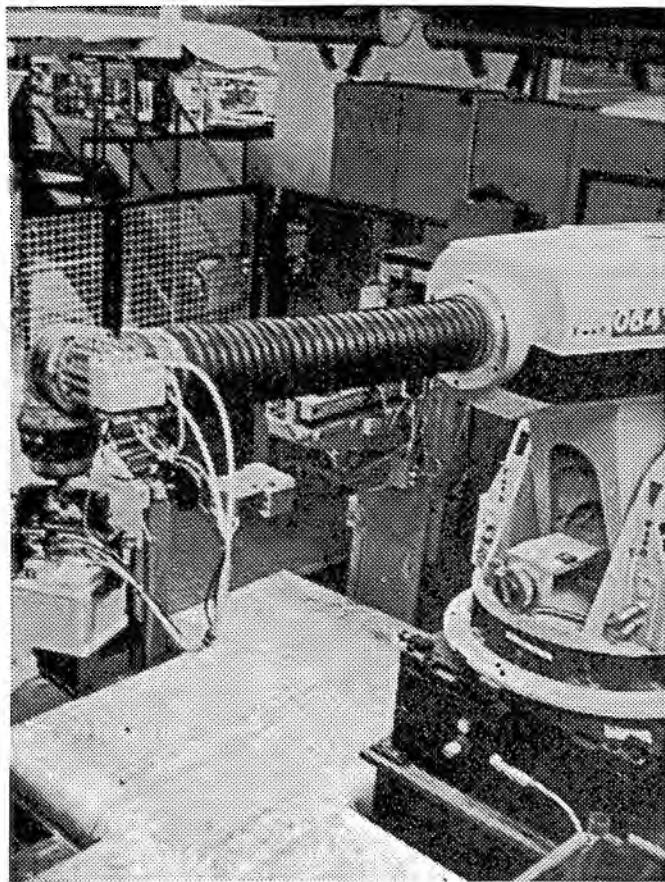
1. Es soll von der Arbeitsgruppe ein weiterer Spezialbericht für die Politischen Berichte geschrieben werden. Darin soll auf Grundlage der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft seit der französischen Revolution untersucht werden, welche Klassen (Schichten) den Begriff der „Nation“ für welche Interessen in Anschlag gebracht haben. In diesem Zusammenhang soll auch die Haltung der SED zur „nationalen Frage“ untersucht werden.
2. Zur Delegiertenkonferenz soll ein umfassender Bericht erstellt werden, in dem die bisherigen Ergebnisse der Forschungsarbeit zusammengefaßt werden. Die Arbeitsgruppe beantragt, daß die Forschungsarbeitsgruppe weiterarbeiten soll. Ziel soll dabei die Ausarbeitung einer Entschließung sein, deren Entwurf auf der 8. ordentlichen Delegiertenkonferenz vorliegen soll.

VII. Kommunikationsgesellschaft und Verdatung

Ein Grund für das Nichtzustandekommen einer planmäßigen Arbeit der Arbeitsgruppe im letzten Jahr war die Unbestimmtheit des Aufgabengebietes. Deswegen muß im kommenden Jahr das Untersuchungsfeld eingeengt werden. Hierfür kommen zwei Bereiche in Betracht. Welcher nun ausgewählt wird, hängt ab von der Aufgabenstellung und -verteilung der Gesamtorganisation und der Arbeitsgemeinschaften/Volksfront sowie von der Herkunft der Genossen, die sich an der Arbeitsgruppe beteiligen wollen.

Die zwei Bereiche wären:

- Effektivierung staatlicher Verwaltung und Überwachung durch Neuorganisation derselben mit Hilfe zusammenhängender EDV-Programmsysteme. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die geplante neue Führungsstruktur in Baden-Württemberg. Die Volkszählung und die Sicherheitsgesetze (z.B. neuer computerlesbarer Personalausweis) erhalten erst durch die EDV ihre neue Qualität. Hierhin gehört auch der Bereich privater zw. betrieblicher Datenspeicherung (Kreditkarten, PAISY), wo in Anbindung an die Nummer des neuen Personalausweis ein umfassender Datenaustausch zwischen Privat/Privat, Privat/Staat möglich ist.



– Veränderung der Arbeitsorganisation und -methoden durch die Verwendung elektronischer gesteuerter Maschinen bzw. Produktionsabläufe. In zunehmendem Maße werden in der Fertigung sogenannte autonome Fertigungsgruppen eingeführt. Offiziell von kapitalistischer und wissenschaftlicher Seite wird das als eine Zunahme der Selbstständigkeit der Arbeiter („weg vom stupiden Fließband“) bezeichnet. Stimmt diese Aussage wirklich, oder was bedeutet es, daß all diese Fertigungsgruppen über EDV-Produktions-Planungssysteme (PPS) miteinander verbunden sind und ihre Vorgaben haben.

VIII. Naturwissenschaften und Philosophie

1. Die technische Intelligenz hat während des Faschismus wohl eher stabilisierend gewirkt. Wie konnten die Faschisten dies erreichen? Machten sie eine bewußte Bündnispolitik gegenüber der technischen Intelligenz und wie sah diese aus? Wichtig zur Klärung werden auf jeden Fall die Volksgemeinschafts- und Gesamtwohvorstellungen sein, die innerhalb der technischen Intelligenz bereits vor 1933 große Bedeutung hatten. Diese Vorstellungen wurzelten in der Idee, daß die Gesellschaft nur auf der Basis der „Vernunft“ und des „Sachverständes“ zu leiten sei, ähnlich der Steuerung eines komplizierten technischen Prozesses, wo alle Glieder systematisch kooperieren müßten.

2. Die Arbeitsgruppe schlägt der Arbeitsgruppe Antimilitarismus beim Bundesvorstand der Volksfront vor, in gemeinsamer Arbeit eine Broschüre zu erstellen, in der die schleichende Atombewaffnung der Bundesrepublik Deutschland aufgedeckt und angegriffen wird. Gegenüber den Absichten der Reaktion, mit dem Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages 1995 eine westdeutsche Atommacht zu bilden, muß heute schon eine systematische Propaganda entwickelt werden mit dem Ziel, eine Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages und dessen Neufassung mit erheblichen Beschränkungen zu erwirken. Die Broschüre soll u.a. den Nachweis führen, daß die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik

bereits seit 1945 zielstrebig vorangetrieben wurde, daß die Nachfolger der IG Farben, die bereits während des Faschismus wichtige Detailverfahren für die Atombombenproduktion entwickelt hatten, auch nach dem Krieg sofort die Weichen für die weitere Entwicklung stellten, und daß diejenigen Physiker und Chemiker, die sich bereits unter Hitler für den Bau und Einsatz von Atombomben stark gemacht hatten, die entscheidenden Schlüsselpositionen in Industrie und Forschung nach der Gründung der BRD bekamen.

3. Die Arbeitsgruppe wird zu dem Buch des Jesuitenpater Wetter über den Dialektischen Materialismus eine Ausarbeitung vorlegen. Dieses Buch, obwohl aus den 50er Jahren stammend, hat heute noch Bedeutung bei der sogenannten wissenschaftlichen Untermauerung verschiedener Vorurteile gegenüber dem dialektischen Materialismus (Marxismus) wie: der dialektische Materialismus sei eine „Scholastik“, sei ein „Religionsersatz“, unvereinbar mit den modernen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen. In Auseinandersetzung mit dem Autor Wetter soll das Verhältnis des dialektischen Materialismus für die Naturwissenschaften dargestellt werden.

IX. Zentralismus oder Kampf für Dezentralisierung?

Die Arbeitsgruppe soll weiterhin aus zwei großen Untergruppen bestehen. In der einen Untergruppe werden der historische Bezug und die Meinungen der „Klassiker“ ausgewertet, was für die zweite Untergruppe als Fundament wichtig ist. In der zweiten Untergruppe soll aus der heutigen Entwicklung des Kapitalismus und Imperialismus die Notwendigkeit des Dezentralismus und Kommunalismus entwickelt werden, was wiederum für die erste Untergruppe wichtig ist, damit sie nicht ins Abstauben gerät.

Zur 1. Untergruppe liegen folgende Vorstellungen vor:

Fortführung der Arbeit zum Thema: „Die russischen Revolutionen von 1905 und 1917, welche Rolle spielten die kommunalen Ebenen dabei, Entwicklung und Bedeutung der Leninschen Lösung ‚Alle Macht den Räten‘ für diese Ebene.“

Projekte zur Veröffentlichung bzw. Diskussion:

1. Bedeutung des Petersburger Sowjets in der russischen Revolution von 1905, welche politischen Bewegungsmöglichkeiten, welche Bündnisaufgaben und welche Versorgungsleistungen wurden dadurch entfaltet? Entwicklung der Diskussion um die Selbstverwaltung.

2. Bewertung des Lenin-Aufsatzes „Kritische Anmerkungen zur nationalen Frage“ 1913, in dem er u.a. schreibt: „Das Prinzip des Zentralismus, der im Interesse der Entwicklung des Kapitalismus unentbehrlich ist, wird durch eine solche Autonomie (der Orte und Gebiete) nicht nur nicht untergraben, sondern im Gegenteil gerade dank ihr ... verwirklicht. Die umfassende, freie und schnelle Entwicklung des Kapitalismus wäre unmöglich oder zumindest äußerst erschwert ohne eine solche Autonomie, die sowohl die Konzentration des Kapitals als auch die Entfaltung der Produktivkräfte und den Zusammenschluß einerseits der Bourgeoisie, andererseits des Proletariats im gesamtstaatlichen Maßstab erleichtert. Denn die bürokratische Einmischung in rein lokale ... Angelegenheiten ist eines der allergrößten Hindernisse für die wirtschaftliche und politische Entwicklung überhaupt und im besonderen ein Hindernis für den Zentralismus in allen ernsthaften, umfassenden und grundlegenden Fragen.“ – Grundsätzliches aus der damaligen Debatte um den Zusammenhang lokaler/regionaler Autonomie und Entfaltung der Produktivkräfte.

3. Autonomie der Orte/Gebiete und Zentralgewalt, wie ist dieses Verhältnis in der Verfassung vom 10. Juli 1918 geregelt. Besprechung der zwischen Oktober 1917 und August 1918 erlassenen Gesetze und Verordnungen. Konkrete Beschreibung der rechtlichen Ausstattung der unteren Ebenen

und Versuch, die Folgen zu beschreiben. – Welche Gründe werden angegeben für diese weitgehende Ausstattung der Orte und für die Rücknahme dieser Rechte.

4. Vorstellung geeigneter Literatur dazu. – Evtl. auch Zusammenstellung grundlegender Äußerungen der „Klassiker“ zur Frage Zentralismus/Dezentralisierung.

*
Fortführung der Arbeit zum Thema: „Folgen der Pariser Kommune und der Russischen Revolution für die deutsche Rätebewegung. Mit welchen Rechten waren die Münchner Räte ausgestattet, welche Vorstellungen haben sie diskutiert bzw. in Anfängen verwirklicht zur kommunalen Versorgung und Sicherung gegen die Reaktion?“

Geplante Veröffentlichungen für das Jahr 1987 in den Politischen Berichten:

1. Welche Maßnahmen ergriff der Rätekongress im Zeitraum vom 28. Febr. bis 5. März / Konstituierung im Gegensatz zum Landtag / Welche Bedeutung hatten diese Maßnahmen für die Arbeiterbevölkerung?

2. Bedeutung der Betriebsräte und Zusammenarbeit mit den Arbeiter-, Bauern und Soldatenräten / Welche Eingriffe in die Eigentumsrechte der Kapitalisten wurden vorgenommen zur Verbesserung der Reproduktionsbedingungen, insbesondere im Wohnungswesen und zur besseren Ernährung?

3. Welche Eingriffe in das Bankwesen und Geldgeschäft wurden von den Räten in München durchgeführt, und welche Zielsetzungen wurden damit verfolgt.

Zur 2. *Untergruppe* hat der mit BWK-Mitteilungen vom 7.2.87 vorgelegte Bericht die Zielsetzungen und Bearbeitungsmöglichkeiten festgehalten. Es kommt als erstes darauf an, den richtigen Einstieg zu finden über die Kritik an der Entwicklung des Monopolismus. Die Gruppe wird die Notwendigkeit des Kommunalismus zunächst begründen müssen, bevor sie dazu übergeht, die derzeit stattfindende Diskussion über Regionalisierung zu bewerten. Aus der Vielzahl der aufgeführten Gesichtspunkte wird sie zwei Bearbeitungsschwerpunkte heraussuchen.

X. Volksfrontprogramm Dimitroffs und das Übergangsprogramm Trotzkis

XI. Aufstandsbekämpfung in BRD/EG/NATO und Entwicklung der Repressionsapparate

Die Tätigkeit der Redaktionsarbeitsgruppe „Politische Gefangene“ soll unter der o.a. umfassenderen Themenstellung weitergeführt werden aus folgenden Gründen:

1. Durch unsere Untersuchungen und durch die tatsächliche Entwicklung (vgl. neues „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus“) ist belegt, daß die Isolationshaft gegen die politischen Gefangenen kein Sonderproblem ist (wie das von Teilen der Linken und GRÜNEN lange Zeit behauptet wurde), sondern nur besonders zugespitztes Resultat eines umfassenden, seit den 60er Jahren enorm entfalteten Konzepts der „Bekämpfung der inneren Subversion“. Dieses Konzept wird in der BRD im Ausbau und in der Operationsweise des Repressionsapparats (insbesondere Polizei, Militär und Gefängnisse) realisiert in immer größerer Vereinheitlichung innerhalb der EG (unter BRD-Führung) und koordiniert über die NATO („fünfte Front“ der NATO). Sein Resultat ist zunehmende Verschmelzung traditionell polizeilicher und militärischer Funktionen und weitgehende Auflösung des traditionellen Kriegsbegriffs – sowohl der überkommenen Unterscheidung von Krieg und Frieden als auch der herkömmlichen Unterscheidung von zwischenstaatlichem bewaffneten Konflikt („Krieg“) und innerstaatlichem bewaffneten Konflikt („Aufstand“, „Bürgerkrieg“...). NATO-weit wird die Umsetzung des Konzepts und die Rechtfertigung des entsprechenden gesetzlichen und außer-

gesetzlichen Instrumentariums in die Ideologie der „Bekämpfung des Terrorismus“ gekleidet. Auf dieser Grundlage findet durch die imperialistischen Staaten inzwischen offener Angriff auf das Kriegsvölkerrecht und das völkerrechtliche Menschenrecht und dessen Entwicklung statt.

2. Die Entfaltung einer wirkungsvollen Politik zur Unterstützung der Forderung nach Beseitigung der Isolationshaft und nach dem Recht der politischen Gefangenen auf Zusammenlegung in großen Gruppen ist nicht beschränkt auf das antiimperialistische Spektrum möglich, sondern erfordert unabdingbar die Gewinnung von Arbeiterorganisationen. Eine solche Politik kann auch überhaupt nur richtig sein, wenn sie (im Gegensatz zu dem völlig abstrakten und subjektiven „Proletariats“-Begriff der antiimperialistischen Gruppen) klärt, auf welche Weise das Aufstandsbekämpfungskonzept tatsächlich der Durchsetzung der Kapitalinteressen gegen die Interessen der Arbeiterklasse dient und sich in seiner Konsequenz gerade gegen die Entwicklung des Kampfs der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staaten richtet. Besonderes Gewicht soll dabei gelegt werden auf die Untersuchung der Vorreiterrolle der BRD bei der Perfektionierung und Systematisierung staatlicher Repression (von Isolationshaft bis Sicherheitsgesetze, Volkszählung etc.) und auf die Frage der Herausbildung staatsähnlicher Repressionsstrukturen auf EG-Ebene (in Auseinandersetzung mit der These von der NATO als „Überstaat“ und den anderen imperialistischen Staaten als Anhänger der USA). In diesem Zusammenhang soll die Funktion des Konzepts der „wehrhaften Demokratie“ in der BRD näher geklärt werden (im Unterschied zu liberal-bürgerlichen Verfassungskonzepten z.B. Frankreichs und der USA und in Auseinandersetzung mit den auch in der BRD-Linken verbreiteten Grundgesetz-Illusionen).

Die Arbeitsgruppe soll in diesem Sinn einen Beitrag dazu leisten, Material zur „Zerstörung der Staatsillusion“ (D. Hensche, stellv. Vors. der IG DruPa auf dem VDJ-Kongress 1986 in Marburg) in der Arbeiterbewegung zu beschaffen und gewerkschaftliche Beschlüsse zu der Sache zu ermöglichen.

XII. Quellenheft zur Kulturrevolution

1 Dokumentation und Bewertung der sozialen Entwicklung und politischen Auseinandersetzungen in der VR China seit Beginn des Großen Sprungs. Die der Kulturrevolution zugrundeliegenden Differenzen um den Entwicklungsweg der VR China sind spätestens mit dem Großen Sprung zu zwei klar gegenüberstehenden Modellen fixiert. Was waren die Ergebnisse der Auseinandersetzung um den Entwicklungsweg, wieweit gingen sie in die kulturrevolutionäre Bewegung ein?

2 Das Programm der kulturrevolutionären Rebellen im Verhältnis zur kulturrevolutionären Programmatik der KP Chinas. Wieweit haben diese Programme die Herausbildung einer Schicht von Leitenden thematisiert, wie tauglich waren die Vorschläge, die Trennung von Kopf- und Handarbeit anzugehen? Welche Wirtschaftsmodelle entwickelten die Programme? Waren die Voraussetzungen für eine radikale Änderung der Wirtschaftspolitik gegeben, oder mußten derartige Versuche zwangsläufig scheitern?

3 Die Ergebnisse der Kulturrevolution: Erstens muß geprüft werden, ob und wieweit die Kulturrevolution einen Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte eingeleitet hat. Das festgestellte Scheitern der Kulturrevolution bezieht sich auf das Gesellschaftsmodell der Rebellen, das nicht verwirklicht worden ist. Was waren die Ursachen für das Scheitern der kulturrevolutionären Bewegung?

4 Auseinandersetzung mit gängigen heutigen Betrachtungen der kulturrevolutionären Periode als „halbfaschistisch“, „10 finstere Jahre“ etc.

DKP und nationale Frage

– Bericht –

Die Forschungs-Arbeitsgruppe hatte den Auftrag bekommen, sich mit der Position der DKP zur nationalen Frage auseinanderzusetzen. Aktueller Anlaß dafür war die Verabschiedung von programmatischen „Thesen“ des Parteivorstandes der DKP, denen zufolge im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen (im allgemeinen und SDI im besonderen) nationale Interessen mobilisiert werden sollen. Theoretisch rechtfertigte der Parteivorstand die positive Bezugnahme auf die Nation mit der Behauptung, die Frage von Krieg und Frieden sei zum entscheidenden Widerspruch in der Welt geworden. Diesem müsse in der BRD der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie untergeordnet werden. Der „Friedenskampf“ sei zur Existenzfrage der Menschheit und damit klassenübergreifend geworden. Reinhard Kühnl führte diese Auffassungen dann in einem im vergangenen Jahr herausgegebenes Buch folgerichtig weiter. Er forderte explizit, die Linke müsse sich zur Nation bekennen, um dem Nationalismus der Reaktion zu begegnen (!). Ein praktisches Ergebnis dieses Bekenntnisses der DKP zur Nation war der Verzicht auf eine eigene Kandidatur bei den Bundestagswahlen und die Unterstützung der Erststimmendenkandidaturen der „Friedensliste“.

Die Stellung der DKP zur nationalen Frage ist nicht ohne Vorbild. Sie kann sich auf eine lange Tradition in der (west)deutschen kommunistischen Bewegung berufen. Bei der Aufarbeitung dieser Positionen konnte sich die Forschungsarbeitsgruppe zum Teil auf Vorarbeiten früherer Arbeitsgruppen der Delegiertenkonferenz stützen.

Im Jahr 1930 veröffentlichte das ZK der KPD ein „Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“. Darin vertrat die KPD-Führung, eine „Lösung“ der nationalen Frage habe nur die Arbeiterklasse und deren revolutionäre Partei anzubieten. Vor dem Hintergrund des Erstarkens der faschistischen Stoßtruppen der Bourgeoisie sollte mit diesem Programm die „Aktionseinheit der Volksmassen“ hergestellt und diese für die „Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ gewonnen werden. Nach Kräften beteiligten sich die deutschen Kommunisten damals an der Propaganda von Faschisten, Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten gegen das „Schanddiktat von Versailles“, in dem die Siegermächte des 1. Weltkriegs dem deutschen Imperialismus Reparationen auferlegt hatten. Im Programm „zur nationalen und sozialen Befreiung“ richtete die KPD den Schwerpunkt ihrer Kritik nicht gegen die Ausbeuterwirtschaft der deutschen Monopolbourgeoisie, sondern auf den angeblichen Verrat dieser Monopolbourgeoisie an der Nation, weil sie mit den Bourgeoisien anderer Länder kollaborierte, namentlich Frankreichs und der USA.

Nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus war die Politik der KPD darauf gerichtet, einer „antifaschistisch demokratische Umwälzung“ zum Durchbruch zu verhelfen, die Kriegsverbrecher zu bestrafen, Konzernherrn und Grundeigentümer zu enteignen, um die Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus zu schaffen. Erneut verband die KPD diese Politik mit einer Propaganda, wonach die Kommunisten die eigentlichen und wahren Sachwalter der Nation seien. Nachdem die Monopolbourgeoisie mit der Gründung der BRD die Ausbeuterwirtschaft sichern und ausbauen konnte, in der sowjetischen Besatzungszone daraufhin die DDR gegründet worden war, verstärkte die KPD ihre Propaganda für eine Wiedervereinigung Deutschlands und begründete deren Notwendigkeit mit nationalen

Interessen. Diese Propaganda wurde zu einem zentralen Bestandteil der Politik der Partei und rückte zum Teil fast gleichberechtigt neben den Kampf für soziale Interessen. Die KPD meinte, sich auf das Potsdamer Abkommen stützen zu können. Darin wurde von einer deutschen Wirtschaftseinheit ausgegangen, auf Grundlage der Bestrafung der Faschisten und der Ausrottung des deutschen Imperialismus und Militarismus. Mit der BRD-Gründung restaurierte die herrschende Klasse den Kapitalismus und schuf sich die Voraussetzungen für neue imperialistische Raubzüge. Gegen diese Politik wollte die KPD mobilisieren, indem sie die Interessen der Nation strapazierte, die Adenauer-Regierung als angeblich „amerikanisch“ denunzierte und die BRD als US-Kolonie abtat. Wieder handelt es sich dabei um den Versuch, eine Bündnispolitik gegenüber den werktätigen Klassen entwickeln. „In Erkenntnis der Gefahren, die der Kurs der nationalen Würdelosigkeit und der Unterwerfung Westdeutschlands unter die Botmäßigkeit des amerikanischen Finanzkapitals mit sich bringt, sind breite Schichten der Bevölkerung einschließlich bürgerlicher Kreise für die Lösung der Bundesrepublik aus der Abhängigkeit vom USA-Imperialismus. Die zunehmende Überfremdung der westdeutschen Wirtschaft, insbesondere durch amerikanische Kapitaleinflüsse, sowie die verheerenden Wirkungen der Kulturbarbarei des amerikanischen Imperialismus rufen berechtigte Empörung hervor. Die Kommunisten betrachten es als ihre nationale Pflicht, den patriotischen Widerstandswillen gegen den USA-Imperialismus und seine deutschen Handlanger zu stärken“, heißt es beispielsweise in den Thesen des KPD-Parteitags 1957. Und Max Reimann, damals Vorsitzender der Partei, schrieb 1962 zur politischen Orientierung der KPD: „Der Kampf zur Herstellung der Aktionseinheit und der Zusammenschluß aller friedliebenden und demokratischen Kräfte des Volkes ist ein unabänderlicher Grundsatz unserer Politik. Wir sind für eine feste und dauerhafte Zusammenarbeit der Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und parteilosen Arbeiter und für das ehrliche Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, der Intelligenz und allen werktätigen Schichten des Volkes. Das war und bleibt die Generallinie unserer Partei.“ Mit der Propaganda von der Einheit der Nation meinte die KPD eine Bündnislinie entwickelt zu haben, unter die sich die unterschiedlichen Interessen der werktätigen Klassen, insbesondere der Bauern und der werktätigen Intelligenz, subsumieren ließen. Nicht versucht wurde von der KPD, die unterschiedliche Interessenlage der verschiedenen werktätigen Klassen zu untersuchen, um auf dieser Grundlage eine Bündnispolitik für Arbeiterinteressen zu entwickeln. Stattdessen propagierte sie eine „Koalition der Patrioten“.

Auf diese Tradition in der (west)deutschen kommunistischen Bewegung kann sich die DKP stützen. Das von ihr in jüngster Zeit verstärkt zu hörende Bekenntnis zur Nation Bundesrepublik (siehe u.a. Kühnl) wird ebenfalls bündnispolitisch begründet. Sie ergänzt die angebliche Knechtung der BRD durch den US-Imperialismus dabei um die „klassenübergreifende“ Existenzfrage der Menschheit: „Wenn der Friedenskampf heute eine Existenzfrage der Menschheit ist, also klassenübergreifend, so werden die Kommunisten weltweit zum Hoffnungsträger. Es sei doch nicht auszuschließen, daß sich über die Friedensfrage auch eine prosozialistische geistige Strömung entwickelt“ (DVZ 6/87, Bericht über die Wahldiskussion des DKP-Parteivorstandes). Wie die KPD begreift auch die DKP Bündnispolitik nicht als Aufgabe der Frontbildung, zu der die Kommunisten beitragen müssen, indem sie den Kampf für proletarische Interessen im Bündnis führen.

Der Begriff der Nation, den die DKP meint für sich in Anspruch nehmen zu müssen, entstand historisch als politi-

sche Form, mittels der die Bourgeoisie ein Klassenbündnis unter ihrer Führung gegen die Herrschaft des Feudaladels konstituieren konnte (der „dritte Stand“, bestehend aus Bauern, Handwerkern, Kaufleuten; siehe auch Politische Berichte 18/86). Die nationale Frage, die nach dem Machtantritt der bürgerlichen Ordnung ganz handfest mit dem Nationalstaat beantwortet wird, beinhaltet aber gleichzeitig die despotische Regelung der innerhalb dieses Klassenbündnisses auftretenden und sich verschärfenden Widersprüche zwischen Privateigentümern und Lohnarbeitern im Sinne der Kapitalisten. Der Nationalstaat ist dafür der Garant. Mit Entstehung des Weltmarktes und der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus entwickelt sich der Begriff der Nation weiter: Er wird zur Zugnummer der herrschenden Klasse, um die Werktätigen für den Wettbewerb mit anderen Nationen einzuspannen. Das Klassenbündnis zur Ausgrenzung einer reaktionären Klasse wird zur Volksgemeinschaft. Die Interessen des Proletariats erfordern eine Kritik und scharfe Abgrenzung gegenüber dem Begriff der Nation.

Für die werktätige Intelligenz liegen die Dinge hingegen anders: Sie macht aufgrund ihrer planenden, verwaltenden und leitenden Stellung im Produktionsprozeß und im Staatsapparat einerseits den Eigentümern der Produktion, den Kapitalisten, ihren Besitzanspruch streitig. Andererseits grenzt sich die lohnabhängige Kopfarbeit aber von der Handarbeit, vom Proletariat ab, um die eigene privilegierte Stellung in der Gesellschaft zu zementieren. Sie kann die „nationale Frage“ im Gegensatz zur Bourgeoisie formulieren. Sie hat ein Interesse an einem Klassenbündnis, das sich gegen die Bourgeoisie richtet, ohne die Emanzipation der Handarbeit zum Ziel zu haben. Die so verstandene Nation bräuchte ebenfalls einen Staat, zwar einen, der auf andere Werte als der bürgerliche gegründet ist – Wissenschaftlichkeit z.B. –, aber eben doch einen Unterdrückungsapparat, um die widersprüchlichen Interessen zwischen Hand- und Kopfarbeit zu regulieren. Es spricht nicht wenig dafür, daß solche Kräfte innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung wirksam waren und sind. Das machte die Hartnäckigkeit erklärlich, mit der damals von der KPD, heute in den Reihen der DKP (und einer Reihe von revolutionär-sozialistischen Organisationen) darauf gepocht wurde und wird, die Kommunisten müßten sich zur Nation bekennen, um erfolgreich Politik machen zu können.

Die Untersuchung verschiedener Veröffentlichungen, auf die sich die DKP heute programmatisch stützt, sowie eine Sichtung der aktuellen Diskussion innerhalb der DKP über die Entwicklung der Klassen in der Gesellschaft der BRD ergab:

Bis heute weigern sich die Theoretiker der DKP den (einmal von vielen gemachten) Fehler zu revidieren, bei der werktätigen Intelligenz handele es sich um eine Schicht der Arbeiterklasse. Im Gegenteil wird von dieser Richtung behauptet, die Intelligenz nähere sich von ihrer sozialen Stellung her zunehmend dem Niveau des Proletariats, also der Handarbeit, an. „Die WTR (wissenschaftlich-technische Revolution, d. Verf.) bedeutet, daß die WTI (wissenschaftlich-technische Intelligenz) mit der Arbeiterklasse verschmilzt. Das beantwortet die Frage, ob die WTI objektiv Teil der Arbeiterklasse oder eine „Zwischenschicht“ sei: Sie ist gegenwärtig eine Zwischenschicht, aber sie wird mit dem Verlauf der WTR mit der Arbeiterklasse, die sich durch die WTR ihrerseits enorm ändert, verschmelzen“ (Tagung des IMSF 1986: Intelligenz, Intellektuelle & Arbeiterbewegung in Westeuropa, AG Intelligenz und Arbeiterbewegung). Daß in der DKP Kräfte wirken, die an einer Verfestigung dieses analytischen Irrtums zum positiv formulierten Programm wirken, zeigt sich u.a. an den in der Partei gegenwärtig diskutierten Vorstellungen über die Bündnis-Aufgaben der In-

telligenz. „Im ideologischen Klassenkampf erhält die Entwicklung einer ‚organischen Intelligenz‘ der Arbeiterklasse (Hervorh. im Orig.) ... , d.h. einer um die Arbeiterbewegung gruppierten Intelligenz ... eine zentrale Bedeutung. Dies ist für die Formierung jenes revolutionären Subjekts, das in den entwickelten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 20. und 21. Jahrhunderts die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu vollziehen hat, wenn die Lebensperspektive für die Menschen erhalten bleiben soll, ein erstrangiger Faktor“ (Heinz Jung, Leiter des IMSF auf der Tagung: Intelligenz, Intellektuelle & Arbeiterbewegung in Westeuropa).

Der Spezialbericht in den Politischen Berichten hält als Fazit zu dieser Entwicklung innerhalb der DKP fest: „Mit der Bezugnahme ... (auf die Nation) leistet die DKP Vorstellungen Vorschub, die mit der Beseitigung der Kapitalistenherrschaft nicht die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit verbinden, die für die Emanzipation des Proletariats unumgänglich ist. Eine weitere Verfestigung der Fehler der DKP bei der Analyse der in der Klassengesellschaft wirksamen Interessen würde dazu führen, daß das heute schon unüberhörbare Ja zu Nation und Staat in ihrer Politik verabsolutiert würde. Die DKP würde dann versuchen, sich als Partei zu profilieren, in der die werktätige Intelligenz in einem Maß für die Unbestreitbarkeit ihrer Sonderstellung gegenüber kommunistischen Bestrebungen einzutreten kann, wie dies derzeit nicht einmal in der grünen Partei möglich ist.“

Wir gehen davon aus, daß die DKP mit ihrer Politik in der Gesellschaft der BRD Arbeiterinteressen zur Geltung bringen und deshalb den Klassenkampf gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie führen will. Die DKP vertritt, daß das Proletariat in diesem Kampf nur siegreich sein kann, wenn es gelingt, eine Bündnispolitik gegenüber den anderen werktätigen Klassen und Schichten zu entwickeln. Damit hat sie recht. Wenn sie aber aufs Nationalinteresse als Bündnisgrundlage verzäßt, wirft sie sich in ihrem Bemühen, für Arbeiterinteressen zu wirken, selbst Knüppel zwischen die Beine. Was bei einer Partei der werktätigen Intelligenz wie den GRÜNEN aus der sozialen Lage der sie tragenden Leute entspringt, wird bei einer Arbeiterpartei dazu führen, daß sie die sozialen Interessen der Leute verletzt, für die sie eintreten will.





Das Regierungsprogramm

Am 16. März will die christlich-liberale Regierung ihr Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre vorlegen. Ein Schwerpunkt des Programms ist der Offentlichkeit schon unterbreitet: die Steuerreform, mit der die Bereicherung der Kapitalisten weiter fortschreiten und die Mittelklassen durch Steuernachlaß, verbunden mit Bindung ih-

res Vermögens an die unternehmerische Rendite, zur Unterstützung der Expansion des großen Kapitals quasi „gekauft“ werden kann. Senkung des Krankenversicherungsschutzes, Ausbau der „inneren Sicherheit“ sind weitere Programmpunkte. Bewußt im unbestimmten gehalten sind dagegen die außenpolitischen Grundsätze. Das soll die aggressiven Ziele des BRD-Imperialismus im Dunkeln lassen.

Frankreich: faschistische Mobilisierung der Front National

Seit einem Jahr ist die faschistische „Front National“ unter Jean-Marie Le Pen mit 33 Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten, sie erhielt bei diesen Wahlen über zehn Prozent der Stimmen und sitzt ebenfalls in der Mehrzahl der regionalen und kommunalen Parlamente. Wie sieht ihr Programm aus, wie ihre Parlamentstätigkeit (Wiedereinführung der Todesstrafe, Ausweisung von Ausländern, auch mit Gewalt, Priorität von Franzosen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen usw.), wie sieht die Wählerschaft aus? Schlägertrupps der FN terrorisieren Ausländer und streikende Arbeiter. Ist die faschistische Hetze der FN Wegbereiter für Maßnahmen der Regierungsparteien?



Ausländerbehörde in München

Das Kreisverwaltungsreferat wurde bis vor kurzem noch von dem CSU-Bürgermeister Peter Gauweiler geführt, der inzwischen im Bayerischen Innenministerium als Staatssekretär Karriere macht. Zahlreiche Forderungen zur Verbesserung der Lage der ausländischen Bevölkerung sind von SPD und Grünen/ALM aufgegriffen worden und



mündeten in Anträge an das KVR. Gauweiler wurde im „übertragenen Wirkungsbereich“ tätig, beim Vollzug des Ausländerrechts, und konnte trotz relativer Stärke von SPD und Grünen/ALM kaum gestoppt werden. Wohnraumüberprüfung, Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsverlautnahmen und Beendigung des Aufenthaltes von Kindern und Jugendlichen spielten eine besondere Rolle.

Fortschritte der azanischen Gewerkschaftsbewegung

Die unabhängigen Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter Azanias haben sich in den letzten Jahren als eine entscheidende Kraft gegen das rassistische südafrikanische Siedlerregime erwiesen. Inzwischen sind weit über 100000 schwarze Arbeiter Azanias Mitglied in einer der zahlreichen Gewerkschaften. Vor einigen Monaten haben sich zwei bedeutende Gewerkschaftsbünde, CUSA und AZACTU, zusammengeschlossen. P. Camay, bis dahin Generalsekretär der CUSA, und Skosana, bis dahin Generalsekretär der AZACTU, die Mitte März auf Veranstaltungen in der BRD sprechen werden, schildern in einem Interview die jüngste Entwicklung der azanischen Gewerkschaften.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallin-

dustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. Preis je Heft 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. Preis je Heft 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnis – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnis. Preis je Heft 1,20 DM

– Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Informationsdienst Gesundheitspolitik. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldfparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Ein Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.